

Landesfinanzreferenten machen. Sie braucht nur dann den Landtag nachträglich davon informieren, was sie an zusätzlichen Ausgaben beschlossen hat. Diese sieben Budgetüberschreitungsberichte an den Landtag sind ein schlagendes Beispiel dafür, daß hier die Regierung unter Außerachtlassung der Budgethoheit des Landtages die eigentliche Budgetpolitik macht. Auch die Rücklagengeschichte ist heute schon von Herrn Kollegen Wiedner angesprochen worden. Herr Landesrat Ressel, wieder habe ich Rechnungen angestellt, von denen Sie wahrscheinlich sagen werden, sie stimmen nicht. Ich habe den Eindruck, daß die Rücklagenpolitik hier in diesem Land ebenfalls ein Instrument ist, den Landtag ganz bewußt nicht mit neuen Entwicklungen auf dem Gebiet des Budgets zu beschäftigen. Die Gesamtrücklagenbildungen auf der Bundesebene, wieder bei einem Budget von rund 900 Milliarden Schilling, betragen 1,5 Prozent des Gesamtbudgets, das Land hat ungefähr 40 Milliarden Gesamtbudget, und die Rücklagensituation beträgt 10 Prozent des Gesamtbudgets. (Landesrat Ing. Ressel: „Die finanzielle Situation des Bundes ist so schlecht, daß er keine Rücklagen mehr bilden kann!“) Ich bin schon dafür, Herr Landesrat, daß Rücklagen für Unvorhergesehenes verwendet werden. (Landesrat Ing. Ressel: „Liegt auf der Hand!“) Herr Landesrat, ich bin nicht gegen die Rücklagenbildung, damit wir uns da richtig verstehen. Die Rücklagenbildung, und da stimme ich Ihnen zu, ist ein Aspekt vorsorgender Budgetpolitik. (Landesrat Ing. Ressel: „Sie tragen doch selbst das Haushaltsrecht an der Uni vor!“) Wogegen ich bin, ist nur, daß mit Hilfe dieser Rücklagenpolitik die Budgethoheit des Landtages umgangen wird. Es soll der Landtag beschließen, wie das mit der Rücklagenbildung ist, und nicht mit inneren Anleihen und zweckgewidmeten Rücklagen und so weiter. (Landesrat Ing. Ressel: „Es gibt keine Rücklagen, die der Landtag nicht beschlossen hat!“) Das sind alles Formalbeschlüsse, Herr Landesrat Ressel. Ich gehe davon aus, daß für die meisten hier im Haus die Rücklagen-situation, wie sie dann im Landesrechnungsabschluß aufscheint, nicht nachvollziehbar ist. Für mich zumindest ist die Geschichte nicht nachvollziehbar. Wenn dann schlußendlich wieder nur aus den Zeitungen für mich ersichtlich ist, wofür diese jetzt 300 Millionen, die da übrigbleiben von den ominösen 1,3 Milliarden Schilling, verwendet werden, im Hahnenkampf zwischen Frau Landeshauptfrau und Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schachner, dann habe ich einmal mehr das Gefühl, daß wir hier in diesem Landtag überflüssig sind. Ich halte das einfach, und Sie sind mir nicht böse, und das ist jetzt nicht an Sie gerichtet, Herr Landesrat Ressel, sondern an die gesamte Regierung, für eine schlechte parlamentarische Kultur. Warum ist es nicht möglich, daß sich die Regierung hinsetzt, tatsächlich gemeinsam, denn in diesem Land herrscht der Grundsatz des Miteinander, und zwar im stillen Kämmerlein und miteinander berät, wofür diese zusätzlichen 300 Millionen Schilling eingesetzt werden können – und nicht, daß wechselseitig die Medien informiert werden –, und diesen Regierungsbeschuß dann hier hereinbringt ins Haus, so daß hier in der Öffentlichkeit diskutiert werden kann. Warum, meine Damen und Herren von der Regierungsbank, ist das nicht möglich? Ich bitte Sie einmal, auch zu verstehen, wenn ein Parlamentarier,

und das bin ich mit Leib und Seele, sagt, was soll die ganze Geschichte hier. Bei der Finanzierung des Landesarchivs, ich möchte den Damen und Herren, die hier geredet haben, nicht nahetreten, ist eine dreiviertel Stunde darüber geredet worden über 200 Millionen Schilling, die von der Regierung beschlossen worden sind, wo man nachträglich die Geschichte nur sanktionieren konnte.

Nichts gegen diesen Tagesordnungspunkt, meine Damen und Herren, und nichts gegen die Redner, aber ich habe mich heute wieder einmal gefragt, was wir hier eigentlich für Mitgestaltungsmöglichkeiten haben. Da meine ich jetzt gar nicht uns als eine kleine Partei, da können Sie sagen, Liberales Forum, zwei Mandate, kann man vergessen. Ich meine unter „wir“ den Landtag. Was haben wir hier wirklich für Mitgestaltungsmöglichkeiten? Bei der Vergabe zum Beispiel dieser 300 Millionen Schilling? Die Regierung scheint nicht ganz eins zu sein darüber, wie sie das Geld ausgibt. Es werden die Medien von Regierungsmitgliedern informiert. Ich muß in der Früh aufstehen, mir die Zeitung kaufen, damit ich sehe, was da heute passieren soll im Landtag. Dann sitzen wir hier und reden stundenlang und gehen nach Hause. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß wir der Demokratie in diesem Land einen guten Dienst erweisen würden, wenn wir die Rolle des Landtags – und ich meine hier den gesamten Landtag, und nicht nur eine Minderheitspartei, wie wir es sind – wirklich aufwerten. (15.45 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Flecker. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Flecker (15.45 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es gibt Schauspieler, die aus der besten Tragödie eine Komödie machen können, aber zum Inhaltlichen, daß Sie noch rechnen können, Herr Prof. Brunner, glaube ich, daß Sie weniger von Budgetpolitik verstehen als Ressel, glaube ich auch. Und ich glaube, wir sollten es inhaltlich dabei belassen.

Herr Kollege Wiedner, ich glaube, Sie bejammern, daß ein besserer Zustand eingetreten ist, als Sie ihn schwarz gemalt haben. Ich meine dazu, daß es nicht seriös ist, wenn Sie Katastrophen voraussagen und dann beleidigt sind, daß sie nicht eintreten. Ich glaube, es ist verantwortungsvoll, und so halten wir es halt, daß wir froh sind, daß die Budgetentwicklung eine gute ist und daß wir heute mit Mehreinnahmen konfrontiert sind. Und es ist einmal mehr dieses Bejammern einer besseren Entwicklung ein Indiz dafür, was wir von Ihren vordergründigen Prognosen zu halten haben. Ich will aber hauptsächlich auf das eingehen, was der Herr Kollege Straßberger gesagt hat. Er hat mit der Akribie und dem Temperament eines Buchhalters hier Ziffern vorgetragen, und es ist ihm doch gelungen, Symbolkraft zu erhalten. Nämlich Symbolkraft für eine Doppelstrategie, mit der Sie hier vom ÖVP-Landtagsklub agieren. Auf der einen Seite gibt es die Frau Landeshauptmann, die sich hinstellt, politische Einigung mit uns deklariert, offen erklärt, indem sie sagt, sie sei mit dem Finanzreferenten oder mit Landeshauptmannstellvertreter Schachner einer Mei-

nung, und dann kommt der Herr Straßberger von der ÖVP daher und spricht genau gegen diese Einigungen, die auf Regierungsebene getroffen worden sind. Daraus kann man vier Möglichkeiten ablesen: Entweder die Frau Landeshauptmann redet nicht mit Ihnen, das kann ich nicht glauben, oder sie weiß nicht, worüber sie sich geeinigt hat. Das kann ich natürlich schon gar nicht glauben. Oder Sie wollen die Frau Landeshauptmann desavouieren, das ist eine der Möglichkeiten. Oder letztlich – und das läßt sich dann an einem anderen Beispiel leidlich darstellen – das macht euch ein bißchen nervös. (Abg. Dr. Lopatka: „Du irrst dich ständig!“) Sie fahren eine bewußte Doppelstrategie zwischen der allumfassenden Kraft der gütlichen Einigung und der Sehnsucht und Nostalgie eines Klubs, wieder mit anderen zusammenzuarbeiten wie in Zeiten, die wir schon erlebt haben. (Beifall bei der SPÖ.)

Aber, Herr Kollege Straßberger, ich will auch auf einige Sachen, die Sie hier geglaubt haben, anmerken zu müssen, eingehen. Sie wissen ganz genau, daß es – und das sei auch dem Herrn Wiedner gesagt – zur Erkundung der Einnahmensituation im Lande verschiedene und durchaus ausreichende parlamentarische Instrumentarien gibt. Das eine ist, was offensichtlich nicht funktioniert, die Kommunikation zwischen Regierungsfraktion und Klub. Es gibt die Fragestunde, es gibt die dringliche Frage, es gibt die schriftliche Anfrage, und letztlich gibt es auch die Möglichkeit, seit Wochen in diesen Fragen die Zeitung zu lesen, um sich ins Wissen zu versetzen. Sie wissen ganz genau, Herr Straßberger, daß die Verwendung der Mehreinnahmen auf Regierungsebene einvernehmlich beschlossen wurde, oder haben Sie kein Wissen darüber, was am Montag in der Regierung geschehen ist? Natürlich stört Sie das, das ist legitim, wenn diese Einigung vorweg am Samstag in der Pressekonferenz des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Schachner prognostiziert wird und daß am Samstag schon gesagt wird, worüber am Montag wahrscheinlich Einigung erzielt wird. Wahrscheinlich kommuniziert er eben mit Ihren Regierungsmitgliedern, oder aber Sie wollen einfach solche Einigungen nicht zur Kenntnis nehmen und wollen im eigenen Bereich und im Bereich der Regierung Unruhe schüren. (Beifall bei der SPÖ.) Und das, was Sie hier kritisiert haben, daß man Loipersdorf jetzt nicht verkaufe, Herr Kollege Straßberger, das wurde von Herrn Landesrat Paierl zum Beispiel durchaus mit Wohlwollen aufgenommen. Und Sie widersprechen sich ja selbst. Sie haben die Bedingungen der Privatisierung im Zusammenhang mit dem Sonderinvestitionsprogramm selbst verlesen. Und da ist Ihnen wahrscheinlich beim Lesen nicht aufgefallen, daß drinnen steht, daß man selbstverständlich Preise für diese Privatisierungen erzielen muß. Und wenn man diese Preise, die sich auszahlen, nicht erzielt, ist also eine Privatisierung in so einem Fall nicht angetan und nicht im Sinne der Budgetvereinbarung. Auch das sei Ihnen gesagt. Sie sollen sich nicht von einem Satz zum anderen widersprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und letztlich, Herr Kollege Straßberger, es geht ja im Prinzip dann darum, Maastricht-Kriterien zu erreichen. Und in diesem Bereich ist es so, daß Privatisierungen und damit Privatisierungserlöse als Ver-

mögensverschiebungen dargestellt werden und daher zu keiner Verbesserung des Erreichens der Kriterien führen. Auch das sei Ihnen gesagt. Und Sie haben der SPÖ-Fraktion besondere Begehrlichkeit vorgeworfen bei der Verwendung von Mehreinnahmen. Ich glaube, es ist gut, wenn es diese Begehrlichkeit gibt, weil dieses Österreich und dieses Land hier jegliche Begehrlichkeit braucht, um einen sozialen Standard zu erhalten, um Kindergärten zu bauen und um Arbeitsplätze zu schaffen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich sage Ihnen eines, weil Sie geglaubt haben, Sie müssen Zeitungen zitieren: „Neue Zeit“, 28. Jänner 1997: Landesrat Paierl: „Wir haben Projekte, die finanziert werden müssen. So müsse auch Geld für den Bau von Kindergärten, die Bauinitiative, der Siedlungswasserbau und auch für Lehrlinge zur Verfügung stehen.“ Bitte, stellen Sie sich gegen die Meinung vom Kollegen Paierl. Ich bin mit Paierl in dieser Frage völlig einer Meinung, und ich finde es sehr gut. Ich verstehe mich mit dem Paierl wahrscheinlich viel besser als viele von euch. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Das kann uns beiden schaden!“) Ich hoffe, er ist jetzt nicht böse auf mich und fühlt sich bedroht, ich höre schon auf, Herbert.

Ich glaube, Herr Kollege Straßberger, wenn Sie Begehrlichkeiten nur in eine Richtung hin erklären und wenn Sie plötzlich, obwohl man übereingekommen ist, gewisse Projekte im Sinne des Landes zu verwirklichen, diese Einigung hier desavouieren, dann ist es entweder die Naivität des Unwissens oder die Scheinheiligkeit wider besseren Wissens oder die von mir zitierte Doppelstrategie. Herr Straßberger, wenn Sie sich darüber beklagen, daß Sie noch immer eine zu schlechte Budgetsituation haben, dann muß ich schon darauf hinweisen, daß Sie sich zufriedengegeben haben mit dem Ergebnis und gesagt haben, wir verzichten, wir lassen es nicht zu, daß eine Schotterabgabe kommt. Mein Mitleid mit den Herrschaften, die diese Schotterabgabe getroffen hätte, hält sich in Grenzen. (Beifall bei der SPÖ.) Mein Mitleid für den Herrn Finanzlandesreferenten, der dem Hirschmann dafür wieder aus den Mehreinnahmen Geld geben mußte, damit er sein Naturschutzbudget bestreiten kann, ist hingegen etwas größer. Ich komme jetzt auf den Beschlußantrag, Herr Kollege Straßberger, den Sie eingebracht haben, zu sprechen. Dieser Beschlußantrag ist für mich ein Symbol. Erstens gibt es zwischen den Fraktionen aus der Präsidiäle her ein Einvernehmen, daß Beschlußanträge in der Präsidiäle ausgetauscht werden, das ist in diesem Fall nicht geschehen, und zweitens gibt es auf Regierungsebene, und ich habe das mit dem Kollegen Paierl auch besprochen, ich habe ihm gesagt, daß ich das so auslege, das Einvernehmen, daß während der Verhandlungen zu Privatisierungen hier in diesem Haus nicht öffentlich diskutiert wird. Das ist ja auch logisch, daß das dann keinen Sinn gibt. Was machen Sie im Vollzug Ihrer Doppelstrategie oder des gewollten Desavouierens der Zusammenarbeit in der Regierung? Sie legen uns einfach nach der Präsidiäle einen Beschlußantrag her, verhandeln dann mit den Freiheitlichen, und es wird ein schwarzblauer Beschlußantrag daraus. Und wir werden uns das sehr genau merken, daß Sie sich wieder in Nostalgie üben und versuchen, hier eine gute Zusammenarbeit auf Regierungsebene zu unter-

laufen. (Beifall bei der SPÖ.) Es ist halt so, meine Damen und Herren von der ÖVP, daß eben nicht jeder Handschlag Qualität hat. Wenn man es so deutlich zeigt, dann ist das nichts anderes als traurig, abgesehen davon, daß Ihr Beschlußantrag, den Sie hier eingebracht haben, vom Makel der Unmöglichkeit der Umsetzung nach der Geschäftsordnung geprägt ist, weil nach Ihrem Beschlußantrag hätte der Herr Landesrat Ressel die Aufgabe, bis zum 11. März einen Bericht vorzulegen. Jetzt wissen Sie ganz genau, daß Ihr Antrag bestensfalls am 11. März einem Ausschuß zugewiesen werden kann, daß in der darauffolgenden Ausschußsitzung dieser Antrag bestensfalls der Regierung zugewiesen werden kann und daß von der Regierung das erst eine Woche später oder zwei Wochen später zurückkommt. Wenn Sie sich ernst nehmen, ändern Sie wenigstens das Datum, damit Sie etwas vorlegen, was vollzogen werden könnte. Sie sollten sich halt diesbezüglich mittlerweile etwas kundiger machen. Außerdem weise ich Sie darauf hin, daß es sowohl heute eine Fragestunde gegeben hat als auch am 11. März eine Fragestunde gibt, bei der man den Herrn Landesrat ja fragen kann und er Ihnen eine Antwort geben kann, wenn Sie das seriös wollen, ohne hier gewisse Zusammenarbeitstendenzen zu signalisieren. Ich will aber auch auf die inhaltliche Komponente Ihres Beschlußantrages eingehen. Kein Mensch, dem es wert ist, das, was er verkauft, auch zu einem Preis verkaufen zu wollen, der hoch ist, und da geht es ja letztlich um Geld, das das Land und damit der Steuerzahler lukrieren soll, würde hingehen und über Verhandlungen, über Bedingungen, über Konditionen und gewisse Absichten in der Öffentlichkeit herumdiskutieren, sondern der wird Verhandlungen in Ruhe führen und schauen, daß er zu einem besten Ergebnis kommt, und nicht so wie Sie aus Populismus und Effekthascherei hier einen Bericht über den Stand von Verhandlungen verlangen, und dann rasselt der Preis runter. Und so etwas kommt von einer ehemaligen Wirtschaftspartei. (Beifall bei der SPÖ.) Außerdem, meine Damen und Herren von der ÖVP, glaube ich, daß wir eine gewisse Vertraulichkeit jenen gegenüber schuldig sind, die mit uns verhandeln. Und was ist denn dann letztlich das Land für ein Verhandlungspartner, wenn es verpflichtet wird, jeweils über den Verhandlungsstand mit dem anderen hier zu diskutieren, hier zu berichten und vielleicht zu erzählen, was der eine oder der andere bietet und wie das läuft? Wie stellen Sie sich die Wirtschaft vor, wie stellen Sie sich die Welt vor? Meine Damen und Herren, das ist Ignoranz und hat überhaupt nichts mit der Budgethoheit des Landtages zu tun. (Beifall bei der SPÖ.) Ich will doch auf die rechtlichen Gegebenheiten mit ein paar Worten eingehen. Sie wissen ganz genau aus der Landesverfassung, daß Privatisierungsmaßnahmen, das heißt die Veräußerung von Landesvermögen, der Zustimmung des Landtages bedürfen. Das heißt, daß sie in jeder einzelnen Privatisierungsmaßnahme noch in diesem Hause beraten und beschließen müssen. Also wozu etwas anderes als das, was die Verfassung sehr gut und sehr wohl überlegt vorschreibt? Nein, Sie wollen vorher x Berichte über Verhandlungen, die unsere Regierungsmitglieder führen, verlangen, wollen Vertraulichkeit brechen, obwohl Sie nachher ohnehin das letzte Wort haben, indem wir hier im Haus über die Preise, die erzielt werden, und die

Verantwortlichkeit einer solchen Vermögensveräußerung zu diskutieren und zu entscheiden haben. Dann ist nämlich der Zeitpunkt, wo diese Diskussion einsetzen soll, und dann ist der Zeitpunkt, wo über solche Fragen in der Öffentlichkeit geredet werden muß. (Beifall bei der SPÖ.) Es tut mir leid, daß Sie diese Nachhilfe brauchen. Meine Damen und Herren! Ich will nur in einem zusammenfassen: Wir werden das sicher nicht mehr länger anschauen, daß Sie sich darin wiederholen, auf Regierungsebene mit der Frau Landeshauptmann Einigung mit ihrer Kompetenz für das allgemeine zu demonstrieren und hier im Haus die Gegenschiene fahren und hier im Haus andere Koalitionen aufbereiten oder spielen wollen. Meine Damen und Herren! Wenn Sie paktfähig sind und wenn Sie die Frau Landeshauptmann nicht desavouieren wollen, dann beweisen Sie endlich einmal Handschlagsqualität. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 16.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasbia: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

Abg. Schützenhöfer (16.03 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich darf Ihnen – was Sie nicht überraschen wird – mitteilen, daß wir uns selbstverständlich zu dem gemeinsamen Beschluß von zwei Budgets und elf Begleitgesetzen bekennen, daß wir uns aber auch offensichtlich im Gegensatz zum Klubobmann der SPÖ, zur Budgetvereinbarung für die Haushaltsjahre 1996 und 1997 bekennen, wo in bezug auf die 2,5 Milliarden steht: Das Finanzressort hat dafür Sorge zu tragen, daß in den Jahren 1996 bis 2000 die Finanzierung eines Investitionsvolumens von insgesamt 2,5 Milliarden, beginnend mit dem Jahr 1996, für Investitionsvorhaben in der Steiermark insbesondere für Maßnahmen der Infrastruktur und Beschäftigungspolitik sowie im Technologiebereich ohne Neuverschuldung sichergestellt wird. Und wo drinnen steht: Größere Investitionsvorhaben im Landesbereich sind in Hinkunft ohne zusätzliche Verschuldung zu finanzieren. Neben einer entsprechenden Dividendenpolitik soll hierfür eine Rücklagenauflösung sowie der Verkauf von Beteiligungen und anderen Vermögenswerten allerdings nur unter der Voraussetzung in Betracht kommen, daß einerseits hierfür ein befriedigender Erlös – das ist uns allen klar – erzielt werden kann, und andererseits diese Mittel für eine sinnvolle Vermögensumschichtung, und nicht für die Finanzierung des laufenden Aufwandes Verwendung finden. Das, meine Damen und Herren, ist der Punkt. Und jetzt darf ich Ihnen ein Geheimnis lüften. Ich lese Ihnen unseren Antrag vor, wegen dem den Flecker fast der Schlag trifft:

Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag bis zu seiner Sitzung am 11. März dieses Jahres einen Bericht über den Stand der Privatisierungsvorhaben des Landes vorzulegen.

Um Gottes Willen! Ich habe den Beschlußantrag allen im Hause vertretenen Parteien heute unverzüglich nach der Präsidiäle zugemittelt und habe selbstverständlich auch mit der SPÖ Kontakt aufgenommen.

men und gesagt, daß wir – wenn es um die Terminfrage geht – selbstverständlich einen anderen Termin wählen können, daß wir den Termin, wenn es sein soll, streichen sollen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Jawohl!“) Dann sind Sie einverstanden? (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Zum gegebenen Zeitpunkt selbstverständlich!“) Gut! Herr Landeshauptmannstellvertreter, darf ich beantragen, Herr Präsident, daß nach meiner Wortmeldung eine kurze Unterbrechung der Landtagssitzung stattfindet. Wenn es nur die Terminfrage ist, sind wir – und ich nehme an, die Freiheitlichen, die ja auf unseren Antrag gegangen sind – gesprächsbereit. Meine Damen und Herren, wenn wir so weit sind, daß wir einen Beschlußantrag einer Partei, die nicht durch Putsch, sondern durch Wahlen in dieses Haus gekommen ist, und es ist mir Wurscht, ob es die SPÖ, die Grünen, die Liberalen, wir Schwarzen oder die Freiheitlichen sind, ein solcher Beschlußantrag von einer Seite nicht und nie und nimmer unterstützt werden darf, dann ist das etwas, was ich für meine Fraktion nicht akzeptiere und nicht zulasse. (Beifall bei der SPÖ. – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das ist in Ordnung. Darüber brauchen wir nicht reden!“) Ihr Wort nehme ich zur Kenntnis und freue mich darüber, weil wir uns durch solche Äußerungen, die gerade vor wenigen Minuten hier gefallen sind, nicht weiter irritieren lassen sollen. Ich schätze das, was Sie mit Gerhard Hirschmann genau heute vor einer Woche in bezug auf die 200, die in Wahrheit mehr als 300 Millionen sind, ausgemacht haben. Das ist eine Grundlage. Wir bekennen uns dazu. Und ich bekenne mich auch dazu, daß es in den letzten Wochen da und dort mißverständliche Äußerungen auch seitens von Regierungsmitgliedern gegeben hat, möglicherweise von allen Seiten. Man muß sich auch zusammenstreiten. 1,3 Milliarden ist nicht wenig Geld, aber glücklicherweise müssen wir sie nicht nachbedecken, glücklicherweise bekommen wir mehr und können darüber nachdenken, wie wir sie insgesamt besser und neu verteilen. Und ich hoffe, daß dieses zweite Jahr in der laufenden Legislaturperiode sozusagen ein doch etwas Stärkeres in der Finanzpolitik ist. Denn das, was im ersten Jahr nach den Beschlüssen zum Budget und den Begleitgesetzen passiert ist, war natürlich da und dort Anlaß für bestimmte Irritationen. Das war kein Meisterstück, was uns da an Zahlen immer wieder mißverständlich interpretiert vorgelegt wurde. Einmal haben wir die 700 Millionen, dann haben wir sie plötzlich wieder nicht, dann geht es sich nicht aus, dann wollen wir privatisieren, dann wollen wir eigentlich wieder nicht. Ich brauche Ihnen doch nicht erklären, daß ich glücklich bin, wenn wir Gleichenberg kaufen können und wenn wir Loipersdorf nicht privatisieren müssen. Aber wir haben auch eine Regierungsvereinbarung, wo drinnen steht, daß wir etwa im Banken- und Energiebereich zum gegebenen Zeitpunkt sagen, wenn entsprechende Erlöse erzielt werden können, dann wollen wir tatsächlich privatisieren. Und ich sage es jetzt offen, ich habe mich in der Vorwoche relativ geärgert, ich teile viel aus und muß einstecken, trotzdem sage ich es so: Wie da gesagt worden ist, da weiß die Linke nicht, was die Rechte tut. Bitte ich habe immer gesagt und auch in diesem Artikel in der „Kleinen Zeitung“, und da können Sie ja nicht sagen,

daß die Zeitung uns nahesteht. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Das hat schon der Altlandeshauptmann immer gesagt. Es gibt nur eine einzige, das ist die ‚NZ‘, aber Sie wissen das!“) Darum bin ich ja der einzige Schwarze, der die „NZ“ erhalten will. Also! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe mich auch bemüht! – Heute sind wir uns zuviel einig!“) Gut! Also darum sage ich ja, da steht eindeutig drinnen, wir können auch vom Ziel der Konsolidierung nicht abweichen. Wir müssen das Gleichgewicht im Budget wieder herstellen, und es ist überhaupt keine Frage, daß Mittel, die wir Gott sei Dank zusätzlich erhalten, unter dem Gesichtspunkt „Priorität für die Arbeitsplätze“ – Priorität für die Arbeitsplätze heißt ja gleichzeitig auch Priorität für die Wirtschaft – einzusetzen haben. Und ich füge natürlich hinzu, daß auch Verträge, wenn ich an unsere Bauernschaft denke, selbstverständlich einzuhalten sind. Und, meine Damen und Herren, es ist heute in den Wortmeldungen oft gesagt worden, was kann das Land tun? Bitte, machen wir uns nichts vor. Im Großen und Ganzen leider weniger, als wir gerne hätten. Nur, wir können auch etwas machen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Insgesamt, leider!“) Sicher, auch insgesamt kann die Politik weniger machen als sie gerne möchte, aber wir können mit bestimmten regionalen Leitprojekten etwas bewegen, damit wir die Wirtschaft ankurbeln, damit wir Arbeitsplätze sichern, und wir können da und dort durch unsere Arbeit auch mithelfen, daß sich manche Firmen überlegen, wie sie an die Lösung eines Problems herangehen. Mein Hauptproblem mit der KNP Leykam ist nicht die Rückzahlung eines Geldes, das sie noch gar nicht bekommen haben. Ich habe das auch recht rasch gefordert. Sondern mein Hauptproblem ist, daß in dieser Zeit ein verantwortliches Management und offensichtlich in der ersten Phase auch der Betriebsrat nicht darüber nachdenkt, ob es etwa ein Solidarmodell zur Arbeitszeit gibt (Landesrat Ing. Ressel: „Das macht der Betriebsrat sehr wohl!“), wie das etwa bei VW Deutschland geschehen ist. (Landesrat Ing. Ressel: „Da brauchen Sie keine Geschichten erzählen!“) Ja, am 29. Jänner – (Landesrat Ing. Ressel: „Spielen Sie nicht mit der Not der Arbeitslosen! Gehen Sie einmal hinaus, ich war dort 31 Jahre!“) Herr Landesrat Ressel, ich weiß, daß Sie sehr lange dort waren. Ich habe erlebt, wie der Zentralbetriebsrat Roth, Ihr Vorgänger, in die Lohnsackerln einen Brief gesteckt hat, wo drinnen gestanden ist, die Lohnsackerln der Nebenerwerbslandwirte, er wird sich genau ansehen, wie die Gemeinderatswahlen am kommenden Sonntag ausgehen. Ich habe diesen Betrieb von der Seite des Betriebsdrucks – sage ich jetzt einmal vorsichtig – kennengelernt. (Landesrat Ing. Ressel: „Wir haben über diese Situation gesprochen, weil Sie dem Betriebsrat vorwerfen, daß er keine Maßnahmen gesetzt hat!“) Sie brauchen mir auch nichts erzählen! Und ich sage Ihnen, daß der Betriebsrat nach den politischen Äußerungen auch Ihres Parteiobmannes sich erst gemeldet hat und Sie noch viel später. Am 29. Jänner hat der Betriebsrat sich erstmals gemeldet und gesagt, daß man auch über eine andere Regelung der Arbeitszeit nachdenken könne. Schreien Sie nicht mich zusammen, wenn Sie innerparteiliche Probleme haben. (Lan-

desrat Ing. Ressel: „Fahren Sie hinaus, Herr Klubobmann!“)

Der zweite Punkt, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang, wenn der Kollege Flecker hier in bezug auf die Globalisierung gesprochen hat: Uns braucht niemand zu sagen, daß wir sehr genau erkennen, daß der Steiermärkische Landtag oder die Landesregierung (Abg. Gross: „Mit Polemik kann man das Problem auch nicht lösen, Herr Kollege Schützenhöfer!“) die Globalisierung sozusagen nicht aufhalten kann. Uns braucht niemand zu sagen, daß wir sehr genau sehen, daß es darum geht, eine Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose zu verhindern und daß wir nicht nur bei den genannten Betrieben, sondern auch in vielen anderen Bereichen einen Verlust an Solidarität zu beklagen haben. Ich habe erst jüngst eine Statistik gelesen, aus der hervorgegangen ist, daß die 500 weltweit größten Konzerne ihren Umsatz um 11 Prozent gesteigert haben, viermal schneller als die Weltwirtschaft insgesamt, und das ist Gewinn. Ich habe nichts gegen Gewinn, aber wir müssen darüber nachdenken, wie wir Gewinn auch besser verteilen können – erster Punkt. Zweiter Punkt: Ich denke, daß im Zusammenhang mit der Globalisierung auch zu sagen ist, daß es ein falsches Argument wäre, wenn man sagt, man müsse sich sozusagen an Billiglohnländer angleichen, sondern daß es ganz im Gegenteil darum geht, daß der ehemalige Osten sozusagen schrittweise an den Westen herangeführt wird. Niemand hätte etwas davon, schon gar nicht die Wirtschaft, wenn bei uns die Kaufkraft entscheidend sinkt und damit die Arbeitnehmer massenweise an den Rand der Armut gedrängt werden. Sie wissen, daß es 100.000 Familien mit 270.000 Kindern gibt, die schon so weit sind. Und das dritte Argument, das ich auch hier klar vorlegen möchte, ist: Es ist nicht wahr, daß die Arbeitslosigkeit, zum Beispiel auch in der EU, in jenen Ländern am niedrigsten ist, wo auch die billigsten Löhne, die geringsten Löhne gezahlt werden. Ganz im Gegenteil, es ist die Arbeitslosigkeit in den anderen Ländern höher. Daher, glaube ich, müssen wir uns das sehr, sehr genau überlegen und quasi einen Vertrauenspakt zwischen Bund, Ländern, Gemeinden, Sozialpartnern herbeiführen, um gemeinsam diese Herausforderung zu bestehen. Denn ich glaube, daß insgesamt – etwas vereinfacht ausgedrückt – der Kuchen, den es zu verteilen gibt, eigentlich groß genug ist, nur, daß wir, ohne daß wir Arbeitgeber und Arbeitnehmer ausspielen sollten, darauf Bedacht nehmen sollen, daß es in einer Zeit, wo es keine Zuwächse, sondern Lasten zu verteilen gibt, eben sehr viel mit sozialer Gerechtigkeit zu tun hat. Auch wenn die heutige Debatte in ein paar Punkten, die im wesentlichen gar nicht so wichtig sind, aber widerspiegeln, in welchem Nervenkostüm sich der eine oder andere gerade befindet, doch auch ansatzweise gezeigt hat, daß wir seitens der steirischen Parteien hier im Landtag miteinander doch nicht und nicht und nie und nimmer aus dem Auge verlieren, daß wir eine gesunde Wirtschaft, die Gewinne macht, haben wollen, ebenso wie Arbeitsplätze mit guten Löhnen, dann ist das zumindest ein Ziel, das uns vereint und für das es sich lohnt zu arbeiten. In diesem Sinne sehe ich auch unsere Anträge. (Landesrat Ing. Ressel: „Partei-politik des ÖAAB gegen die Arbeitnehmer!“) Herr Präsident, ich darf daher nochmals bitten, daß wir kurz

unterbrechen. Ein herzliches Glückauf. (Beifall bei der ÖVP. – 16.18 Uhr.)

Präsident: Ich unterbreche die Sitzung für die Dauer der gewünschten Beratungen und werde die Klubs sofort verständigen, wenn wir mit der Sitzung fortfahren können. Die Sitzung ist unterbrochen. (Unterbrechung der Sitzung: 16.18 bis 16.37 Uhr.)

Präsident: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf, und ich erteile dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort zu einer Erklärung namens der im Landtag vertretenen Fraktionen.

Abg. Schützenhöfer (16.37 Uhr): Meine Damen und Herren!

Der Antrag der Abgeordneten Straßberger, Schützenhöfer und Co. wird auf Grund einer Fünfparteieneinigung wie folgt im Antragstext abgeändert: Der Hohe Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag spätestens vor Abschluß der Verträge und hinsichtlich budgetierter Privatisierungserlöse bei der Einbringung des Landesbudgets für 1998 einen Bericht über den Stand der Privatisierungsvorhaben des Landes vorzulegen. Ich darf Sie bitten, diesen Antrag anzunehmen. (16.37 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Präsident Dipl.-Ing. Vesko zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (16.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Kollege Gennaro hat in sehr schillernden Farben die Qualitäten des Budgets und die Qualitäten der Maßnahmen geschildert, die hier getroffen worden sind. Ich möchte diese Aussagen schon ein bißchen ins richtige Licht rücken, weil hier schon einiges mehr als danebengegangen ist. Ich möchte bei der Einnahmenseite bleiben: Wenn ich daran erinnere, daß man zwei Tage vor dem entscheidenden Budgetlandtag noch von 5 Schilling etlichem an Naturabgabe gesprochen hat wenn man von der Wassersteuer in allen höchsten Tönen gesprochen hat, was man alles da drinnen hat, und das als eine notwendige Einnahmequelle für das Budget bezeichnet hat, wenn man dann in der Nacht von Montag auf Dienstag zum Budgetlandtag dort schon die ersten Korrekturen vorgenommen hat, weil man dem Druck nicht standgehalten hat und weil man festgestellt hat, daß da einiges im argen liegt, wenn sich dann herausgestellt hat, daß genau diese Abgaben nicht zustandegekommen sind und alle den Bach hinuntergelaufen sind auf der Wasserseite per Einspruch der Bundesregierung. Die Naturnutzungsabgabe an sich hat es nicht geschafft, das Licht der Welt zu erblicken. Dazu muß man sagen, daß auf diesem Sektor einiges schiefgelaufen ist. Ich muß dazusagen, Gott sei Dank hat es auf der Bundesseite auf der Seite der Ertragsanteile eine Erhöhung gegeben, und wie es zu dieser Erhöhung gekommen ist, wissen wir auch. Diese Erhöhung ist am Buckel der kleinen Leute gemacht worden, nämlich mit den Spar-

paketen, und so gesehen muß man eigentlich froh sein, daß es gekommen ist, sonst wären wir ziemlich schlecht dagestanden, noch dazu, meine Damen und Herren, wo man dann in der Zwischenzeit ein größeres Sonderinvestitionsprogramm ins Leben gerufen hat für einen etwas längeren Zeitraum, wo man gesagt hat, dieses aus Privatisierungserlösen zu finanzieren. Jetzt haben wir gerade gehört, und ich glaube, das ist ja für viele von uns nichts Neues (es ist ja auch schon durch die Presse gegangen), daß es mit den Erlösen bei der Privatisierung nicht so rosig aussieht. Wir haben bis jetzt noch nichts verkauft, und es schaut auch nicht so aus, als ob wir etwas verkaufen könnten, und nicht, meine Damen und Herren, deswegen, weil wir so gescheit sind und uns das jetzt ersparen, sondern, wie wir auch gerade gehört haben, eben deswegen, weil wir für das, was wir verkaufen wollen, kein Geld bekommen, weil es keine Interessenten gibt. Das heißt schlußendlich, alles, was an Maßnahmen in diesem Bereich so groß aufgebaut worden ist, ist eigentlich in die Hose gegangen bis auf eines, das Sparpaket des Bundes hat gewirkt und gibt uns jetzt die Chance, und ich sage nochmals Gott sei Dank, und ich freue mich darüber, weil zum Unterschied vom Kollegen Gennaro, der das sehr polemisch behauptet hat, wir freuen uns darüber, daß das in die Hose gegangen ist, war das die Rettung. Das Sparpaket war die Rettung für dieses Budget, und als solches müssen wir eigentlich sagen, jubeln brauchen wir nicht. Herr Landesrat, wir haben damals einen Mißtrauensantrag gestellt (Abg. Gennaro: „Herr Kollege!“), Kollege Gennaro, zu Ihnen komme ich dann noch, rechtzeitig und intensiv, Sie brauchen sich keine Sorgen machen, weil die Zahlen und die Aussagen, die dort getroffen worden sind, bei weitem nicht gestimmt haben. Aber wie schon gesagt, Gott sei Dank, es gibt eine Rettung; es gibt eine Lösung, die wir also geschafft haben. Und jetzt können wir mit ruhigem Gewissen diese 1,3 Milliarden beziehungsweise das, was nach den begehrlichen Griffen aus allen Ecken und Enden noch übrig bleibt, zumindest vielleicht doch noch vernünftig einsetzen.

Herr Landesrat, ich habe jetzt fünf Jahre Finanzpolitik unter dem Titel „Landesrat Ressel“, und da habe ich eine Schuldensteigerung von 15 Milliarden auf 21 Milliarden, und da kann ich ruhig sagen, Sie sind uns lieb und vor allem auch teuer geworden, Herr Landesrat.

Wobei ich Ihnen konzidiere, und da bin ich immer auf Ihrer Seite gewesen, daß es sinnvoll ist, ein Budget so zu setzen, daß man nicht unliebsam überrascht wird. Es hat auch diesmal mit einem blauen Auge funktioniert. (Landesrat Ing. Ressel: „In einer schwierigen Situation!“) In einer schwierigen Situation, das gebe ich zu. Nur immer auf das Glück zu bauen, ohne jetzt miesmachen zu wollen, ist natürlich eine Gratwanderung, die man nicht immer aushalten kann. Und unsere Sorge um das Budget war berechtigt, und auf das lege ich großen Wert. Und da können Sie polemisieren, was Sie wollen, Herr Kollege Gennaro. Über das kommen wir nicht hinweg. Die Krise des Budgets war vorhanden, und der Bund hat sie uns Gott sei Dank genommen, und wir werden sehen, was wir beim nächsten Budget tun werden, um uns aus dieser Situation in Zukunft auch herauszuhalten. Was spricht

für dieses Budget? Spricht dafür, daß wir in fünf Jahren das Budgetdefizit um 50 Prozent erhöht haben, das heißt, auf Pump gelebt haben, oder spricht dafür, daß wir mit all dem Geld, das wir investiert haben, unter der Prämisse, Arbeitsplätze zu schützen, wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen haben als früher, also auch dort der Griff zu rettenden Maßnahmen nicht funktioniert hat? Da wäre es polemisch zu sagen, das ist Schuld der Finanzen. Das ist ein Phänomen, das viele Väter und viele Ursachen hat. Aber es ist trotzdem notwendig, jede einzelne der Ursachen zu beleuchten und zu versuchen, sie von Anfang an zu bekämpfen, und nicht erst am Ende global, und wenn alles passiert ist, zu sagen, jetzt machen wir vielleicht das oder vielleicht das. Jeden Tag, meine Damen und Herren, sehen wir in der Zeitung außer den Jubelmeldungen des Herrn Landesrates Paier, daß er wieder zwei zusätzliche Lehrlinge und wieder eine neue Gesellschaft gegründet hat und es ihm wieder gelungen ist, etwas Besonderes zu tun und wiederum Firmen zu gründen, daß wir Tag für Tag, Monat für Monat Arbeitsplätze verlieren und die Kurve der Arbeitslosen immer weiter nach oben geht und – das ist das Bedauerliche daran – es auch keinen Hoffnungsschimmer am Horizont gibt, der sagt: Gut, wenn wir jetzt das und das tun und das machen, dann geht das wieder herunter. Wir stehen mehr oder minder machtlos, gebannt, wie der Mungo vor der Schlange oder das Kaninchen, und schauen zu, was da passiert. Und da passiert etwas ganz Besonderes. Und wir haben gerade jüngst ein Beispiel: Leykam. Wir finanzieren oder subventionieren oder versuchen zu subventionieren. Eine Investition, von der wir zwangsläufig wissen, daß sie Arbeitsplätze kosten wird. Um die anderen restlichen Arbeitsplätze zu sichern, wagt man doch diese Investition. Nur, das ist ein Perpetuum mobile, das wir hier kreieren, weil es ist immer mehr und immer wieder mehr. Und der Kampf Mensch gegen Maschine wird immer größer, und wir haben keine Mittel dagegen. Es gäbe schon ein Mittel. Wenn wir dort anfangen zu sanieren und dort anfangen zu helfen und dort anfangen, Lebensbedingungen und Arbeitsbedingungen zu schaffen, wo eigentlich die Wiege des finanziellen Reichtums unserer Heimat, nämlich Österreich, gelegen ist, bei den kleinen und mittleren Betrieben, die uns die Last getragen haben, uns eine verstaatlichte Industrie zu leisten.

Die uns die Last getragen haben, uns großstaatsmännisch zu bewegen und Hinz und Kunz draußen mit Sonderzahlungen zu versorgen, die es uns gestattet haben, dann durchzustarten, und da denke ich an eine Aera zurück, die schon weiter zurückliegt, von der man heute schon vom goldenen Zeitalter spricht, obwohl sie die Wiege allen Unheils ist, das wir heute zu tragen haben. Und sehen Sie, meine Damen und Herren, aus diesem Grunde müssen wir – und da bin ich mit dem Kollegen Wabl voll auf einer Linie und auch mit dem Kollegen Brünner – nicht, weil wir in der Opposition sind, sondern weil es unbedingt notwendig ist, dafür zu sorgen, daß Haushalte entsprechend sorgfältig gemacht werden und daß Gelder so eingesetzt werden, daß sie dort zu wirken beginnen, wo wir sie unmittelbar brauchen und wo sie notwendig sind. Wo wir entweder auf der einen Seite Arbeitsplätze schaffen oder auf der anderen Seite Mittel lukrieren, die es uns ermöglichen, wiederum etwas anderes zu tun, um

dort Arbeitsplätze zu schaffen. Und dieses Investitionsprogramm und das Bauprogramm und all diese Programme, die man über die letzten zwei Jahre gehört hat, basieren ja alle auf nur einem einzigen Gedanken: Arbeitsplätze zu schaffen, um es den Leuten zu ermöglichen, sich selbst zu erhalten und um auf der anderen Seite die ungeheuren sozialen Belastungen, die wir zu tragen haben, zu reduzieren und auch das Geld, was wir auch dort schon hineinbuttern müssen, wiederum in diesen Prozeß hineinzubringen.

Das klingt wahnsinnig einfach, nur leider Gottes ist es fürchterlich schwer. Wenn dazu noch kommt, daß es ideologische Unterschiede gibt in einem Ausmaß, daß der eine da bremst und der andere dort zieht und daß wir zwar den Strang gemeinsam halten, aber der in die Richtung und der in die andere Richtung, dann kann sich nichts bewegen. Und in der Situation sind wir leider. (Abg. Gennaro: „Auf welcher Seite seid ihr?“) Ich bin auf der Seite, Herr Kollege, wo Sie nie hinkommen werden. Aber ich sage Ihnen etwas. Ich habe heute gesehen, und ich war bestürzt, wie in einer Art und Weise die Österreichische Volkspartei das Seil wieder durch den Nasenring gezogen bekommen hat, daß ich sagen muß, das war eine taktische Meisterleistung. Es war aber ein fürchterlicher Flop, dem zu folgen und sich dem Diktat oder dem Junktim des Kollegen Flecker zu unterwerfen. Wer das gesehen hat und wer weiß, wie heute die Mechanismen fahren, der darf nicht erwarten, daß er dafür Hilfe findet. So kann es nicht funktionieren.

Entweder bekenne ich mich dazu zu sagen, Freunde, so geht es nicht, da muß ich etwas anderes tun, aber dann muß ich reagieren. Und da kann ich es auch nicht so machen, wie es der Herr Kammerpräsident Mühlbacher macht, der sagt, „jetzt müssen wir etwas tun, jetzt müssen wir zum Sturm nach Wien aufrufen, jetzt müssen wir marschieren, weil das können wir uns nicht bieten lassen, was da passiert“. Wissen Sie, was da passiert? Seine Fraktion beschließt dort Sachen, gegen die er heute ist. Und dieser Prozeß ist vielfach zu verdeutlichen, der passiert immer wieder. Ich höre das immer wieder, daß Sie sagen, jawohl, da müssen wir etwas tun. Nur, geschehen tut nichts, weil Sie sich selbst in Ihren Seilen verstrickt haben, und da wünsche ich Ihnen viel Vergnügen, wieder herauszukommen. (Beifall bei der FPÖ.)

Kollege Gennaro, jetzt muß ich noch ein Lieblingsthema von Ihnen aufgreifen, weil es auch ein meiniges ist, das ist der Ö-Ring oder der A-1-Ring beziehungsweise Projekte, ihre Finanzierung und ihre Wertschöpfung. Ich möchte Ihnen drei Beispiele dafür geben:

Das eine ist der Ö-Ring – viel diskutiert, viel fehlinterpretiert, ich hoffe doch eher aus politischen Überlegungen, aus polemischen, demagogischen Überlegungen, und nicht aus Verständnisüberlegungen, sonst wäre ich enttäuscht.

Das Zweite ist das Liebenauer Stadion, und das dritte ist ein jüngst von uns beschlossenes Projekt in Donawitz – ein neues Stadion für eine Region, die es sicherlich verdient, eine solche Sportstätte zu haben.

Ausgangsbasis Projektkosten: Wenn ich bei allen dreien dieselben Maßstäbe anlege, nämlich zuerst die Planungskosten, die Baukosten, die pagatorischen Kosten und die Finanzierungskosten, dann habe ich

am Ende, Herr Kollege, eine so große Summe. Am Ende habe ich eine so große Summe. (Landesrat Ing. Ressel: „Finanzierungskosten sind nicht dabei!“) Dann habe ich drei vergleichbare Projekte. Dann kostet aber Liebenau nicht mehr 400 Millionen, sondern 700 Millionen, und da kostet Donawitz nicht mehr 60 Millionen, sondern 115 Millionen, und auch deshalb kostet der A-1-Ring, der ehemalige Ö-Ring, nicht 300 beziehungsweise mit der Aufbesserung in der Zwischenzeit 330, sondern plus der pagatorischen Kosten, plus der Finanzierungskosten – (Abg. Vollmann: „Dann nimm dich bei der Nase, du bist mit dabei gewesen!“) nein, Moment, horch zu, Heinz, du kannst ja bei mir was lernen – sind in Summe dann eine Größenordnung von 600 bis 700 Millionen Schilling. (Abg. Vollmann: „Da hast du einen Nasenring! Von dir brauch ich nichts lernen. Da bist du im Irrtum. Sie können sagen was Sie wollen!“)

Warum sind sie das? Und jetzt komme ich auf das zurück, was Sie wollten. Herr Kollege Gennaro, Ihre Fraktion hat einstimmig hier in diesem Hause beschlossen, einen Ö-Ring zu bauen, ohne Grand-Prix-Beteiligung, der nicht 300 beziehungsweise im Endeffekt 330 Millionen zum jetzigen Zeitpunkt, sondern 210 Millionen Schilling gekostet hätte, der allerdings, und es ist bitte ganz leicht zu rechnen, 200 und die pagatorischen Kosten, die ja auch beim Ö-Ring oder A-1-Ring anfallen, also da dazu auch gekostet hätte. Somit wäre diese Lösung um 150 Millionen Schilling billiger gewesen, allerdings zum damaligen Zeitpunkt unter einer anderen Voraussetzung, weil wir schon in gutem Glauben davon ausgegangen sind, daß wir Ihren Genossen glauben können, daß wir 120 Millionen vom Bund kriegen, und daß es auch klar war, daß die Gemeinden, unter anderem Ihre Gemeinde Spielberg und die sozialistische Gemeinde Knittelfeld und Zeltweg und wer aller da dabei war, ihren Anteil dazu leisten.

Aber, Herr Kollege Gennaro, und jetzt kommt der Hammer. Sie und Ihre Genossen sind hergegangen und haben gesagt, weil Sie eine Umfrage gehabt haben. (Abg. Vollmann: „Das mußt du sagen. Sie sind dort draußen gestanden und haben gesagt, alles ist paletti!“) Ja, das sage ich, und ich sage noch viel mehr, ich bin noch gar nicht fertig. (Abg. Gennaro: „Hören Sie auf mit diesen Schmähs!“ – Abg. Vollmann: „Willst du wissen, was du gesagt hast?“)

Jetzt geht es weiter. Und diese Aussage, diese Gelder, die hier fehlen, sind natürlich in dieser Kalkulation nicht drinnen. Nur, nicht wir haben das verhindert, sondern Sie, Herr Kollege Gennaro, und Ihre Fraktion! Und mit allem guten Glauben, Herr Gennaro, bin ich nicht für Sie mich informieren gegangen, sondern für meine Fraktion. Ihre Meinung habe ich schon gekannt. Ich habe schon gewußt, daß Sie dagegen sind, bevor wir überhaupt angefangen haben zu diskutieren. (Abg. Gennaro: „Sie haben uns erzählt, daß alles in Ordnung ist!“)

Ich habe Ihnen überhaupt nichts nahegelegt. Da hier sitzen meine Kollegen! (Abg. Gennaro: „Ihr habt uns lächerlich gemacht!“) Sie haben sich selber lächerlich gemacht, und Sie tun es noch immer, Herr Kollege. (Abg. Gennaro: „Sie haben uns lächerlich gemacht. Heute müssen wir sagen, leider haben wir recht gehabt!“) Sie haben nicht recht gehabt, Sie

haben nicht recht gehabt, Herr Gennaro. Sie haben einen gravierenden Fehler gemacht. (Abg. Gennaro: „Ich habe keinen Fehler gemacht!“) Sie haben die wirtschaftliche Komponente dieses Objektes vergessen. Und ich sage Ihnen jetzt eines. (Abg. Gennaro: „Reden wir in einem Jahr weiter!“)

Wenn Sie nicht gewesen wären und Ihre Verhinderungspolitik, dann hätten wird das Geld, das wir jetzt so dringend brauchen, schon hereingespielt. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „90 Arbeitsplätze vom ÖAMTC!“ - Abg. Gennaro: „Wo?“) Beim ersten Grand Prix, der im vergangenen Jahr stattgefunden hätte.

Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas. Wenn ich schon eine Bauinitiative starte - (Abg. Gennaro: „90 Arbeitsplätze um 500 Millionen Schilling!“) Jetzt gebe ich Ihnen ein Beispiel. Sie haben eine große Bauinitiative gestartet, wo Sie gesagt haben, da tun wir investieren, daß wir Arbeitsplätze bekommen. (Abg. Gennaro: „Mit 60 oder 70 Millionen Schilling!“) Dort oben haben 100 Leute gearbeitet und arbeiten noch immer 90 Leute, und die haben dort einen Arbeitsplatz und viele andere auch. (Beifall bei der FPÖ.) Und viele Leute in der Region haben in der Zwischenzeit bereits bemerkt, daß das positiv ist.

Na, sicher Ihre Gemeinden nimmer, weil Sie haben sogar den Bürgermeister Ihrer Fraktion, der sich Ihrem Diktat nicht gebeugt hat, geschasst. Geschasst haben Sie ihn, weil Sie gesagt haben „du bist nicht auf unserer Linie gefahren“. (Abg. Gennaro: „Sie werden noch munter werden, Sie werden das noch erleben!“) Ich erlebe alles, länger als Sie, das sage ich Ihnen auch noch dazu. (Abg. Gennaro: „Ich werde Sie jedes Mal darauf aufmerksam machen, wie Sie uns am Schmal geführt haben!“) Ich kann Ihnen nur eines sagen. Es ist mir durchaus verständlich, Kollege Gennaro, daß Ihnen die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht leicht durchschaubar erscheinen, da habe ich durchaus Verständnis dafür, das ist ein anderes Bier. Aber die Rechnung, die Sie angestellt haben, ist eine falsche, weil sie eine Milchmädchenrechnung ist. (Abg. Gennaro: „Ich bin nicht so gescheit wie Sie!“) Das glaube ich, da mache ich Ihnen auch keinen Vorwurf daraus. Das ist durchaus möglich. Es gibt vielleicht Sachen, die ich nicht so gut weiß. Nur, da bin ich mir sicher und mit mir viele, viele andere in diesem Land, vor allem Leute, die Hoffnungen in diese Objekte setzen, daß es richtig ist, das zu tun. Und mit derselben Argumentation, wie Sie heute hergehen und sagen, für Sie ist das nicht interessant, weil Sie sich politisch anders entschieden haben, habe ich durchaus Verständnis dafür. Sie kennen Ihre Politik, Sie haben eine andere Schwerpunktorientierung, ich habe diese, und meine Fraktion hat diese. Ihre Fraktion wird vor sich selbst zu verantworten haben, ob sie das tut. Ich möchte Sie nur an eines erinnern. Damals, im 95er Jahr, im Frühjahr haben Sie gesagt, wir müssen 96 Millionen Schilling aufnehmen, weil wir eine kleine Rennstrecke machen wollen, und haben wir gesagt, nein das tun wir nicht, wir tun es nur dann, wenn es einen Grand Prix geben wird. Das jetzt als Umfaller zu bezeichnen, ist der Gipfel der Unverschämtheit. Aber auch nicht nur der Unverschämtheit, sondern auch des absoluten Unverständnisses. (Abg. Vollmann: „Der Vertrag ist eine Dummheit!“)

Der Vertrag ist ein Betreibervertrag und hat mit dem Österreicher so wenig zu tun wie der Papst mit den Freudenhäusern. (Beifall bei der FPÖ. - Abg. Vollmann: „Der Vertrag ist die größte Frechheit, die ich je gesehen habe!“) Sie müssen ja auch einmal lernen, was ein Betreibervertrag und was ein Investitionsvertrag ist, da tun Sie sich noch ein bißchen schwer, aber das macht nichts.

Abschließend möchte ich Ihnen eines sagen, meine Damen und Herren, wir werden sehr sorgfältig, extrem sorgfältig, die Vorgangsweise für das Budget 1998 beobachten, und wir werden alles daransetzen, etwas für uns zu erreichen, nämlich jenen Status und jenen Stand an Information, den hier vor nicht allzu langer Zeit Kollege Brünner eingefordert hat, den Stand an Information, der notwendig ist, um Entscheidungen auch mittragen zu können. Wenn dieser Stand an Information gewährt wird, dann werden wir in der Lage sein, unsere Entscheidungen zu treffen, wenn nicht, dann werden wir Ihren Weg mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen. Und in diesem Sinne wünsche ich Ihnen ein schönes Jahr 1997! (Beifall bei der FPÖ. - 17.01 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Ing. Ressel. Ich erteile es ihm.

Landesrat Ing. Ressel (17.01 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich wollte zu den sehr interessanten Debatten, die sich immer um die Finanzlage des Landes Steiermark ranken, nur darauf hinweisen, daß in keinem Jahr, in dem ich für das Budget zuständig war, der Nettoabgang jemals höher war, als im Budget veranschlagt wurde. Ich glaube, Sie, Herr Abgeordneter Vesko, haben in ähnlichem Sinn darauf hingewiesen. Und ich glaube, das ist eine gute Maßnahme. Ich darf noch darauf hinweisen, daß auch im Jahr 1995 unter außerordentlichen Schwierigkeiten, weil niemand die exakten Zahlen, die durch den EU-Beitritt auf uns zugekommen sind, kannte, die Schätzungen sich letzten Endes doch einigermaßen treffend erwiesen haben und auf Grund des Fehlerausgleiches es auch im Jahre 1995 im Abschluß zu keiner höheren Nettoneuverschuldung gekommen ist als angenommen und immerhin von Ihnen gebilligt.

Was mich etwas verwundert, ist, daß bei Ihren Debatten zu wenig darauf eingegangen worden ist, daß wir die jetzige, wie ich glaube, befriedigende Situation in unseren Finanzhaushalten letzten Endes nicht dadurch erreicht haben, weil jetzt 800 Millionen von seiten des Bundes mehr kommen, das ist mit ein positiver Punkt; sondern daß wir im Jahre 1996 und 1997 insgesamt 2 Milliarden an Ausgaben gespart haben.

Ich glaube, die Gesetze dazu haben Regierung und Landtag beschlossen. Ich möchte mich noch einmal für diese Maßnahme bedanken, weil ich weiß, daß sie für uns alle miteinander nicht einfach war, aber sie war notwendig, um den Spielraum zu schaffen, um im infrastrukturellen Bereich der Politik wieder Spielraum zu haben.

Wir haben für das Jahr 1997 einen Nettoabgang von 800 Millionen im Voranschlag. Wenn jetzt 800 Millio-

nen von seiten des Bundes mehr kommen, die man, für alle die, die das vielleicht noch nicht nachvollziehen konnten, zum Zeitpunkt der Budgeterstellung noch nicht kennen konnte, weil die Finanzausgleichsverhandlungen zu diesem Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen waren. Sie sind erst später abgeschlossen worden. Zählt man diese 800 Millionen, die jetzt zusätzlich kommen – und es sind nur 800, und nicht 1300, weil uns ja 500 Millionen auch bei der Einnahme bei den Naturnutzungsabgaben fehlen –, von dem vorveranschlagten Abgang in der Höhe von 800 Millionen ab, dann sieht man, daß man hier ein ausgeglichenes Ergebnis grosso modo erzielen kann.

Was die Privatisierung anbelangt, da möchte ich Ihnen schon eines sagen. Es ist eine Sache, das hier herinnen zu diskutieren und sehr heftig dafür einzutreten und auf der anderen Seite in die Oststeiermark hinauszugehen, mit der Bevölkerung zu diskutieren und dann diesen Standpunkt dort zu wahren, wenn Sie sehen, daß die Bevölkerung eine andere Meinung hat, als sie hier vertreten wird. Und da sagen ich Ihnen auch in aller Öffentlichkeit, daß ich schon der Meinung bin, daß wir auch angehalten sind, die Meinung der Bevölkerung zu vertreten, und nicht nur unserer eigenen Vorstellung Raum zu geben. (Beifall bei der SPÖ.)

Noch dazu haben wir im Budget 1996 einen Betrag von 554 Millionen für das Sonderinvestitionsprogramm vorgesehen. Die davon angefallenen 227 Millionen sind aus den laufenden Einnahmen bedeckt worden, und für den fehlenden Betrag von 227 auf 554 Millionen ist Vorsorge getroffen worden. Das heißt also, daß wir auch im Jahr 1997, also im heurigen Jahr, diesen im Jahr 1996 nicht angefallenen Betrag und den für das Sonderinvestitionsprogramm im Jahr 1997 erforderlichen Betrag aus diesem Bereich decken werden können.

Was die Privatisierung im Bereich der Energieholding angeht, da bekenne ich mich dazu. Die Landesregierung hat sich darauf geeinigt, 25 Prozent plus eine Aktie zu veräußern, allerdings nicht ausschließlich zur Geldbeschaffung. Wir haben die Meinung vertreten, daß es nur im Zuge einer strategischen Verbindung mit anderen Unternehmen eingegangen werden soll und daß es damit aber bitte auch zu einer Werterhöhung des Energieunternehmens STEWEAG, Ferngas und so weiter kommen soll. Ich glaube, das ist ein ganz, ganz wesentlicher Punkt.

Was unser letztes Asset, die Landes-Hypothekenbank, betrifft, darf ich doch darauf hinweisen, daß aus dieser Gesellschaftskonstruktion sui generis eine Aktiengesellschaft gebildet wurde, die Aktien sich im Besitz des Landes befinden und damit überhaupt erst einmal die Voraussetzungen geschaffen wurden, einer allfälligen Privatisierung die Möglichkeiten zu eröffnen. Ich werde es dann in Übereinstimmung mit der Landesregierung in die Wege leiten, wenn sich zeigt, daß auch hier im Rahmen einer strategischen Partnerschaft in dem, wie ich glaube, so wesentlichen südöstlichen Wirtschaftsraum eine Bank auch für die Zukunft Bestand hat, damit die Wirtschaft in entsprechender Weise in der Steiermark sich entwickeln kann.

Ich glaube, es geht nicht darum, ähnlich einem Bauern, der ein Grundstück nach dem anderen zum Häuslbauen verkauft und am Ende seine Wirtschaft

abgibt, sondern es geht darum, mit dem, was in der Vergangenheit geschaffen wurde, möglichst viele strategische Ziele für die Steiermark und zum Wohle der Steirerinnen und Steirer zu erreichen. (Beifall bei der SPÖ.)

Das ist die Zielsetzung, die verfolge ich, und mit dem werden wir uns auseinanderzusetzen haben, und über diesen Weg werden wir der steirischen Bevölkerung Rechenschaft abzulegen haben.

Ich danke Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall bei der SPÖ. – 17.08 Uhr.)

Präsident: Als nächster Rednerin erteile ich der Frau Abgeordneten Keshmiri das Wort.

Abg. Keshmiri (17.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich wollte mich eigentlich zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zu Wort melden, aber auf Grund meiner Anfrage am Vormittag erhebt sich für mich eine Verständnisfrage. Und zwar habe ich die Anfrage an Landesrat Ressel gestellt – ich weiß nicht, ob er jetzt noch da ist –, wie hoch das Kreditvolumen in der Steiermark liegt, das auf Grund der bestehenden Kreditverträge zu einem niedrigeren Zinssatz umgeschuldet werden könnte. Die Antwort darauf war, es gibt keine Kredite über 5 Prozent. Wenn ich mir jetzt den Wirtschaftsforschungsbericht anschau, dann erhebt sich für mich hier die Verständnisfrage. Ich zitierte wörtlich: „Der durchschnittliche Zinssatz für die Finanzschuld liegt in der Steiermark gegenwärtig bei 4,2 Prozent. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß gegenwärtig mehr als ein Viertel der gesamten Finanzschuld des Landes auf Innere Anleihen entfällt, für die keine Zinsen bezahlt werden müssen. Allerdings beträgt für die kapitalmarktfinanzierte Schuld der durchschnittliche Zinssatz gegenwärtig 5,7 Prozent.“ Also, wenn ich das jetzt richtig verstanden habe, dann ist sogar der durchschnittliche Zinssatz über 5,7 Prozent. Und wenn ich mir noch dazu den Landesvoranschlag für 1996 anschau, da gibt es teilweise Kredite mit einem Zinssatz – speziell bei der Hypo-Bank – mit knapp 8 Prozent, konkret $7\frac{7}{8}$ Prozent. (Abg. Gross: „Das werden unkündbare Darlehen sein!“) Das ist eben die Frage, und das war meine Anfrage an Landesrat Ressel, die leider, muß ich sagen, unvollständig beantwortet worden ist. (Abg. Gross: „Er hat durchschnittlich gesagt!“) Durchschnittlich liegt er auch über 5,7 Prozent, also nicht unter 5 Prozent, wie meine Anfrage gestellt worden war.

Natürlich gibt es jetzt mehrere Möglichkeiten, Kredite zu finanzieren. (Abg. Dr. Brunner: „In der schriftlichen Fragebeantwortung steht 5,7 Prozent!“)

Es gibt einen Vibor-Zinssatz, der ist extrem günstig. Das heißt, er ist kurzfristig, dadurch hat er ein größeres Risiko. Es gibt noch dazu den marktüblichen Zinssatz. Da kann die Bank jederzeit den Zinssatz ändern. Dann gibt es allerdings noch die Verzinsung der gebundenen Kredite, deren Verzinsung sich eben am Ertrag der Anleihen orientiert. Da ist allerdings dann ein Aufschlag von 0,5 Prozent zu bezahlen. Und dann bin ich mir schon der Tatsache bewußt, daß gerade in bezug auf die Bonität auch individuelle Kreditverträge mit

verschiedenen Banken abgeschlossen werden können. Nachdem die Steiermark ja ein recht guter Kreditwerber ist, das heißt, sie kann mehr oder weniger nicht in Konkurs gehen, erhebt sich eben für mich die Frage, welche Kreditverträge nicht gebunden sind, welche gekündigt werden können, welche Kreditverträge man zu einem günstigeren Zinssatz umschulden könnte.

Landesrat Ressel wird, berechtigterweise in einem gewissen Grad, nachgesagt, daß er ein gutes Schuldenmanagement führt, allerdings wäre es schon notwendig, speziell die knapp 8-prozentigen Zinssätze zu durchforsten und zu schauen, inwieweit sie umgeschuldet werden können. Danke. (Beifall beim LIF und bei der ÖVP. – 17.12 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schleich. Ich erteile es ihm.

Abg. Schleich (17.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Der heutige Tag, könnte man sagen, oder dieser Tagesordnungspunkt „Vorschau des Budgets bis zum Jahr 2000“ war fast eine Budgetdebatte. Es wurden fast keine Punkte ausgelassen, alle heiklen Punkte aufgezählt, und viele Punkte waren natürlich dabei, wo man verschiedener Ansicht war.

Aber wenn man durch die Reihen gehört hat, ob es jetzt beim A-1-Ring begonnen hat, wo es heißt – und es ist ja so –, daß sich der Preis verdoppelt hat und man behauptet, es war trotzdem alles richtig. Ich bin ein Formel-1-Fan, und ich wünsche allen, die hier mitgearbeitet haben, daß hier die Tabakwerbung nicht abgeschafft wird, und daß das Land nicht zur Kasse gebeten wird, und daß man hier diese Rennen, so wie der Vertrag ist, voll durchführen kann. Denn ich glaube, das muß sich jeder Steirer wünschen, wenn er weiß, daß am Schluß sonst die Steiermark zahlen würde. Damit will ich dieses Thema schon abhaken.

Aber ein Thema, das habe ich heute wirklich sehr aufmerksam verfolgt, die Privatisierungen. Und wie alle wissen bin ich selbständig, kein Angestellter, kein Beamter, obwohl ich das einmal war, ein Angestellter, und habe bis jetzt dadurch natürlich einiges erlebt und bin kein Mensch, der prinzipiell gegen Privatisierungen ist. Aber wenn es um Privatisierungen des Landes geht, wo die Bevölkerung betroffen ist, die Bevölkerung vor Ort, wo es um die Infrastruktur geht, wo es darum geht, ob die Leute dort Selbstvertrauen haben, ob sich die Leute dort etwas zutrauen, ob sie sich investieren trauen, ob sie sich für die Zukunft ihrer Familien und ihrer Kinder auch planen trauen – ihr wißt schon, um was es geht, es geht um die Thermen. Landesrat Ressel hat ja heute hier gesagt, geht hinaus zu den Menschen, geht hinaus nach Loipersdorf, geht hinaus nach Radkersburg, wo man derzeit von allen möglichen Zusparungen spricht rundherum, geht dort hinaus, hört euch die Leute an, und geht hinaus nach Bad Gleichenberg, die zehn Jahre gelitten haben, ich möchte das wirklich so nennen, geht hinaus und hört euch an, was die Leute dort miterlebt haben in den letzten zehn Jahren, wo man Loipersdorf gebaut hat, wo man Radkersburg gebaut hat, zu dem ich stehe und

das gut ist, wo sich in Bad Gleichenberg nichts getan hat. Keine Entwicklung, kein Selbstvertrauen, kein Investor hat sich dort hingetraut, wo man auch inzwischen in Blumau investiert hat und 200 Millionen Schilling – der Wirtschaftslandesrat ist ja da, der Herr Paierl – dort hingegeben hat. Ich hoffe, daß wir sie wieder einmal sehen. Ich glaube nicht, daß wir die 200 Millionen wieder einmal sehen. Ich persönlich wäre dafür gewesen, daß wir uns damals auch beteiligt hätten, wenn wir schon dann unsere Anteile irgendwann vielleicht einmal verschenkt hätten, aber wir hätten etwas gehabt. So werden wir, glaube ich, von den 200 Millionen Schilling nichts haben, außer daß es vielleicht wieder in ein paar Jahren – wer hütet uns davor – zur Situation kommt wie damals. Ich habe schon 300 Millionen investiert, und wenn ich jetzt nichts bekomme, kann ich nicht weiterbauen. Wer sagt, daß es in ein paar Jahren nicht wieder so ist, daß es heißt, wenn ich jetzt keine Investition bekomme, dann müssen wir dort soundso viele Arbeitsplätze streichen. Mit diesem Druck in der Privatwirtschaft müssen wir einmal leben. Und das ist für mich schon ein Punkt, wenn es um die Region geht und die Region unmittelbar davon betroffen ist und davon lebt, daß wir uns auch daran halten, eine Region nicht zusammenbrechen zu lassen und dann mit allen möglichen Förderungen, wenn die Arbeitsplätze schon kaputt sind, wieder probieren, dort und da einen Betrieb aufzubauen. Denn die Wirklichkeit ist ganz anders. Wenn ich Gleichenberg und die Struktur hernehme, sind schon viele, viele Pensionen zugrundegegangen, die man inzwischen mit einer umfassenden Sanierung zu Wohnungen gemacht hat, und die Leute müssen auspendeln, weil sie dort keine Arbeitsplätze haben.

Ein Beispiel, wie es gehen kann, das kann ich hier auch sagen, in meiner eigenen Gemeinde, die ja auf ein paar hundert Meter an den Kurort angrenzt. Und deswegen glaube ich, ich bin ein Insider. Wir haben ein zehn Jahre altes Ziegelwerk bei uns stillstehend gehabt, die Arbeitsplätze waren weg, es waren einmal 40 Arbeitsplätze in einer Gemeinde mit 700 Einwohnern, das ist, glaube ich, nicht wenig. Zehn Jahre ist überhaupt nichts passiert. Wie ich begonnen habe, dort eine Entwicklung aufzubauen, hat man gesagt, der ist verrückt, da kann nichts passieren. Weil die Leute nicht mehr daran geglaubt haben, deswegen erzähle ich das. Genauso ist es in Gleichenberg, die glauben nicht mehr daran, daß dort etwas passieren kann, weil man eben nicht sieht, daß man in der Öffentlichkeit auch sagt, das paßt. Und wenn vorher Joachim Ressel hier vom Rednerpult aus gesagt hat, Leute, dort draußen müßt ihr sagen, daß ihr privatisieren wollt, dann haben meine Freunde geklatscht. Leider habe ich keinen ÖVPLer gesehen, der geklatscht hat, das hätte ich eigentlich erwartet. Daß man sagt, wir stehen hinter den Leuten draußen, daß wir dort nicht privatisieren, das wäre eigentlich die Antwort gewesen darauf. Aber wir haben bei uns in diesem Ziegelwerk heute 200 Arbeitsplätze. Das ist wenigstens etwas in einer Region, wo der Großteil auspendeln muß. Ich glaube, das zeigt, daß man auch Mut haben muß, etwas zu machen, auch im privaten Sinne, weil dort sind heute private Arbeitsplätze. Natürlich auch mit der Hilfe am Anfang, daß man etwas investiert.

Und deshalb stelle ich die Bitte an alle, die hier im Landtag sind, laßt Bad Gleichenberg nicht fallen, sagt auch in der Öffentlichkeit und draußen, daß ihr dazu steht. Nicht immer halb, ja es geht schon ein bißerl. So wie es letztes Mal im Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz war. Am Anfang bringt man einen Antrag ein, ja dann gehen wir halt mit, weisen wir es der Regierung zu. Ich bin froh, daß es hier klipp und klare Aussagen gegeben hat, denn der Gemeinderat von Bad Gleichenberg hat ja einen einstimmigen Beschluß quer durch alle Parteien beschlossen, und den Regierungsmitgliedern wurde dieser Beschluß, diese Resolution, persönlich vom Bürgermeister mit einer Delegation überbracht. Ich war mit ihm gemeinsam bei Peter Schachner, der gesagt hat, ja selbstverständlich werden wir euch unterstützen, werden wir euch helfen. Ich glaube, wenn wir das alle wirklich wollen und auch ehrlich sagen, dann haben die dort Hoffnung und habe eine Möglichkeit. Und nicht mit Zahlen jonglieren, weil ich glaube, es soll ein solides Geschäft werden, und es sollen die Verhandlungen nicht gestört werden. Deshalb werde ich auch nie in Äußerungen in Medien oder woanders eine Zahl nennen. Denn ich glaube, vorher wird man es einmal bewerten müssen, wird man sagen müssen, was ist das Ganze wert, und um in Verhandlungen nicht vorher schon einzugreifen oder vielleicht kaputt zu machen, soll man das jetzt seriös abführen. Aber diese Hilfe für eine Region ist genauso wichtig wie in anderen Bezirken, in anderen Regionen in der Steiermark, wo eben momentan das Problem da ist, daß Arbeitsplätze wegfallen oder Firmen zusperrten oder Kündigungen aussprechen. Aber in Gleichenberg sind viele, viele kleine und unmittelbar weit über 1000 betroffen. Und wenn dort etwas zusammenbricht, und das sind Kleinbetriebe, und gerade deshalb müßten die FPÖ und ÖVP sagen, da müssen wir sofort etwas machen, weil die Kleinbetriebe sterben sonst mit.

Ich kenne das. Ich bin jetzt die zweite Periode im Landtag, die Zeremonie will ich gar nicht wiederholen jetzt, was man da alles erfunden hat, was man alles machen muß. Wenn ich mir nur den Beschlußantrag anschau - Zeitplanungen für Privatisierungen. Ja hätte ich gerne festgelegt, daß es heißt, Loipersdorf und Radkersburg hätte schon privatisiert werden müssen, damit man jetzt nicht mehr Gleichenberg kaufen kann? Man braucht gar nicht zwischen den Zeilen lesen, man sieht, was damit gemeint ist. Ich glaube, man muß offen sagen, was man privatisieren will und was man nicht privatisieren will.

Im Namen der Bürgerinnen und Bürger und der Bevölkerung der Region bitte ich euch hier, gemeinsam vorzugehen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. - 17.20 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Paierl. Ich erteile es ihm.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (17.20 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Wie könnte es anders sein, eine Debatte zum Landeshaushalt hat natürlich auch wirtschaftspolitische Bestandteile, und ich bin einige Male angesprochen worden, direkt und indirekt, und werde jetzt in der gebotenen Kürze doch auf einige Dinge einge-

hen. Vielleicht gleich zum Schluß, Kollege Prutsch, Blumau, Bad Gleichenberg, gleich zu Blumau. (Abg. Günther Prutsch: „Schleich!“). Schleich, Entschuldigung, aber die Nähe regional und auch beim Sitzen hat mich da ein bißchen irritiert. Blumau möchte ich schon der Ordnung halber wiederholen, und es ist ja einige Male hier im Hause gewesen. Voriges Jahr, das war eine meiner ersten Geschichten im Frühjahr, der Grundsatzbeschluß, der schon aus 1992 herreicht, daß das eben nicht ein Landesprojekt ist, die Entscheidung ist damals einstimmig gefallen, sondern daß man einem Privaten mit einem entsprechenden infrastrukturellen Paket, das man mitgegeben hat, quasi als Förderung, das übergeben hat, weil natürlich mit solchen Projekten auch immer Risiken verbunden sind. Zur Versachlichung, ich weiß, daß das in der Politik da oder dort blauäugig ist und nicht möglich ist - wir tun uns nichts Gutes, dieses Projekt jetzt durch irgendwelche nachträgliche Interpretationen schlecht zu machen. Ich glaube auch, wie Martin Wabl es sagt und wie es die regionalen Abgeordneten immer wieder berichten, daß das ein sehr gut laufendes, zumindest in der Bauphase, ist. Wir können nur hoffen, daß der Betreiber dann jenes Glück hat, und da komme ich dann auf den Grundsatz. Ich meine, daß es eigentlich Wurscht sein müßte, wer das besitzt - ob es ein öffentlicher Besitz ist oder ob es ein privater Besitzer ist. Ich glaube, daß auch die öffentliche Hand es sich nicht leisten kann, Projekte zu betreiben, die ineffizient sind, die den Steuerzahler belasten und so weiter. Dann finden Sie sich auch wieder da und heben berechtigt als Abgeordneter in Richtung Regierung, die das dann zu verantworten hat, oder auch in der parteipolitischen Auseinandersetzung vorwurfsvoll Ihre Stimme.

Also das, glaube ich, zumindest von meiner Seite, ist schon eine wichtige Feststellung, daß wir diese alten Dogmen, hier verstaatlicht, gut, kann nichts passieren, dort privat, das ist alles mit Risiko behaftet und kann etwas passieren, doch verabschieden und uns nicht mehr damit beschäftigen. Der Eigentümer müßte eigentlich egal sein.

Jetzt gleich zum anderen, das heute vor allem auch Vorredner, wie den Martin Wabl oder auch den Kollegen Wiedner, sehr beschäftigt hat. Das ist die Sache bei Leykam/KNP. Auch da würde ich um eines bitten. Beschluß, alles in Ordnung, sollte man auch berücksichtigen. Man muß sich das genau anschauen, wofür werden die Mittel verwendet. Nur nicht das Kind mit dem Bad insofern ausschütten, weil ich kann mich gut erinnern, nicht in dieser Funktion, sondern noch in einer Energiefunktion, als um diese Investition gerungen wurde. Denn wäre diese Investition von 6 Milliarden Schilling, Martin, nicht gekommen, andere Standorte in ganz Europa haben sich darum gerissen. Es hat einen Wettbewerb um diese Entscheidung gegeben innerhalb des Konzerns. Wir wissen verbrieft, daß, wenn diese Entscheidung nicht für die Steiermark und für Gratkorn gefallen wäre, 1500 Arbeitsplätze nicht nur gefährdet, sondern relativ sicher auf mittelfristige Sicht nicht haltbar gewesen wären. Ich muß deswegen, auch als Wirtschaftsreferent, doch bitten, daß man auch im Hohen Haus investitionsfreudige, risikobereite Unternehmungen begrüßt, wer immer sie besitzt, Konzerne, heimische - mir ist es auch lieber,

wenn es heimische sind –, wenn die Hauptquartiere hier sind, da ist mehr Wertschöpfung verbunden, selbstverständlich, das sind Probleme, daß viel Substanz schon abgegangen ist. Da können wir das Rad nicht zurückdrehen, das ist passiert.

Aber ich bitte auch im Sinne des „Unternehmens Steiermark“, hier nicht ein Klima entstehen zu lassen, wo wir sagen, na ja, bei uns wird da nichts mehr möglich sein. Denn das ist auch zu sagen an so einem Tag, die Steiermark ist Gott sei Dank keine Krisenregion mehr. Das ist meines Erachtens eine wichtige, ich sage es bewußt, Sprachregelung für Unternehmensvertreter. Die Steiermark ist keine Krisenregion, sie ist ein moderner Industriestandort geworden, hat viel Tränen und Blut und auch Substanz verloren dadurch, dieses Tal der Tränen, das hat gestern auch dieser Wirtschaftsgipfel bei der Frau Landeshauptmann einstimmig – alle Parteien, alle Sozialpartner, Arbeitsmarktservice, Prof. Tichy anwesend – festgestellt. Wir haben selbstverständlich, das ist kein Gesundheits- oder Lobhudeln, immer wieder Strukturprobleme und sollten auch im Geiste dessen, was hier schon gesagt wurde, die Kräfte darauf konzentrieren – Landesbudget, Aktivitäten auf der regionalen Ebene, in den Standorten und so weiter –, daß dieser Firmengeist auch entsprechend entwickelt wird.

Denn eines wissen wir auch, der Standortwettbewerb Europas mit den anderen Erdteilen und der Steiermark, innerhalb von Europa, der läuft seit geraumer Zeit und ist sehr brutal. Und wenn wir uns da selbst schädigen, dann freuen sich andere. Das heißt also, wir bräuchten so was, Sie kennen das von mir, wie eine „Corporate identity“, so was wie einen Korpsgeist der Unternehmensführung Steiermark. Und dann sind alle die Dinge, im sozialen, im budgetären, die damit verbunden sind, meines Erachtens auch anders zu beurteilen und positiver darzustellen.

Nun noch zum Schluß, weil der Martin Wabl dieses Problem oder dieses Projekt der drei Schulpsychologen als Beispiel genannt hat. Drei Akademiker, die arbeitslos geworden sind und die sich um Eigenständigkeit bemühen, sozusagen um eine Art eigene Firma, und mit dieser Firma auch auf Beschäftigungssuche gehen. Sie waren auch bei mir, sie waren höchstwahrscheinlich bei allen Verantwortlichen in der Regierung. Und wir werden uns auch gemeinsam bemühen, vis-à-vis Kollegin Rieder und das Arbeitsmarktservice, in kooperativer beziehungsweise steirischer Qualifikation zum Beschäftigungsprogramm für dieses Projekt auch Hilfe zur Selbsthilfe – sie wissen, daß sie selbst auch was auf dem Markt, der sehr schwer zu bearbeiten ist, verdienen müssen –, daß wir eine Starthilfe geben, daß wir auch Unterstützungen geben im Rahmen dieser Qualifizierungs- und Beschäftigungsprogramme, die wir ja haben. Es ist ja nicht so, daß wir da nichts tun. Seit Jahren – 60 Millionen in einem Jahr – sind rund 4000 Menschen davon hoffentlich positiv betroffen, weil sie entsprechend höher qualifiziert werden, weil sie auch ermächtigt und ertüchtigt werden, sich wieder in einen marktorientierten Beschäftigungsprozeß einzugliedern.

Das, meine Damen und Herren, dachte ich, weil ich doch einigermaßen aufmerksam zugehört habe, Ihrer

Diskussion und Ihrer Debatte auch noch anmerken zu können. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 17.28 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Beutl. Ich erteile es ihr.

Abg. Beutl (17.28 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Ich kann natürlich diesen Appell des Kollegen Schleich, so wie er ihn gebracht hat, nicht unwidersprochen lassen, denn er beinhaltet eigentlich die Unterstellung, daß wir von unserer Seite her nicht auch seit Jahren für den Ankauf der Aktien durch das Land eingetreten wären, als ob wir nicht auch das größte Interesse daran hätten, daß in Bad Gleichenberg investiert wird und daß dort, ähnlich wie in den anderen Thermenorten, eine Belebung stattfinden kann. Ich erinnere an meine Wortmeldung am vorigen Dienstag in der Ausschusssitzung, wo ich das bekräftigt habe, wo ich darauf hingewiesen habe, daß wir bereits vor zwei Jahren und noch viel früher gemeinsame Anträge hier in den Landtag eingebracht haben. Lieber Kollege Schleich, es wäre dir am letzten Dienstag unbenommen gewesen, auch mich zu fragen oder einen Vertreter von unserer Fraktion, der im Ausschuß für Wirtschaft und Arbeitsplatz sitzt, ob wir bei diesem Antrag, den du dort selbstständig mit dem Kollegen Wabl eingebracht hast, mitgehen. Aber nicht erst einbringen und dann hinterher sagen, „ja, ja, dann gibt es die Schrecksekunde“. Natürlich wären wir von Haus aus mitgegangen. Das ist die Art und Weise, wie du zu agieren pflegst oder wie du das gerne machst.

Ich möchte noch einmal dezidiert und mit aller Entschiedenheit feststellen, daß seit Jahren, auch zu der Zeit, als unsere Frau Landeshauptmann zuständige Wirtschafts- und Tourismusreferentin war, sie von dieser Zeit her bis zum heutigen Tag ununterbrochen in Kontakt sowohl mit der Gemeindevertretung in Bad Gleichenberg, mit dem Direktor Puntigam der Gleichenberger und Johannisbrunnen AG. als auch mit der Bank, die jetzt die Aktienmehrheit besitzt, in Gesprächen ist. Und wenn du betonst und hervorstreichst, daß die Gemeindevertretung am vorigen Dienstag beim Landeshauptmannstellvertreter Schachner war, dann möchte ich dir nur mitteilen, daß um 8 Uhr früh, noch bevor diese Delegation in den SPÖ-Klub hinübergangen ist, die Frau Landeshauptmann und der Landesrat Paiarl diese Delegation empfangen haben. (Abg. Schleich: „Ich habe gesagt, der Bürgermeister war bei allen Landesräten!“) Ja, aber ich meine nur, du stellst es immer so dar, als ob sie ausschließlich und zuerst in eurer Fraktion war. So ist das nicht. (Abg. Dr. Flecker: „Die Frage ist, wo er die kompetente Zusage bekommen hat!“)

Ich möchte noch einmal darauf verweisen, und der Herr Hofrat Flecker hat heute in einer Wortmeldung gemeint, man soll laufende Verhandlungen nicht stören, daß es der Sache besser täte, wenn wir uns jetzt nicht gegenseitig aufspielen und zuspieren, wer als großer Retter von Bad Gleichenberg in die Annalen eingehen möchte, sondern daß wir alles daransetzen, daß die Verhandlungen so erfolgen, daß sie Erfolg haben und daß sie positiv abgeschlossen werden.

Und noch einmal, es gibt keinen Zweifel, wirklich keinen Zweifel - und wenn du ständig versuchst, das so darzustellen, dann muß ich hier wirklich widersprechen -, daß die ÖVP seit Jahren und bisher immer gemeinsam, nur seit voriger Woche ist es anders - du ruft zwar zur Gemeinsamkeit und zum Miteinander hier auf, aber hast es verabsäumt, diese Gemeinsamkeit auch rechtzeitig herzustellen -, daß wir sehr wohl dafür sind, daß wir gemeinsam daran arbeiten, daß in Bad Gleichenberg das zu einem guten Ende geführt wird. Das möchte ich hier wirklich gesagt haben. (Abg. Schleich: „Ich kann mich daran erinnern, daß wir vor zwei Jahren den Antrag ändern mußten!“)

Warum? Weil du darauf bestanden hast, als erster genannt zu werden, und das ist der Hauptgrund. (Beifall bei der ÖVP. - 17.32 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (17.32 Uhr): (Abg. Schinnerl: „Warst eh schon dran!“) Ich kann euch beruhigen, es ist nicht Gleichenberg.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich habe mich eigentlich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet. Man hat mir immer gesagt, man soll Älteren gegenüber sehr höflich sein, das habe ich bis heute immer versucht, aber, Herr Präsident Vesko, Sie sind mir nicht böse, wenn Sie da herausgehen und für mich da in einer wirklich sehr präpotenten Art und Weise erstens einmal andere hinunterkanzeln. Ich habe sicherlich keinen akademischen Grad, und deswegen habe ich gesagt, oft bin nicht so geschick wie Sie, aber wissen Sie, ich ist ein akademischer Grad auch nicht immer Zeichen von Intelligenz, da gibt es andere, die sehr viel Allgemeinwissen haben, Sie haben nur das Glück, daß Sie studiert haben und einen akademischen Grad haben. Aber zur Sache. Wenn Sie da draußen sagen, es ist eine Frechheit, was ich sage, und unverschämt und eine Polemik, daß ich euch unterstelle, daß ihr umgefallen seid. Ich sage nicht mehr dazu. Bitte, lesen Sie die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 59/1, die wir im Zusammenhang mit unserer Budgetdebatte vom 23., 24. und 25. April 1996 in der Angelegenheit A-1-Ring geführt haben, und lesen Sie das Protokoll auf Seite 462, dort ist das, was ich Ihnen unterstellt habe, nachzulesen. Dort seid ihr umgefallen, dort habt ihr dagegengestimmt, gegen die Maßnahme, daß die restliche Finanzierung für den Ö-Ring zur damaligen Situation von ÖVP und SPÖ, obwohl wir dagegen waren, aber in der Sache dafür waren, weil man keine Ruine stehen läßt, mitgestimmt haben, und ihr habt dagegengestimmt. (Beifall bei der SPÖ. - 17.34 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben drei Abstimmungen vorzunehmen:

Erstens: Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist mehrheitlich angenommen.

Zweitens: Wer dem Beschlußantrag von Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen, betreffend einen Bericht über den Stand der Privatisierungs-

vorhaben, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Gegenprobe.

Der Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

Drittens: Wer dem Beschlußantrag von Abgeordneten aller im Landtag vertretenen Fraktionen, betreffend Förderung KNP Leykam, die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Händezichen. Danke. Gegenprobe.

Der Beschlußantrag ist einstimmig angenommen.

8. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 198/3, zum Antrag der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Dipl.-Ing. Chibidziura, Dietrich, Ing. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Schinnerl, Ing. Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesvertragsbedienstetengesetzes.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Magda Bleckmann. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Bleckmann (17.35 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Der Antrag ist ein Gesetzesantrag seitens der Freiheitlichen bezüglich der Möglichkeit für Bedienstete des Klubs und der Regierungsmitglieder, daß sie nach acht Jahren beziehungsweise zwei Legislaturperioden die Möglichkeit haben, in den Landesdienst im Rahmen freierwählender Dienststellen übernommen zu werden. Dazu gibt es eine Regierungsvorlage, die die Möglichkeit vorsieht, diese Übernahme durchzuführen nach Ablauf von acht Jahren nach einem Antrag des Klubs oder Bürobediensteten. Darüber hinaus sollte eine Übernahme nur nach Maßgabe eines freien, durch Neueinstellung zu besetzenden Dienstpostens erfolgen, natürlich soll auf die Bestimmungen der Dienstzweigeordnung Bedacht genommen werden.

Deshalb stelle ich im Namen des Ausschusses den Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Bleckmann, Vesko, Chibidziura, Dietrich, Hartinger, List, Peinhaupt, Schinnerl, Schreiner und Wiedner, betreffend die Novellierung des Steiermärkischen Landesvertragsbedienstetengesetzes, wird zur Kenntnis genommen. Ich bitte um Annahme. (17.37 Uhr.)

Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Dr. Bachmaier-Geltewa. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Bachmaier-Geltewa (17.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete!

Als Mitglied des Personalbeirates möchte ich grundsätzlich festhalten, daß ich das im Jahr 1987 von der Landesregierung beschlossene Personaleinstellungsmodell für richtig und wichtig halte, weil dadurch die Möglichkeit geschaffen wurde, Personaleinstellungen zu objektivieren. Ungeachtet dessen ist es aber verständlich, daß die einzelnen Landtagsklubs ihre Dienstnehmer selbst auswählen wollen. Es erscheint mir legitim, in den Klubs beziehungsweise politischen

Büros Personen einzusetzen, die sich für diese anspruchsvollen Tätigkeiten als besonders geeignet erweisen. Deshalb hat man ja auch ebenfalls mit Regierungsbeschluß und dann auch im Landesvertragsbedienstetengesetz festgelegt, daß die Klubs außerhalb des Personaleinstellungsmodells ihre Bediensteten selbst auswählen und einstellen können, jeweils mit befristeten Verträgen nach den Bestimmungen des Angestelltengesetzes. Diese Möglichkeit wurde in der Folge auch auf die Bediensteten der Regierungsbüros ausgedehnt.

Worum es unserer Fraktion nun geht, ist folgendes. Diese in den Klubs und Regierungsbüros sozusagen privatrechtlich beschäftigten Dienstnehmer haben nicht die gleiche Absicherung wie die Landesbediensteten. Sie könnten theoretisch, wenn die Befristung abläuft – und in Zeiten wie diesen sind Neuwahlen immer möglich, wie Sie wissen, meine Damen und Herren – sofort vor die Türe gesetzt werden und stunden abgestempelt mit dem Image einer bestimmten politischen Richtung plötzlich ohne Arbeit da und würden es sicherlich schwerer haben als andere Arbeitssuchende, einen geeigneten Job zu finden. Zu dem kommt, daß sich die Kenntnisse und Fähigkeiten des einen oder der anderen auf ein spezielles Fachwissen erstrecken und somit die Gefahr einer gewissen Einseitigkeit vorliegt, womit eine universellere Einsetzbarkeit anderswo nicht automatisch gegeben erscheint.

Gestatten Sie mir an dieser Stelle eine kleine Exkursion. So wie es einem Klubsekretär erginge, wenn sein Job zu Ende ist, so würde es unter Umständen auch ein Parlamentarier schwer haben, wenn er seine Abgeordnetentätigkeit hauptberuflich ausgeübt hat und er sich danach wieder auf Jobsuche begeben müßte. Deshalb vertrete ich die unbedingte Auffassung, daß ein Abgeordneter auch einen Beruf haben soll, den er entweder gleichzeitig ausübt oder in den er dann wieder zurückkehren kann. Wenn das nämlich nicht gewährleistet ist, dann besteht meiner Meinung nach die große Gefahr, daß die Qualität und Quantität der geleisteten Arbeit sinkt, weil dann vermutlich immer weniger qualifizierte Leute bereit sind, in die Politik zu gehen.

Nun aber wieder zurück zum eigentlichen Thema. Die Bediensteten in den Klubs genießen darüber hinaus nicht den Schutz sogenannter Kettendienstverträge, das heißt, daß mehrmalige Befristungen nur bei sachlicher Rechtfertigung möglich sind, ansonsten sie in ein unbefristetes Dienstverhältnis übergehen. Sie genießen also nicht den Schutz dieser Kettendienstverträge, da hier durch die landesgesetzliche Regelung auch mehrmalige Befristungen möglich sind, was ebenfalls zu einer Schlechterstellung gegenüber anderen Dienstnehmern führt und zur Unsicherheit der betroffenen Klubbediensteten beiträgt. Wenn nun ein Dienstnehmer nicht entspricht, und das ist ja durchaus möglich, dann ist vermutlich davon auszugehen, daß das Dienstverhältnis spätestens mit der ersten Befristung endet. Was passiert aber mit jenen tüchtigen Mitarbeitern, die sich über Jahre hindurch in den Klubs beziehungsweise politischen Büros bestens qualifiziert haben, welche Zukunftsperspektiven haben diese Leute? Um nun den Betroffenen die Möglichkeit einer Dauerbeschäftigung einzuräumen, soll nun dem jeweiligen Dienstnehmer über Antrag eine Aufnahme

in den Landesdienst geboten werden, und zwar nach acht Jahren Arbeit in einem Klub oder Regierungsbüro. Wir haben bewußt acht Jahre in unserem Beschlußantrag, den ich dann vortragen werde, festgeschrieben, weil wir der Meinung sind, daß der Bezug auf eine Legislaturperiode, wie bereits erwähnt, vom zeitlichen Ausmaß her eher unsicher ist.

Es kommt sicher auch öfter vor, daß jemand nicht am Tag der Angelobung, sondern zum Beispiel erst eine Woche später den Dienst in einem Klub antritt, und in einem solchen Fall könnte sich dann womöglich die Frage stellen, ob der betreffende Beschäftigte dann eine volle Legislaturperiode dort beschäftigt war.

Weiters haben wir in unserem Beschlußantrag auch festgehalten, daß die Übernahme in den Landesdienst durchaus auch derart erfolgen kann, daß die Betroffenen auf dem bestehenden Dienstposten im Klubsekretariat oder Regierungsbüro verbleiben könnten.

Diese Möglichkeit der Übernahme in den Landesdienst scheint mir nur gerecht zu sein, weil ich glaube, daß es sich heute kaum jemand leisten kann, auf gute Mitarbeiter zu verzichten, und der betreffende Personenkreis, der sich über Jahre hindurch bestens bewährt hat, ein Humankapital darstellt, welches künftig immer mehr gefragt sein wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Jung, dynamisch, ehrgeizig, fleißig, loyal, über das normale Ausmaß hinaus belastbar, kurz und gut, eine Bereicherung in jeder Hinsicht. Ich glaube, daß ich hier dies nicht näher erläutern muß, wie anspruchsvoll und umfangreich die Tätigkeiten in den Klubs und Regierungsbüros sind, einerseits bedingt durch die Vielfalt der Parteien, andererseits aber auch bedingt durch die Erwartungen der Menschen an die Politik.

Ich schlage daher vor, daß diese Möglichkeit der Übernahme in den Landesdienst nicht mehr ausgeschlossen sein soll, sondern daß die Regelung einer Übernahme generell getroffen wird, und zwar zumindest mittels eines Regierungsbeschlusses, so daß vorweg jeder Bedienstete in einem Klub oder Regierungsbüro, wenn er sich bewährt hat, und das hat er ja, ansonsten ist er nicht acht Jahre in diesem Job, einen Rechtsanspruch darauf haben soll, auf Antrag in den Landesdienst übernommen zu werden.

Aus diesem Grunde stelle ich daher namens meiner Fraktion nachstehenden Beschlußantrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 198/3, zu beschließen, daß Bedienstete der Klubsekretariate und der Regierungsbüros, die nach den Bestimmungen des Angestelltengesetzes aufgenommen würden, nach zumindest acht Jahren in einem derartigen Dienstverhältnis beantragen können, als Vertragsbedienstete in den Landesdienst übernommen zu werden, wobei sie auch auf den bestehenden Dienstposten im Klubsekretariat oder Regierungsbüro verbleiben könnten.

Ich bitte Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, diesem Beschlußantrag auch als kleine Anerkennung der Leistung Ihrer Klubbediensteten die Zustimmung zu erteilen, und danke Ihnen für Ihre diesbezügliche Unterstützung. Ich darf nun den Beschlußantrag übergeben. (Beifall bei der SPÖ. – 17.47 Uhr.)

Präsident: Eine weitere Wortmeldung liegt mir nicht vor. Wir haben zwei Abstimmungen durchzuführen.

Erstens ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmen, dies durch ein Handzeichen zu dokumentieren. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Zweitens ersuche ich jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Frau Abgeordneten Dr. Bachmaier-Geltewa namens ihrer Fraktion zustimmen, um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Ich stelle auch hier die einstimmige Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

9. Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 79/3, zum Antrag der Abgeordneten Ing. Schreiner, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, Wiedner, Dipl.-Ing. Chibidziura, Ing. Peinhaupt, Schinnerl und Dipl.-Ing. Vesko, betreffend Ganzjahresarbeitszeitmodell für die Bauwirtschaft.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Franz Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (17.48 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Gegenständlicher Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeitsplatz befaßt sich mit der Regierungsvorlage zum Antrag der freiheitlichen Abgeordneten, betreffend das Ganzjahresarbeitszeitmodell für die Bauwirtschaft.

Grundaussage dieses Antrages ist, daß durch Mehrleistung in den Sommermonaten Arbeitsstunden „angespart“ werden, welche im Winter als „Zeitausgleich“ konsumiert werden können. Die Einsparungen dadurch sollen bis zu 500 Millionen Schilling im Bereich der Arbeitslosenunterstützung betragen.

Gerade der Umstand, daß sich im abgelaufenen Winterhalbjahr vor allem die Dauer der Arbeitslosigkeit deutlich erhöht hat und sich dadurch die im Landtagsantrag vom 26. März 1996 angesprochenen Mittel an Arbeitslosenunterstützung beträchtlich erhöht haben, ist die Schaffung eines Ganzjahresarbeitszeitmodelles für die Bauwirtschaft von eminenten Bedeutung.

Zwischenzeitlich wurde von der Bauinnung und der Bauindustrie mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund auf Bundesebene unter Mitwirkung der Steirischen Bauinnung ein neuer „Kollektivvertrag zur Verbesserung der Jahresbeschäftigung in der Bauwirtschaft“ ausgearbeitet.

Die diesbezüglichen Einsparungen auf Grund dieses Kollektivvertragsentwurfes – bereits in Kraft – im Bereich der Arbeitslosenunterstützung werden von den angeführten Interessenvertretungen auf rund 360 Millionen Schilling geschätzt und entsprechen somit der Größenordnung des Landtagsantrages vom 26. März 1996. Diese sind nach Möglichkeit zweckgebunden der Bauwirtschaft zur Verfügung zu stellen beziehungsweise gemäß vorliegendem Landtagsantrag für wirtschaftsbelebende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen zu verwenden.

Antrag: Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Bericht über die Arbeitsmarktsituation in der steirischen Bauwirtschaft über den Zeitraum Jänner bis September 1996 wird zur Kenntnis genommen.

Zweitens: Der von der Bauinnung und der Bauindustrie mit dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, Gewerkschaft Bau – Holz, auf Bundesebene unter Mitwirkung der Steirischen Bauinnung erarbeitete Kollektivvertrag zur Verbesserung der Jahresbeschäftigung der Bauwirtschaft wird zur Kenntnis genommen und von seiten der Steiermärkischen Landesregierung unterstützt.

Drittens: Die aus der Umsetzung des Kollektivvertrages zur Verbesserung der Jahresbeschäftigung in der Bauwirtschaft resultierenden Einsparungen in der Höhe von rund 360 bis 500 Millionen Schilling sollen für wirtschaftsbelebende und arbeitsplatzsichernde Maßnahmen verwendet werden, insbesondere jedoch der Bauwirtschaft mit ihrem vergleichsweise hohen Multiplikatoreffekt zugute kommen, wobei die Steiermärkische Landesregierung diesbezüglich bei der Bundesregierung vorstellig wird.

Ich bitte, diesem Antrag die Zustimmung zu geben. (17.52 Uhr.)

Präsident: Danke, Herr Berichterstatter.

Jetzt hat sich der Herr Abgeordnete Purr zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Purr (17.52 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser Antrag, betreffend ein Ganzjahresarbeitszeitmodell für die Bauwirtschaft, hat natürlich eine sicher enorme Bedeutung. Es ist auch erfreulich, daß hier sozialpartnerschaftlich bereits eine Verhandlung stattgefunden hat. So liegt demzufolge auch hier ein Kollektivvertrag zur Verbesserung der Jahresbeschäftigung in der Bauwirtschaft vor. Welche Bedeutung die Bauwirtschaft im Bereich der Wirtschaft hat, ist jedem einleuchtend. Wenn ich an die Bauinitiative mit unserem Kollegen Heibl denke, der sich wirklich als Fachmann hier profiliert hat, so ist die Bedeutung des Faktors der Bauwirtschaft im Spiel der gesamten Wirtschaft nur zu unterstreichen.

Aber auch hier im Landtag wurden viele Initiativen gesetzt, um für Beschäftigung zu sorgen, und es haben sich erfreulicherweise fast alle Parteien immer wieder dafür engagiert und vor allem Leute engagiert, die ernst zu nehmen sind und mit einer gewissen Kompetenz dazu Stellung genommen haben, Beschäftigungsmöglichkeiten zu finden und auch Modelle zu finden für die Beschäftigung von Lehrlingen. Und auch in der Wirtschaftsförderung, wo Landesrat Paierl gesagt hat, hier müssen wir Impulse setzen, umstrukturieren und eine zentrale Anlaufstelle schaffen und die Clusterförderung, um all das eben wirklich zum Tragen zu bringen, was in einem Land Steiermark möglich ist. Ich bin überzeugt davon, daß hier eine gute Arbeit geleistet wurde, aber es geht nicht nur um die Bauwirtschaft, sondern es geht eben allgemein um die Beschäftigung.

Wenn wir einen Blick auf die vermutlichen Arbeitslosenraten 1997 werfen, so ist das ja nicht gerade er-

hebend, wenn rund 35 Millionen Menschen nach Schätzung der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, OECD, in den Industriestaaten heuer keinen Job haben werden, 35 Millionen Menschen! Die Prognose für Österreich lautet in etwa dahin, daß man sagt, leider auch hier steigende Arbeitslosenraten, ein bescheidenes Konsumwachstum, das dürfte bei 1,4 Prozent liegen, und die Reallöhne werden leider nur, ich betone das, um ein halbes Prozent steigen. Der Rückgang wird bei den Bauinvestitionen erwartet. Und das ist dann umso mehr zu unterstreichen, daß gerade von der Steiermark aus von Verantwortlichen, hier auch im Landtag, in der Wirtschaft Initiativen gesetzt werden. Ich wundere mich, daß diese Initiativen eigentlich zumindest nach meiner Information über Medien von anderen Bundesländern nicht kommen, daß man einfach scheinbar darüber hinweggeht, obwohl wir wissen, daß die heimische Wirtschaft insgesamt in Österreich langsamer wachsen wird als in anderen OECD-Ländern, nämlich nur um zwei Prozentpunkte in etwa, daß wir 1997 in Summe in Österreich eine Dauerarbeitslosigkeit haben werden bei 250.000 Menschen, darauf müssen wir uns bitte einstellen.

Jetzt kommt das Interessante noch dazu. Die Industrie hat im Herbst noch gesagt, wir werden unsere Produktionstätigkeit in etwa um 6 Prozent, 7 Prozent steigern, und jetzt eigentlich bei den ersten Umfragen im Jänner sagt die Industrie, das wird nicht möglich sein, wir werden die Produktionstätigkeit zurücknehmen müssen. Wir werden etwa 15 Prozent weniger produzieren, und dann gibt es wieder die Schlagzeile, soundso viele Menschen haben im Handel die Möglichkeit, Arbeit zu finden, weil wir neue Öffnungszeiten haben. Ich sage, wenn dort 1000 Leute neue Arbeitsplätze finden, werden wahrscheinlich woanders 2000 inzwischen verlorengegangen sein. Das ist die Realität, und da täuschen wir uns ja nicht darüber hinweg. Deshalb ist es eben die Aufgabe aller Verantwortlichen, die Wahrheit zu sagen, die Tatsachen zu erkennen, den Handlungsbedarf wahrzunehmen, Abhilfe zu schaffen, die Themen sind bereits vorgegeben. Ich sage das deshalb, weil es den Anschein hat, daß das nicht genug ernst genommen wird. Wenn ich denke, womit wir uns eigentlich überwiegend beschäftigen, ich sage das in aller Offenheit, Vignetten, das war ein einziges Fiasko, und was die Krankenscheingebühr betrifft, die uns ja eigentlich sehr beschäftigt hat, vor allem vor dem Thema Regierungswechsel, muß ich sagen, was hier gelungen ist, ist buchstäblich für jeden Menschen unverständlich, der in der Wirtschaft Verantwortung trägt. Zur Durchführung der Krankenscheingebühren, ich sage das, und abgesehen von dem Beschluß, zu dem man sich – (Abg. Mag. Bleckmann: „Der Minister, der das Vignettenchaos verursacht hat, ist von der ÖVP!“) Ja, spielt keine Rolle, hier machen wir keinen Unterschied.

Wie immer die Dinge auch liegen, es soll hier dargestellt werden, wie es wirklich gespielt wird. Ich sage auch, was die Krankenscheingebühr betrifft, ich habe das mitgenommen. Mir sind von der Gebietskrankenkasse für die Durchführung der Verrechnung der Krankenscheingebühren eins, zwei, drei, vier, fünf, sechs, sieben, acht, neun, zehn bedruckte Seiten zuge-

gangen, nicht nur mir, sondern allen Betrieben. Weil man einfach nicht in der Lage ist, diese Krankenscheingebühr möglichst unkompliziert einzuheben, möglichst flott. Das kann nicht im Interesse der Wirtschaft sein, da muß irgendetwas krank sein. Ich hebe das immer wieder hervor, weil gerade auf diesem Sektor soviel getrieben wird, wo neue Belastungen im Hinblick auf die Administration geschaffen werden. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Gennaro: „Kämpfen wir zusammen. Weg mit dem Dreck, brauchen wir nicht! Wir haben es eh nie haben wollen!“) Ich bin absolut der Auffassung, daß es einen einfachen Weg geben müßte. Aber scheinbar ist es notwendig, alle die Dinge zu erhalten.

Ich habe einmal im Zusammenhang mit der Lohnsteuerverrechnung dem damals Verantwortlichen der Lohnsteuerstelle in der Steiermark die Frage gestellt, ob es eigentlich nicht eine Variante gäbe, das zu vereinfachen, daß wir nach Möglichkeit nicht alle Jahre ein neues Buch brauchen. Er hat mir eigentlich dann gestanden, wir können doch im Finanzministerium die Stelle nicht auflassen, die sich das ganze Jahr über damit beschäftigt, eine neue Tabelle zu erstellen. In diesem Staate leben wir, und das sind die Belastungen, das sind die Kosten, das sind auch die steuerlichen Entwicklungen, und wir können uns scheinbar davon nicht verabschieden.

Detto Werkvertragsregelung. Dient doch in dieser Form überhaupt niemanden, das kann es nicht sein. Und dann sträuben wir uns bei all der Ernsthaftigkeit, die uns in Anspruch nimmt, wenn es um die Lösung wirtschaftlicher Probleme geht, wenn es darum geht, Arbeitsplätze zu halten, neue zu schaffen, das Umfeld zu ändern, na dann passiert es dann noch, daß man im Kärntner Landtag eine Schmierkomödie aufführt und plötzlich Politiker sich mit der Fälschung von Unterschriften beschäftigen. Das kann doch nicht der Stil sein, das kann doch nicht Ernsthaftigkeit sein. Da spürt man doch kein Anliegen, wirkliche wirtschaftliche Probleme zu lösen. Und wenn die Steiermark sich noch so bemüht und wir noch so zusammenstehen – der Kollege Gennaro und der Kollege Heibl und die Vertreter der Wirtschaft unserer Fraktion –, so darf ich eines sagen, im Vergleich zu diesem Paket Wirtschaft ist das bestenfalls ein Häferflicken, ist das bestenfalls ein kleines Beiwerk zu dem, was eigentlich geschehen müßte auf der Bundesebene. Es hat jetzt der neue Herr Bundeskanzler in einem Gespräch am Sonntagabend einmal sehr deutlich „zur Sache“ gesagt, es geht um strukturelle Maßnahmen. Ich hoffe, er nimmt sie vor, er scheut davor nicht zurück. Es muß neue Regelungen geben auf dem Sektor, und nicht nur das Lohnnebenkostenstichwort auf dem Sektor der Gebietskrankenkasse. Wir müssen uns zu diesem breiten Netz einer Versicherung bekennen, nicht so, daß jene, die zahlen, noch immer mehr zahlen, egal wie viele überhaupt bezahlen, wir erhöhen auf jeden Fall die Gebühren mit 1. Jänner jeden Jahres.

Ich denke nur an die Unfallversicherung. Wir haben einen enormen Freizeitbedarf, es gibt enorm viele Menschen, die in der Freizeit verunfallen. 80 Prozent der Unfälle sind Freizeitunfälle. Endlich eine Freizeitunfallversicherung schaffen. Kann doch nicht alles kosten. Der sich die teuersten Schi, die teuersten Sportgeräte leistet, der wird doch bitte sich auch

leisten, unfallversichert zu sein. Und das sind die Beiträge, die wir gemeinsam leisten müßten, und um diese Dinge geht es, genauso wie um die Pensionskassen und auch um die Lehrlinge. Ich sage das, weil der Kollege Vesko sich da vorhin gestoßen hat, einige wenige Lehrlinge vom Herrn Landesrat Paierl. Ich darf sagen, 1627 sind es ganz genau gewesen in 1180 Betrieben! Es ist das ein Vorteil, obwohl ich hier sage, auch mit diesem Zuschuß kann man das Problem der Lehrlinge nicht lösen, davon bin ich ganz überzeugt, es kann nur ein Beitrag, eine Hilfe sein. Aber ich glaube, meine Damen und Herren, das Thema ist ernst genug, daß wir über diese tagespolitischen Plänkeleien hinweg zu einer Lösung ansetzen, uns vor allem von der Steiermark aus auch mit anderen Bundesländern in Verbindung setzen, damit es Bundesregelungen gibt, im Interesse der Wirtschaft. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Heibl. Er hat das Wort.

Abg. Heibl (18.03 Uhr): Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren Abgeordnete!

Für diese Vorlage dient ein ausverhandelter Kollektivvertrag, der hier wiedergegeben wurde. Dieser Kollektivvertrag ist seit 1. Juli 1996 in Kraft. Dieser Vertrag ist auch ein Antrag zugrunde gelegt. Dieser stammt von der Freiheitlichen Partei. Erstunterzeichner ist der Berichterstatter, Herr Abgeordneter Schreiner.

Es war hier gedacht – von Seiten der Freiheitlichen –, daß 30 Wochen lang in unserer Branche 48 Stunden gearbeitet werden, also insgesamt 270 Mehrleistungsstunden. Diese sollten dann in den Wintermonaten zu je 30 Stunden, wenn ich den Antrag richtig gelesen habe, pro Woche verwendet werden. Damit würde von uns die Arbeitslosigkeit, wenn Sie das durchgesetzt hätten, in Wirklichkeit ein zweites Mal bezahlt. Erstens einmal, daß wir diese Arbeitszeit im Sommer uns einarbeiten, und ein zweites Mal, weil wir uns das auch über die Arbeitslosenversicherung selber bezahlen. Außerdem war ja der Wunsch in diesem Antrag, Herr Abgeordneter Schreiner, daß diese Arbeitsstunden im Winter mit 30 Stunden pro Woche gutgeschrieben werden sollten. Das hätte für uns bedeutet, daß natürlich dieses Einkommen im Winter dann nur um 5 oder 10 Prozent höher gewesen wäre als der Arbeitslosenbezug. Ich kann nur sagen, Gott sei Dank ist es nicht in dieser, sondern in einer anderen Form gekommen.

Das mit den Sozialpartnern ausgehandelte Modell ist, wie schon gesagt, im Kollektivvertrag geregelt und lautet nicht 270 Ausgleichsstunden, sondern 90 Ausgleichsstunden plus 48 Stunden Einarbeitung und auch noch zwei Wochen Urlaubsverarbeitung in den Monaten Dezember oder Jänner. Ich muß dazusagen, daß der Urlaubsverbrauch im Winter in der Baubranche ohnehin bis jetzt auch erfolgt ist. Wir haben das in Wirklichkeit nur legalisiert.

Wir haben fast zehn Jahre, ich möchte sagen, beinahe so lange, wie es schon für die ennsnahe Trasse dauert, daran gearbeitet, daß dieser Vertrag mit den Sozialpartnern wirklich auch zustandegekommen ist.

Es ist ein Kompromiß geworden, mit dem, wie eben bei jedem Kompromiß, beide Partner halt auskommen müssen. Der eine wahrscheinlich besser, der andere schlechter.

Diese Vereinbarung im Kollektivvertrag möchte zwar keine Gewerkschaftsdiskussion eröffnen, ist eine Kann-Bestimmung und daher eine Empfehlung an alle, die diesem Kollektivvertrag unterliegen, dieses Arbeitsmodell auch anzuwenden.

Für 1996/97, also diesen Winter, wird es kaum Auswirkungen haben, weil einfach die Baufirmen, vor allem die Bauindustrie, nicht im Herbst 1996 damit begonnen haben, sondern die wollen alle 1997 damit beginnen. Das heißt, für 1997/98 wird dieses Modell natürlich Auswirkungen haben und auch eine Entlastung für die Arbeitslosenversicherung bedeuten.

Eines steht aber auch ganz sicher fest. Es hilft uns das beste Arbeitszeitmodell nichts, wenn wir nicht genug Aufträge haben, wenn wir nicht genug Arbeit haben. Ein Arbeitszeitmodell kann im besten Fall ein Hilfsinstrument sein, und nicht mehr.

Meine Damen und Herren, jedenfalls ist die Baubranche insgesamt – Gewerkschaft plus Unternehmerseite – die erste Branche, die ein tragfähiges, brauchbares, flexibles Arbeitszeitmodell für eine ganze Branche zustandegebracht hat.

Es wurde aber auch zwischen den Sozialpartnern einiges andere noch abgesprochen, und zwar, daß wir einen Beobachtungszeitraum von zwei Jahren uns vorbehalten haben, um zu sehen, wie funktioniert das wirklich, welchen Erfolg hat das. Wir erwarten ja, daß bis zu 40.000 Bauarbeiter etwa. Wir erwarten drei und sechs Wochen ihr Dienstverhältnis verlängern können. Also, wir haben einen Beobachtungszeitraum für dieses Arbeitszeitmodell verhandelt, und wir werden sehen, was daraus wird, ob wir nachjustieren müssen, wie immer.

Zusammenfassend gesagt, meine Damen und Herren, ein Arbeitszeitmodell, das notwendig war und beiden Seiten Vorteile bringen kann. Ich danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 18.08 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Schreiner. Er hat das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (18.08 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte in umgekehrter Reihenfolge auf die Worte meiner Vorredner eingehen. Herr Abgeordneter Heibl, wir haben jetzt einen Kompromiß gefunden, die Sozialpartner haben einen Kompromiß gefunden. Ich glaube, wir können mit diesem Kompromiß leben. Es ist nur noch sehr viel zu tun. Wir hätten noch, im Bereich des Kollektivvertrages, die Trenngeldregelung endlich einmal dafür sorgen zu bringen. Wir müßten endlich einmal dafür sorgen, daß es möglich ist, auch in unserer Branche ein Verrechnungssystem zu haben, eine einfache Art der Verrechnung, daß wir mit anderen EDV-Systemen, außer BDS, unsere Verrechnung überhaupt durchführen könnten. Es gibt ein einziges System in Österreich, für Österreich maßgeschneidert, wo wir den Baulohn abrechnen können. Das ist ein Unikat in ganz Europa.

Noch etwas vielleicht. Was will der Unternehmer wirklich? Sie haben das sehr gut gesagt. Der Unternehmer will eigentlich keine Ganzjahresarbeitszeitregelung, sondern will möglichst viel Stunden über das ganze Jahr möglichst gleichmäßig produzieren. Warum will er das eigentlich? Weil er hat ja in den Stillstandszeiten, in den Zeiten, wo er wenig oder gar nichts produziert, weil das Personal eben im Zustand der Arbeitslosigkeit ist, das Problem, daß er noch immer Geräteabschreibung und Regien zu bezahlen hat. Und da muß man vielleicht einmal ein bißchen über die Eigenkapitalsituation dieser Branche reden. Es ist folgendes: Wenn zum Beispiel ein Bauunternehmen erfolgreich arbeitet, dann hat dieses Unternehmen im Schnitt im Jahr eine Ertragvorsteuer von 2 Prozent der Bilanzsumme. Das ist ein gutes Unternehmen – 2 Prozent der Bilanzsumme. (Abg. Heibl: „Das stimmt schon, daß das zwischen einem und 4 Prozent liegt. Es hat Zeiten gegeben, wo es 30 Prozent gegeben hat. Wir haben nicht immer schlechte Zeiten gehabt. Bei der Wiener U-Bahn sind es sicher nicht 2 Prozent!“) Herr Abgeordneter Heibl, das ist alles richtig, und das waren die goldenen Zeiten. Noch einmal, die Insolvenzstatistik wird mittlerweile von den Baufirmen angeführt. Jetzt haben wir eine Situation, daß die Unternehmungen die 2 Prozent nicht zusammenbringen. Wenn jetzt das Unternehmen beinahe ein halbes Jahr nichts produziert, dann hat es in etwa ja 1½ Prozent schon aufgebraucht bei einer Zentralregie von 3 Prozent und Geräteabschreibung. Das heißt, übers Jahr gesehen könnte rein theoretisch das halbe Eigenkapital, das ja unter 10 Prozent liegt, schon aufgebraucht werden.

Wir wollen, ich glaube, das ist im Sinne aller, das ganze Jahr gleichmäßig arbeiten. Aber man möge uns bitte die Arbeit geben. Man möge dafür sorgen, daß nicht im März angekündigt wird, wir bauen durch diesen Berg einen Tunnel, durch jenen Berg einen Tunnel, und wir sind bereits im Februar nächsten Jahres, und es passiert nichts. Wir tun nur reden in diesem Haus. (Abg. Heibl: „Wir können nicht auf Vorrat arbeiten!“ – Abg. Gross: „Das können wir nur gemeinsam schaffen!“) Ich weiß, diese Initiative ist auch etwas Gemeinsames. Aber noch einmal, ich glaube, man sollte da wirklich auf die wesentlichen Dinge eingehen. Es ist nicht so besonders interessant nach meinem Dafürhalten, daß man sagt, und jetzt gehe ich wieder zurück auf die Lehner-Studie, na ja, eigentlich haben wir es ja ganz gut im Griff zur Zeit. Wenn man wirklich die Lehner-Studie liest, dann ist ein Satz drinnen, und dieser eine Satz genügt. Wissen Sie, was das ist? Ein vernichtendes Urteil für die Politik der letzten fünf Jahre. Wissen Sie, was das heißt, was da drinnen steht? Da steht drinnen, daß die Verschuldung von rund 10, 12 Milliarden Schilling auf 20 Milliarden Schilling gestiegen ist. War das notwendig? Waren die Zeiten für die Wirtschaft so schlecht von 1991 bis 1995? Nein, sie waren nicht so schlecht!

Jetzt haben wir die schlechten Zeiten. Und jetzt haben wir das Problem, daß wir über 20 Milliarden Schulden haben. (Abg. Gennaro: „Ich muß dir sagen, wir in der Steiermark haben in dem Sinn immer schlechte Zeiten gehabt. Wir waren immer Schlußlicht!“) Herr Abgeordneter Gennaro, ich will versuchen, das in einfach verständlichen Worten zu

erklären. Ganz einfache verständliche Worte. Ich brauche nicht einmal einen kleinen Betrieb. Ich sage, Sie haben eine Familie mit mehreren Mitgliedern. Und dann haben Sie ein gewisses Vermögen im Jahr 1991, und dann sagen Sie Ihren Familienmitgliedern 1996, ich habe nur mehr das halbe Vermögen beziehungsweise die doppelten Schulden, und es geht mir insgesamt schlechter. Da werden die anderen Familienmitglieder – (Abg. Vollmann: „So machen es die meisten Baufirmen!“) Die Baufirmen machen schon lange gar nichts mehr, wenn sie einigermaßen gescheit sind, gehen sie ins Ausland. (Abg. Vollmann: „Eine nach der anderen geht in den Konkurs. In guten Zeiten zu gut gelebt!“)

Darf ich vielleicht mit meinen Ausführungen fortfahren oder soll ich einen Schluck trinken? (Abg. Gross: „Das habe ich mit ‚gemeinsam‘ gemeint. In guten Zeiten zu gut gelebt!“)

Frau Abgeordnete Gross, wir reden nur mehr gemeinsam, wir tun schon lange nichts mehr, das ist unser größtes Problem. Schauen Sie, es hat keinen Sinn zu sagen, wir haben jetzt einigermaßen eine Situation im Griff, wo wir schon lange mit dem Rücken zur Wand stehen. Das ist unsere Situation im Land Steiermark, in Österreich und auch in großen Teilen Europas, das ist wirklich die Situation. Wir haben nicht rechtzeitig die Vorkehrungen getroffen, daß es uns besser gehen könnte. Schauen Sie, wenn wir 10 Milliarden Schilling weniger Schulden hätten, dann hätten wir auf Grund unseres Zinsendienstes 300 Millionen mehr zur Verfügung. Mit 300 Millionen Schilling könnten wir zwei Bauinitiativen machen plus eine Therme mit Hotelanlagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Und dann kommt ja noch etwas dazu. (Abg. Vollmann: „Lieber Kollege, du machst trotzdem die falsche Rechnung, weil dann hätten wir in der Vergangenheit nicht das finanzieren können, was wir finanziert haben!“)

Ich gehe sehr gerne auf Ihre Worte ein, Herr Abgeordneter Gennaro (Abg. Vollmann: „Vollmann!“), Vollmann, Entschuldigung, es ist das gleiche Strickmuster. Entschuldigen Sie bitte diesen Versprecher. Wenn Sie mir nachweisen können, wo 10 Milliarden Schilling von 1991 bis 1995 so investiert worden sind, daß es sinnvoll ist, dann gebe ich Ihnen recht. Das können Sie nicht, das ist das Problem.

Ich darf aber noch etwas sagen, wenn ein Unternehmen oder irgendeine andere Betriebsform oder eine Familie plötzlich draufkommt, daß kein Geld da ist, dann versuchen sie zu sparen. Und sparen kann man auch in ganz kleinen Schritten. Das ist hier nicht festzustellen. Das haben wir heute auch gehört. Wir haben gehört, wir sagen überall 10 Prozent weniger, dann kommen wir drauf, daß wir nachbedecken müssen. (Abg. Vollmann: „Entschuldige, das, was ich dir zu deinen Worten sage, ist bitte, daß jeder vom Sparen redet, aber wirklich nicht tut. Du auch nicht, auch nicht in der Firma!“) Doch, ich spare in der Firma, ich spare wirklich im Unternehmen. Da kommt auch was raus dabei. (Abg. Vollmann: „Alle reden vom Sparen, aber wenn es um Ihre Anliegen geht, spart keiner von euch. Nur reden vom Sparen!“ – Abg. Mag. Bleckmann: „Aber bitte, ihr habt ein Budget beschlossen, wo es geheißen hat, jeweils 10 Prozent hinunter. Und was ist jetzt damit?“) Herr Abgeordneter, darf ich etwas sagen

dazu? Ich möchte gerne den Unterschied herausstreichen. Es ist ja sicher noch zulässig, daß die Abgeordneten über das Sparen reden, aber die Regierung müßte es tun. Und das fehlt mir. (Beifall bei der FPÖ.)

Schauen Sie, wir haben seit fünf Jahren denselben Landesrat für Finanzen, wir haben noch immer den zuständigen für das Wirtschaftsressort hier sitzen, ist nur mittlerweile Landeshauptmann geworden. Die beiden haben fünf Jahre lang eine Fehlpolitik betrieben und sagen jetzt, wir haben alles im Griff. Wir haben jetzt plötzlich alles im Griff, Hurra. (Abg. Vollmann: „Keiner hat alles im Griff!“) Wir sind fünf Jahre lang gescheitert geworden. Wir zahlen fünf Jahre lang Ausbildungskosten unserer Regierungsmitglieder mit 10 Milliarden Schilling. Ich kann bitte nur auffordern, endlich einmal aufzuhören, nur zu reden hier in diesem Hause, und einmal mit den Regierungsmitgliedern zu sprechen und ihnen zu sagen, sie sollen arbeiten und sinnvoll und keine Lehner-Studien anzuschauen und zu sagen, jetzt habe ich alles in Ordnung. (Abg. Vollmann: „Selbst bei der Nase nehmen, und nicht nur reden!“)

Wir sind nicht diejenigen, die Regierungsmitglieder haben, die nicht sparen. Weil unser Regierungsmitglied hat das Bauressort, und das ist, wie Sie ja wissen, in Ordnung und ist Vorbild in ganz Österreich. (Abg. Vollmann: „Spart auch nicht. Für dich ist das in Ordnung, für uns nicht!“)

Es sollen sich bitte die anderen Regierungsmitglieder an dem Herrn Landesrat Schmid ein Vorbild nehmen. (Abg. Tasch: „Aber Herr Kollege, das glauben Sie wohl selbst nicht!“ – Beifall bei der FPÖ. – 18.16 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Wir haben zu diesem Tagesordnungspunkt, sehr geehrte Damen und Herren, keine weitere Wortmeldung. Mein Blick in die Runde zeigt mir, daß wir beschlußfähig sind.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

10. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 377/1, über den Landesstraßentausch im Gemeindegebiet Seiersberg und Stadt Graz, Auflassung der Landesstraße L 313, Seiersberger Straße, von Kilometer 1,010 bis Kilometer 1,842, der L 377 a, Ast Mitterstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,330, sowie der L 323, Puchstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,050; Übernahme der Parallelstraße zur A 9, Pyhrnautobahn, von der Kreuzung L 313, Seiersberger Straße, bis Hafnerstraße in einer Länge von 1,990 Kilometer.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Barbara Gross. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Gross (18.17 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Mit der Verkehrswirksamkeit der Anschlußstelle Seiersberg der A 9, Pyhrnautobahn, konnte eine großräumige Veränderung der überregionalen Verkehrs-

ströme registriert werden, so daß auch eine funktionelle Anpassung der Landesstraßenführungen erforderlich ist. Im besonderen werden davon das Stadtgebiet Graz und das Gemeindegebiet Seiersberg betroffen. Der von der Stadt Graz und der Gemeinde Seiersberg vorgeschlagene Straßentausch trägt den tatsächlichen Verkehrsverhältnissen besser Rechnung und ermöglicht eine funktionelle Straßennetzbereinigung.

Die Stadt Graz hat sich mit Stadtsenatsbeschluß vom 30. Juni 1992 bereit erklärt, die L 323, Puchstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,050 in einer Länge von 1,050 Kilometer zu übernehmen, wenn dafür die Begleitstraße zur A 9 im Stadtgebiet Graz in einer Länge von 0,940 Kilometer als Landesstraße eingereicht wird.

Namens des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur stelle ich daher den Antrag:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße L 313, Seiersberger Straße, von Kilometer 1,010 bis Kilometer 1,842, und die L 377 a, Ast Mitterstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 0,330, in einer Länge von 1,162 Kilometer aufgelassen und der Gemeinde Seiersberg sowie die L 323, Puchstraße, von Kilometer 0,000 bis Kilometer 1,050, in einer Länge von 1,050 Kilometer aufgelassen und der Stadt Graz übergeben. Gleichzeitig wird die Parallelstraße zur A 9, Pyhrnautobahn, von der Kreuzung L 313, Seiersberger Straße, bis zur Hafnerstraße in einer Länge von 1,990 Kilometer als Landesstraße übernommen. Der Straßentausch tritt mit dem Tag der Beschlußfassung in Kraft. (18.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (18.19 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Die Berichterstattung klingt nach einem Routinefall, und es wäre auch einer, aber hier ist es doch ein etwas anderes Anliegen. Hier handelt es sich um einen Straßentausch, dem eine private Initiative vorausgegangen war, in der Form, daß private Investoren aus eigenem Interesse eine Autobahnvollabfahrt, einen Autobahnknoten vorfinanziert haben, auch mit Einvernehmen der Gemeinde, Seiersberg in diesem Fall, um dann durch diese Abfahrt auch durch die Grundstücksaufwertung zu profitieren, und dieser Austausch ist sozusagen die logische Konsequenz aus diesem Geschäft. Man kann das ruhig auch als Geschäft bezeichnen. Es ist bemerkenswert, daß hier Private selbst erkannt haben, daß sozusagen auch öffentliche Aufgaben von ihnen mitgetragen werden können, wenn es für sie interessant ist. Ich glaube, dieses Modell sollte öfter Schule machen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.20 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Wer diesem Tagesordnungspunkt zustimmt, den bitte ich um ein Händenzeichen, Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

11. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 379/1, über die Auflassung der L 457, Obgrüner Straße, von Kilometer 0,0 bis Kilometer 0,561, in einer Länge von 561 Laufmeter.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ernst Huber. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Huber (18.21 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Vorlage der Steiermärkischen Landesregierung über die Auflassung der Landesstraße 457, Obgrüner Straße.

Die laufenden Änderungen der Wirtschafts- und Siedlungsstruktur bewirken auch nachhaltige Veränderungen der Verkehrsstruktur einzelner Landesstraßen. Das Landesstraßennetz der Steiermark muß daher immer wieder den geänderten Funktionen und Verkehrsverhältnissen angepaßt werden.

Mit der Gemeinde Hainersdorf (Gemeinderatsbeschuß vom 17. Juli 1996) wurde diese funktionelle Straßennetzberingung einvernehmlich geregelt und vereinbart, die L 457, Obgrüner Straße, vor Übergabe einer letztmaligen Instandsetzung zu unterziehen.

Die gegenständliche Landesstraßenauflassung tritt mit dem Abschluß der letztmaligen Instandsetzungsarbeiten in Kraft.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 16. Dezember 1996 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Gemäß Paragraph 8 Absatz 1 Landes-Straßenverwaltungsgesetz 1964 wird die Landesstraße Nr. 457, Obgrüner Straße, von Kilometer 0,0 bis Kilometer 0,561 in einer Gesamtlänge von 561 Laufmeter aufgelassen und der Gemeinde Hainersdorf übergeben. Die gegenständliche Landesstraßenauflassung tritt mit dem Abschluß der letztmaligen Instandsetzungsarbeiten in Kraft. (18.22 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Majcen. Er ist am Wort.

Abg. Majcen (18.23 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es sind nicht diese 561 Laufmeter dieser Straße, die mich veranlassen, hier herauszugehen, sondern dieses kleine Straßenstück verbindet zwei andere Landesstraßen. Eine davon ist die sogenannte L 403, die Feistritzallandesstraße, das ist die Straße, die von Kaibing bis Großwilfersdorf geht. Ich weiß nicht, wem sie bekannt ist. Diese Straße ist zwischen Großsteinbach und Großwilfersdorf total kaputt. Es gibt jetzt für diese 12 Kilometer einen Sanierungsplan, und ich möchte das dem Landtag berichten. Der Sanierungsplan bedeutet, daß diese 12 Kilometer, wenn es nach den derzeit vorgesehenen Mitteln geht, in ungefähr 14 Jahren saniert sein werden, nämlich jedes Jahr ungefähr 850 Meter. Das ist das Geld, das dafür zur Verfügung steht. Das ist eine sehr vielbefahrene Strecke, die besonders von Schwerlastfahrzeugen, Schotterfahrzeugen befahren wird. Leider haben diese die Straße auch in einem überdimensionalen Maß ruiniert.

Ich wollte hier nur die Aufmerksamkeit des Landtages auf diese Feistritzallandesstraße lenken, im Zusammenhang mit dieser Straßenauflassung, der wir natürlich zustimmen. Man müßte wirklich versuchen, auch bei den nächsten Verhandlungen zu schauen, daß diese Feistritzallandesstraße wenigstens in drei Etappen, wenn es schon nicht anders geht, saniert wird. Ich danke sehr für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 18.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Auch hier liegt keine weitere Wortmeldung vor.

Wer diesem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Händezeichen. Gegenprobe.

Somit einstimmig angenommen.

12. Bericht des Ausschusses für Jugend, Familie und Frauenfragen über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 97/6, zum Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Flecker und Dr. Reinprecht, betreffend die Einrichtung einer Interventionsstelle zum Schutz von Frauen von Gewalt.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Ilse Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dr. Reinprecht (18.25 Uhr): Als Modellversuch wurde auf Initiative der Bundesministerin für Frauenangelegenheiten bereits im Dezember 1995 in Graz ein Projektbüro zur Erprobung einer Interventionsstelle zum Schutz vor Gewalt gegen Frauen und Kinder beziehungsweise zur Unterstützung und Betreuung von Opfern familiärer Gewalt eröffnet. Die Finanzierung erfolgte aus Mitteln des Bundesministeriums für Frauenangelegenheiten.

Das im November 1996 beschlossene Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in der Familie bietet grundsätzlich eine rechtliche Grundlage, um gegen Gewalt im häuslichen Bereich vorzugehen. Die genannten Interventionsstellen sind im Gesetz selbst nicht verankert, sind aber laut Mitteilung des Büros der Frau Bundesministerin für Frauenangelegenheiten im Falle der Gewalt gegen Frauen als „Opferschutzeinrichtungen“, die ebenfalls in diesem Bundesgesetz genannt sind, zu sehen.

Zum Anspruch auf Förderung der Interventionsstellen durch den Bund ist die Anerkennung als „Opferschutzeinrichtung“ durch einen auf Bundesebene eingerichteten interministeriellen Beirat erforderlich. Die entsprechenden Richtlinien sollen in absehbarer Zeit fertiggestellt sein.

Laut Mitteilung der Projektleiterin und des Büros der Frauenministerin ist dieses Projekt in Graz auch 1997 finanziell seitens des Bundes abgesichert.

Die Steiermärkische Landesregierung stellt zufolge ihres Beschlusses vom 23. Dezember 1996 den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht der Steiermärkischen Landesregierung zum Antrag der Abgeordneten Gross, Dr. Bachmaier-Geltewa, Dr. Flecker und Dr. Reinprecht, betreffend die Einrichtung einer Interventionsstelle zum Schutz von Frauen vor Gewalt, wird zur Kenntnis genommen. (18.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der guten Ordnung halber teile ich mit, daß bislang zu diesem Tagesordnungspunkt sieben Wortmeldungen abgegeben wurden. Erste Rednerin die Frau Abgeordnete Beutl. Sie hat das Wort.

Abg. Beutl (18.27 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Wenn man die Medien in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam verfolgt hat, so konnte man nahezu tagtäglich Berichte finden, die von Gewalttaten in der Familie, von Mißbrauch in der Familie berichtet haben. Ich denke, daß die Medien damit einen ganz wichtigen Beitrag auch zur Sensibilisierung und Bewußtmachung eines doch, wie ich glaube, Tabuthemas leisten.

Gewalt und Mißbrauch in den eigenen vier Wänden werden viel zu selten bekannt. Die Dunkelziffer im Bereich der häuslichen Gewalt ist außerordentlich hoch. Mindestens jede fünfte in einer Beziehung lebende Frau wird Opfer von körperlicher Gewalt, und nur in geringem Maß wird Anzeige erstattet. Frauen, die unter familiärer Gewalt leiden, befinden sich oft in einem teuflischen Kreislauf aus finanzieller Abhängigkeit, aus Scham, aber auch aus Angst vor demerede der Nachbarn. Letztlich ist es auch oft das mangelnde Selbstbewußtsein, das sie daran hindert, Anzeige zu erstatten. Immer wieder wird von Frauen ein solcher Tatbestand auch als persönlicher Makel empfunden und verstanden. Immer wieder werden auch Anzeigen zurückgezogen.

Dasselbe gilt, wenn es um sexuellen Mißbrauch von Kindern geht. Auch hier müssen wir leider feststellen, daß 85 Prozent in der Familie und im Bekanntenkreis stattfinden. Die polizeiliche Anzeigenstatistik in Österreich zeigt, daß jährlich zirka zehn Kinder innerhalb der Familie an Gewalt sterben, zirka 1200 Kinder schwere Körperverletzungen erleiden – der tragische Fall des kleinen Melvin erst kürzlich ist, glaube ich, Beweis genug dafür –, und daß zirka 200 Kinder schwer vernachlässigt werden, ungefähr 500 Kinder sexuell mißbraucht werden. Und gerade in diesen Fällen ist die Dunkelziffer sehr, sehr hoch. Auf eine Anzeige kommen zirka 20 bis 50 nicht angezeigte Fälle. Leider ist auch festzustellen, daß bis zum vierten Lebensjahr Buben und Mädchen gleich häufig betroffen sind, bei älteren Kindern aber 80 bis 90 Prozent Mädchen die Opfer solcher sexuellen Mißhandlungen und Gewalttaten sind.

Gewalt in der Familie richtet sich somit in den meisten Fällen gegen Frauen und Kinder, und die Täter sind überwiegend Männer, die ein Abhängigkeitsverhältnis grausam mißbrauchen. Das sind statistische Erhebungen und Daten.

Wenn von Gewalt in den Familien die Rede ist, dann weiß ich auch aus Berichten und aus Sprechtagen, daß es keine einmaligen Ereignisse sind, sondern daß solche Vorfälle über Jahre hinweg stattfinden. Meistens ist es ein Problem ausschließlich der Frauen. Es wird als ihre Privatangelegenheit dargestellt, und sehr oft stehen Frauen tatsächlich vor der Situation, daß sie allein damit zurechtkommen müssen beziehungsweise die Folgen zu tragen haben und daß der Verursacher – der Täter – eigentlich immer wieder ungeschoren davonkommt. Erschwerend dazu kommt,

daß Frauen nicht ausreichend über ihre Rechte Bescheid wissen, auch über ihre Möglichkeiten, sich zu wehren, und die Hilfs- und Unterstützungsstellen nicht immer kennen, oft auch bewußt davon ferngehalten werden. Was aber besonders schlimm ist, ist, daß sie ja vielfach kein eigenes Geld haben, um sich einen Anwalt oder eine Rechtsberatung leisten zu können.

Aus diesem Grunde ist die Einrichtung einer wie im gegenständlichen Antrag dargestellten Interventionsstelle eine ganz wichtige ergänzende Maßnahme, denn dort können Frauen tatsächlich die rechtliche Beratung und Begleitung erhalten, aber auch psychosoziale Unterstützung und Hilfe. Ich glaube, aus diesem Grunde ist eine solche Interventionsstelle als Ergänzung zu den anderen Einrichtungen, wie etwa Frauenhäusern, eine ganz wesentliche Hilfe.

Wir erwarten uns auch eine verstärkte Hilfe und einen besseren Schutz für Frauen durch das kürzlich beschlossene Bundesgesetz zum Schutz der Frauen und Familien, in denen das Wegweiserecht beziehungsweise das Rückkehrverbot geregelt ist. Wir hoffen, daß es damit auch zu Erleichterungen und Verbesserungen für Frauen kommt.

Ich möchte abschließend auf einen ganz wichtigen Punkt hinweisen, mit dem ich auch in meinen Sprechtagen immer wieder konfrontiert bin, und einen Appell an jene Kolleginnen und Kollegen richten, die im Unterausschuß das Sozialhilfegesetz verhandeln, und auch an die zuständige Landesrätin Rieder.

Wenn der gewalttätige Familienerhalter nämlich eingesperrt wird, das heißt, wenn es zu einer Anzeige kommt und eine Haftstrafe ausgesprochen wird, dann steht die Familie, steht die Frau, die Lebensgefährtin und die Kinder ohne finanzielle Versorgung da. Deshalb sollte man im Paragraph 15 des Sozialhilfegesetzes eine Möglichkeit aufnehmen, daß für diese betroffenen Frauen und Kinder aus dem Titel „Hilfe in besonderen Lebenslagen“ jene Finanzhilfen, die man an diese Frau, an diese Kinder auszahlt, nicht zurückbezahlt werden müssen, das heißt, daß sie von der Pflicht zur Rückerstattung ausgenommen werden. Die finanzielle Abhängigkeit der Frauen ist nämlich tatsächlich in vielen Fällen so groß, daß das der Hauptgrund ist, daß sie oft jahrelang Gewalttätigkeiten hinnehmen, weil sie sonst, wenn der Mann eingesperrt wird, nicht wissen, wie sie ihr Leben fristen sollen. Insgesamt hat natürlich alles, was zum Schutze für Frauen, für Kinder zu tun ist, in mehrfacher Weise anzusetzen. Dazu gehört langfristig Bewußtseinsbildung, Prävention selbstverständlich, aber auch durch das neue Gesetz, durch die Frauenhäuser und durch diese Interventionsstellen gegeben, die Krisenhilfen. Aber auch die Nachbegleitung und die therapeutische Betreuung sind genauso wichtig. Ganz sicherlich aber auch dieser Punkt, den ich angeschnitten habe und wo ich wirklich appelliere, eine solche Möglichkeit im neuen Sozialhilfegesetz vorzusehen, denn durch eine solche Maßnahme kann erwartet werden, daß die Frauen, die unter familiärer Gewalt leiden und vom Täter finanziell abhängig sind, bei Gewalt und Mißbrauch Anzeige erstatten und diese auch in erhöhtem Maße aufrechterhalten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Hartinger. Sie hat das Wort.

Abg. Mag. Dr. Hartinger (18.35 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich bin gewohnt, in meinem Job Nutzen zu hinterfragen, und deshalb möchte ich auch den Nutzen unserer Reden hinterfragen und möchte mir für meine Rede nur das Wesentliche herausnehmen, obwohl man zu dem Thema Frauen und Gewalt sehr viele traurige Geschichten und traurige Statistiken heranziehen könnte. Also wirklich nur das Wesentliche, da ich weiß, daß noch fünf Redner nach mir folgen und die Zeit auch schon fortgeschritten ist.

Kinder und Frauen sind wegen ihrer Abhängigkeit und der oft gegebenen Hilflosigkeit durch die manchmal gewalttätige Mitwelt besonders gefährdet und unter anderem dem sexuellen Mißbrauch in verschiedener Hinsicht oft hilflos ausgeliefert. Um bereits im Kindesalter präventive Verhaltensweisen zu entwickeln, stellen daher die Abgeordneten Hartinger, Pußwald, Dietrich, Beutl, Bleckmann und Schinnerl, betreffend Selbstverteidigung, folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß im Rahmen der schulischen Leibeserziehungen Schwerpunkte im Bereich der Selbstverteidigung von Jugendlichen gesetzt werden.

Und ich möchte eines betonen, es geht hier um Selbstverteidigung, und nicht um Gewalt. (Beifall bei der FPÖ. – 18.36 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp.

Abg. Korp (18.36 Uhr): Wie war das, Herr Landesrat, bitte noch einmal. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Der erste bärtige Frauenredner.“)

Das ist eine Referenz an die Frauen. Ich schätze die Frauen besonders, das wissen Sie, Herr Landesrat. Außerdem gibt es ja zum Wort Frau eine Definition, die lautet, f wie freundlich, r wie reizend, a wie angenehm und u wie unentbehrlich. Ist das klar? Gut, okay. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr Kollege Flecker klatscht aber nicht so freundlich!“ – Abg. Dr. Flecker: „Ich lebe das, ich brauche nicht klatschen!“) Ich glaube, es hat ihm aber trotzdem auch ganz gut gefallen.

Ich glaube, wir sollten zum Ernst des Themas zurückkehren. Frau Kollegin Hartinger, Sie haben einen Beschlußantrag eingebracht, der sich auf dieses Thema bezieht, der mich hellhörig werden ließ. Ich möchte, bevor ich näher auf das eingehe, vielleicht nachdem das Wort Jugend Gott sei Dank auch weiblich ist – ich sage Gott sei Dank dazu –, ein paar Dinge zur Jugend insgesamt im Zusammenhang mit Ihrem Beschlußantrag von dieser Stelle aus sagen.

Mir fällt auf in der letzten Zeit, daß hier im Hause Fragen der Jugend, wie ich meine völlig zu Recht, zunehmend an Bedeutung gewinnen. Das war ja nicht immer so. Wir wissen alle, daß Ende der sechziger Jahre die Jugend im öffentlichen Leben überproportio-

nal vertreten war. Inzwischen ist das ja genau umgekehrt, und wenn wir, die sogenannte Erwachsenenwelt, von bestimmten Themen reden, dann denken wir im täglichen Leben zuerst vielleicht einmal an die Auswirkungen des Beitrittes zur Europäischen Gemeinschaft, an tagespolitische Themen und dann Punkt, Punkt, ach ja die Jugend gibt es auch noch. Damit ist ausgedrückt, was ich hier sagen will. Nämlich, daß es wirklich notwendig ist, daß wir uns hier wirklich verstärkt mit Jugendthemen im Landtag intensiv beschäftigen müssen, denn wir alle wissen, daß das, was eine Gesellschaft in die Jugend investiert, das Bestehen eben dieser Gesellschaft für die Zukunft sichert. Das möchte ich also besonders betont haben. Ich möchte auch einmal mehr bitte dazusagen, eine Jugend ohne Perspektive, geschätzte Damen und Herren, gilt es – und dazu sind wir alle hier aufgerufen – zu verhindern. Und eine solche kann, und das wissen wir leider auch alle, sehr, sehr leicht zu Opfern der Drogenzene – ich selbst komme aus einem Bezirk mit Riesenerwerten im Haschischbereich – der Bezirk Judenburg kommt in diesem Bereich gleich an der zweiten Stelle nach Graz, hat mich ungemein betroffen gemacht – und natürlich auch zum Opfer faschistoider Ideologien werden. Alles Fakten, verehrte Damen und Herren, die unsere Vorgeneration, etwa jene der dreißiger Jahre, bekanntlich schon erlebt hat, und aus der Geschichte sollte man lernen. Daher hat es uns nicht zu interessieren, das sage ich in aller Deutlichkeit, wie man der Jugend am besten Selbstverteidigung bei Gewaltanwendungen, oder anders ausgedrückt, wie man am besten zurückprügeln lernt oder das unterrichtet. (Beifall bei der SPÖ.)

Worüber wir hier viel eher und viel öfter reden müssen, verehrte Damen und Herren, sind ganz andere Sinngebungen menschlicher Existenz, etwa die Frage, welche Sinnerfüllung beinhaltet das Leben eines Menschen, der, obzwar geistig und körperlich gesund, sich nicht selbst erhalten kann, weil er eben keine Arbeit hat. (Beifall bei der SPÖ.)

Geschätzte Damen und Herren, das Wort Arbeit hat uns hier im besonderen Maße zu interessieren: Arbeit für unser Land, und nicht Anträge wie diese. Ich sage das in aller Deutlichkeit. Wir haben die menschliche und vor allen Dingen auch die moralische Verpflichtung, uns in vernünftiger Art und Weise etwa um die Krise der Jugendbeschäftigung hier intensiv zu kümmern, und wir werden hier alle miteinander mit Sicherheit daran gemessen, wie ehrlich wir es mit der Jugend meinen, und nicht, wie man mit Gewaltanwendungen in der vorgeschlagenen Form umgeht. (Beifall bei der SPÖ.)

Geschätzte Damen und Herren, eine jugendliche Gesellschaft, die sich umfassend mit Formen der Selbstverteidigung beschäftigt, die sich kritiklos dem Diktat der Segnungen einer Freizeitgesellschaft unterwirft und stundenlang vor dem Fernseher zu Hause sitzt, die können und dürfen wir alle miteinander nicht wollen. Geschätzte Damen und Herren, wir haben daher auch die menschliche und vor allem auch moralische Pflicht, alles zu tun, um die wirklichen Probleme der Jugendpolitik in den Griff zu bekommen. Und darum geht es, und nicht um solche Anträge. (Beifall bei der SPÖ. – 18.44 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Schmid. Er hat das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (18.44 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, wertere Mitglieder dieses Landtages!

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich habe mich gleich nach Ihnen zu Wort gemeldet, um, wie ich meine, Mißverständnisse, die hineininterpretiert werden könnten oder die von Ihnen hineininterpretiert wurden, doch zu beseitigen.

Dieses Thema ist mir, ist uns Freiheitlichen zu ernst. Und damit das klar ist. Ich bin Vater von zwei Jugendlichen. Ich habe also eine sehr zarte, sehr liebe und nette Tochter, die geht am Abend, sie ist so um die Zwanzig, nur mit sehr mulmigem Gefühl in der Grazer Innenstadt, vielleicht auch durch den Stadtpark, spazieren. Ich habe viele Bekannte, deren Kinder auch Leidtragende von Gewalt, die wir alle ablehnen, damit ja kein Mißverständnis aufkommt. (Abg. Dr. Flecker: „Pistole zur Selbstverteidigung!“) Lieber Kurt Flecker, höre mir zu, ich hoffe, daß du auch einmal in der Situation bist, dir Sorgen über deine Kinder zu machen. Meine Tochter hat keine Pistole. (Abg. Dr. Flecker: „Du kannst fordern, für jeden eine Pistole!“) Interpretiere nicht irgend etwas hinein, was ich versuche, hier klarzustellen.

Ich bitte doch auch die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, über jede Parteigrenze hinweg, dieses Thema nicht zu verpolitizieren und auch nicht zu vereinfachen.

Herr Kollege Korp, Sie haben gesagt, es geht uns um die Jugendbeschäftigung. Es ist doch, bitte, wirklich nicht zulässig, wenn sich eine Mutter, die auch Abgeordnete ist, hier Gedanken macht, wie sich in einer Welt, in der leider Gottes abzulehnende Gewalt vorhanden ist, ihre Kinder einmal zurechtfinden, hineinzuinterpretieren, wir sind gegen eine Beschäftigungsinitiative bei den Jugendlichen. Das ist kühn, das ist themaverfälschend, und die Jugend ist es nicht wert, daß so über sie gesprochen wird. Bitte mit Nachdruck, wenn wir über Beschäftigungslosigkeit reden, nicht mit dem Finger auf die Freiheitlichen zu zeigen. Das bitte ich mit allem Nachdruck. (Abg. Dr. Flecker: „Wenn wir über Gewalt reden schon!“)

Daß die Freiheitlichen die Verantwortung dafür tragen, daß wir Probleme in der Beschäftigung haben, wir tragen gerne zur Problemlösung bei, aber die Gestaltung dieser Gesellschaft über viele Jahre ist eine andere Sache, auf die ich jetzt nicht mit dem Finger zeige. Ich bitte dich nur, Kurtl, eines. (Abg. Dr. Flecker: „Frage. Bist du für private Bewaffnung zur Selbstverteidigung?“) Denke bitte du mit, was sagst du heute deiner Tochter – bleib zu Hause, das kann ich sagen, ja, okay – die Gewalt gibt es nicht mehr, wir werden dafür sorgen, daß alle eine Beschäftigung haben. Daß der Ansatz der Beschäftigung der Jugend natürlich der wesentlichste ist, darüber herrscht doch, um Gottes willen, kein Zweifel.

Ich sage jetzt noch eines. Laßt's euch ruhig aus bei aller politischen Diskussion über Krumpendorf oder sonstiges. Wir halten das locker aus. Wir sind eure Polemik in dem Punkt gewohnt. Aber laßt's doch, um Gottes willen, ernste Gedanken zu, die wir uns über

die Sicherheit unserer Kinder (Abg. Dr. Flecker: „Da kommt die Gesinnung heraus!“), über die Sicherheit meiner Kinder machen, und reden wir offen darüber. Jetzt möchte ich dann die Antwort hören. (Abg. Dr. Flecker: „Dieser Antrag zeigt Gesinnung!“) Ja freilich, der zeigt eine ehrliche Gesinnung, daß wir uns über unsere Jugend Sorgen machen. Und der zeigt eine ehrliche Gesinnung, daß wir ein Thema nicht wegdiskutieren, das vorhanden ist. Redet's doch einmal mit der Kriminalpolizei, was sich in Graz abspielt. Redet's einmal darüber. Herr Kollege Korp, ich bin ganz bei Ihnen, wenn Sie auf diese erschütternden Ergebnisse hinweisen.

Und das sage ich auch als Vater – ich weiß nicht, du bist es glaube ich noch nicht oder deine Kinder sind noch nicht gefährdet –, der in der Nacht schlecht schläft, wenn die Kinder in den Lokalen bei Graz herumschwirren. Auch in den Schulen weiß man nicht, ob sie nicht auch mit Rauschgift in Berührung kommen, erschütternd besorgt denke ich darüber nach.

Da jetzt eine Ideologiedebatte daraus zu machen und zu sagen, wir wollen ja, daß unsere Jugend eine gescheite Beschäftigung hat. Daß die Situation so ist, da habt's ihr allen Grund, hier nicht hinauszugehen und auf andere mit Fingern zu zeigen.

Ich ersuche dieses Hohe Haus, diesen Antrag ernst zu nehmen, und nicht in Demagogie, in Populismus oder sonst etwas auszuarten. Das hat die Jugend nicht verdient. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der FPÖ. – 18.49 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Wicher. Ich bitte sie ans Rednerpult.

Abg. Wicher (18.49 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Im November 1996 wurde im Parlament das Bundesgesetz zum Schutz vor Gewalt in den Familien verabschiedet. Im heurigen Mai soll es in Kraft treten. Es bringt oder sieht vor in vielen Bereichen einschneidende Verbesserungen für die Situation Betroffener, zum Beispiel das Wegweiserecht durch einschreitende Sicherheitsorgane, was bedeutet, daß nicht mehr bedrohte Frauen und Kinder die Wohnung verlassen müssen, sondern der Gewalttäter der Wohnung verwiesen wird beziehungsweise ihm der Zugang verwehrt wird.

Für ganz besonders wichtig erachte ich die Tatsache, daß Interventionsstellen errichtet werden sollen, die betroffenen Frauen und Kindern kostenlos, unbürokratisch und möglichst, und darauf möchte ich hinweisen, zum Ortstarif mit Rat und Tat zur Seite stehen können und sollen und auch wollen. Zum Ortstarif deswegen, meine Damen und Herren, weil ich der Meinung bin, daß alle Hilfesuchenden, wo immer sie auch wohnen mögen und in deren Nähe vielleicht nicht eine Interventionsstelle eingerichtet ist, daß die Zugang dazu haben und sich dort Rat und Hilfe holen können und man ihnen dieselbe Chance bietet wie solchen, die im Umkreis einer Interventionsstelle wohnen.

In Graz läuft seit Dezember 1995 ein Projekt „Interventionsstelle“, das laut Tätigkeitsbericht bis jetzt 100 Kontakte mit betroffenen Frauen und Kindern

hatte. Sie weisen darauf hin, daß es sich beim Großteil dieser Kontakte um mißhandelte Frauen handelt, es aber auch Jugendliche gibt, die sich an diese Interventionsstelle wenden. 100 Fälle, das ist, wenn man es oberflächlich betrachtet, eigentlich keine so überwältigend große Zahl, wenn man aber bedenkt, daß der Bekanntheitsgrad dieser Interventionsstelle noch nicht so besonders groß ist, dann, denke ich, ist das eigentlich eine sehr erschreckend hohe Zahl.

Und da stelle ich mir immer wieder die, ich muß sagen bange Frage, warum brauchen wir vermehrt Frauenhäuser, warum brauchen wir vermehrt Frauenberatungsstellen, Betreuung- und Beratungsstellen für mißhandelte und für mißbrauchte Kinder? Das ist eine Frage, die mich wirklich sehr beschäftigt. Was ist also die Ursache dafür, daß es vermehrt zu Gewalt im häuslichen und familiären Bereich kommt? Die Installation von Interventionsstellen allein, denke ich mir, genügt nicht. Sie sind eigentlich dazu da, die Auswirkungen der Gewalt in irgendeiner Weise in den Griff, wenn man das so nennen kann, zu bekommen.

Ich denke, wir dürfen uns damit allein nicht zufriedengeben. Die Politik, und ich denke, da sind wir alle aufgefordert, ist dazu da, den Ursachen auf den Grund zu gehen und entsprechende Strategien zu entwickeln. Ich denke, wir müssen uns überlegen, was ist die Wurzel der Gewaltanwendung und der immer steigenden und immer öfter vorkommenden Gewalt? Eine Wurzel, da bin ich mir sicher, ist die ständig steigende Arbeitslosigkeit. Verlust des Arbeitsplatzes bewirkt vor allem bei Männern ein Absinken des Selbstwertgefühles. Es ist ja nach wie vor so, daß der Wert und die Bedeutung eines Menschen noch immer über Arbeit und Einkommen definiert wird. Erzwungene Untätigkeit und das Absinken des Lebensstandards bewirken in vielen Fällen eine große Frustration und führt im allerschlimmsten Fall zu Gewalt gegen Schwächere, und das sind halt einfach meist Frauen und Kinder.

Es ist meiner Ansicht nach eine ganz große und eine vorrangige Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, der immer weiter steigenden Arbeitslosigkeit Einhalt zu gebieten. Ich bin mir natürlich schon sicher, und ich weiß, daß im Zeitalter der Globalisierung das ein großer Anspruch ist, aber ich denke, wir müssen diese Herausforderung annehmen und versuchen, die sich immer rasender drehende Gewaltspirale in irgendeiner Form in den Griff zu bekommen. Arbeitslosigkeit allein, das weiß ich auch, ist nicht der alleinige Grund dafür, daß immer mehr Gewalt angewendet wird. Die Gewalt hat viele Gesichter, die Gewalt hat viele Opfer, zu viele Opfer, dieser Meinung bin ich schon. Und dazu gehören im vermehrten Maße jetzt auch ältere und behinderte Menschen, und sie sind Gewalt im häuslichen und familiären Bereich immer öfter ausgesetzt. Angehörige fühlen sich oft durch Betreuung und Pflege überfordert und reagieren darauf mit Gewalt. Diese Gewalt kann durchaus sehr subtiler Art sein. Um allen behinderten Menschen auch den ungehinderten Zugang zu Interventionsstellen zu ermöglichen, erlaube ich mir, meine Damen und Herren, folgenden Beschlußantrag zu unterbreiten:

Beschlußantrag der Abgeordneten Wicher, Beutl, Gross, Dr. Karisch und Pußwald, betreffend behin-

dertengerechte Ausstattung von Fraueninterventionsstellen.

Es wird begrüßt, daß durch die Errichtung von Interventionsstellen zum Schutz von Frauen vor Gewalt, Frauen in solchen Lebenssituationen rasche und unbürokratische Hilfeleistung gegeben werden kann. Bei Schaffung von Interventionsstellen soll aber darauf Bedacht genommen werden, daß auch behinderte Frauen Opfer von familiärer und häuslicher Gewalt werden und für diese daher solche Einrichtungen zugänglich sein müssen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, zukünftig bei Errichtung von Interventionsstellen zum Schutz von Frauen vor Gewalt für eine behindertengerechte Ausstattung dieser Einrichtungen vorzusorgen.

Ich bitte um Annahme des Beschlußantrages und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. –18.59 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (18.59 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich begrüße mehr oder weniger die Eröffnung der neuen Interventionsstelle in Graz sehr, möchte aber schon zu bedenken geben, daß man sich nicht nur auf Graz konzentrieren soll. In erster Linie, besser gesagt in der zweiten Linie, sollte man auch an die Regionen denken, besonders an die Obersteiermark. Es gibt in Graz jetzt ein Frauenhaus, zwei Beratungsstellen, eine Interventionsstelle, aber in den Regionen gibt es nach wie vor eine äußerst geringe Anzahl von Beratungsstellen. Wir haben schon gehört, jährlich werden mehr Frauen Opfer von Gewalt. Wie schlecht die Situation der hilfesuchenden Frauen ist, zeigt allein die Tatsache, daß 1996 nur 942 Frauen Aufnahme in Frauenhäusern gefunden haben, 300 mußten abgewiesen werden. Das heißt, die Forderung nach Interventionsstellen, nach Beratungsstellen und nach mehr Frauenhäusern ist absolut gerechtfertigt. In der Steiermark sehe ich es jetzt als ein weiteres positives Zeichen, daß zumindest ein Frauenhaus mehr oder weniger abgesichert ist, zumal jetzt ja auch für eine langfristige Absicherung der Finanzierungsvertrag sichergestellt ist. Ist das einmal geschafft, wird man daran arbeiten müssen, auch für die restliche Steiermark ein zweites Frauenhaus zustandezubringen. Ein großer Prozentteil der hilfesuchenden Frauen kommt, wie ich schon vorhin erwähnt habe, aus den Bezirken, daher ist die Forderung nach Frauenberatungsstellen in Leoben oder in der Obersteiermark besonders gerechtfertigt, und gerade dort ist der Bedarf sicher vorhanden, zumal ja ein fataler Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen Situation und häuslicher Gewalt besteht.

Wir haben vor einiger Zeit einen Antrag auf Installation einer Frauenberatungsstelle in Leoben eingebracht, der die rechtliche und psychologische Betreuung von frauenspezifischen Problemen sicherstellen soll. Wir sind ja in der Zwischenzeit schon

einige Schritte weitergekommen. Gewalt in der Familie wird, Gott sei Dank oder leider, muß ich sagen, in der Öffentlichkeit diskutiert und analysiert, deswegen sollte sich gerade die Politik daranmachen, diese „Gelegenheit“ auszunutzen und die Arbeit gegen Gewalt in der Familie weiter forcieren. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.02 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist die Frau Abgeordnete Pußwald am Wort.

Abg. Pußwald (19.02 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Familiäre Gewalt wird, wie meine Vorredner gesagt haben, allenthalben in den Medien aufgezeigt. Es ist eine Sensibilisierung passiert, die positiv zu bewerten ist. Ich glaube sogar, daß es eine gewisse Kulturleistung ist, die unsere Gesellschaft trägt, weil familiäre und gesellschaftliche Gewalt als negativ erkannt wird. Gewalt war immer, in allen Bereichen, in allen Schichten, bei allen Bevölkerungsgruppen, auch in jedem Alter, vorhanden. Durch diese Sensibilisierung ist doch eine sehr, sehr positive Entwicklung geschehen.

Bedrückt macht, wenn wir diese Gewaltmeldungen isoliert anschauen, daß es offensichtlich nur im familiären Bereich vermehrt Auseinandersetzungen gibt. Wir erleben Gott sei Dank auch die neuen Väter, die neuen Partner, die im Spiel und im Miteinander mit ihren Angehörigen, mit ihren Kindern beglückende persönliche Erfahrungen machen, die wirklich von langer Dauer sind und ein Band der Zuneigung und der Verantwortlichkeit entwickeln.

Betroffen macht die Diskussion über die Jugendlichen! Weil wenige Jobs vorhanden sind, der Arbeitsmarkt gespannt ist, erleben viele junge Leute Sinnlosigkeit und Wertlosigkeit. Vor allem männliche Jugendliche agieren mit Macht, um ihren Frust zu bewältigen. Macht, die oft in Gewalt ausartet. Wir kennen nicht nur körperliche Gewalt, sondern wir kennen die sexuelle Gewalt, wir kennen die finanzielle Gewalt. Dieses Jemanden-abhängig-Machen von seiner Stärke. Im Hintergrund steht oft die Unsicherheit vieler Männer, die in traditionellen Rollenbildern leben.

Die vorangegangene Diskussion über den Beschlußantrag ist auch ein Zeichen unserer, ich möchte fast sagen Unehrllichkeit. Auf der einen Seite – es ist nicht drei und nicht fünf Jahre her – haben gerade die Feministinnen und die Sozialdemokratinnen über das Frauenministerium Selbstverteidigungskurse forciert, Broschüren herausgegeben. Heute meinen sie, diese Aktion fördert Gewalt! Ich verstehe diese Aussagen nicht! Jede Frau von uns hier im Raum weiß, wenn wir nächstens unterwegs sind, daß allein der Gang, die Haltung, das Auftreten den einen oder anderen motiviert, den einen oder anderen abschreckt. Es geht in diesem, zumindest von unserem Empfinden her, entsprechenden Antrag um gar nichts anderes als um die Stärkung dieses Selbstbewußtseins in einer Situation, die prekär ist, um entsprechend richtig agieren zu können und sich einfach mit einer gewissen trainierten Möglichkeit zur Wehr setzen zu können. Nichts anderes ist damit für unsere Begriffe herausgestrichen. Das kann durchaus auch über eine gewisse schulische Erziehung geschehen.

Ich meine überhaupt, daß das Thema „Frauen“ ein langer Bildungsprozeß ist, der zunehmend im Freizeitbereich und in der Mädchenbildung laufen sollte. Jungen Frauen ist der Rücken zu stärken, indem wir ihnen das Abgrenzen lehren, das Neinsagen lehren, damit sie nicht ständig die Helferrolle und die hingebende Rolle übernehmen. Sie sollen sagen, das sind meine Bedürfnisse, die ich habe, zu diesen Bedürfnissen, die du hast, kann ich ja sagen, aber da grenze ich mich ab, und da geht es einfach für mich zu weit. Das soll bitte wirklich nicht nur im Zusammenleben in der Familie, das soll auch im Zusammenleben in jeder gesellschaftlichen Gruppierung gemacht, trainiert und gelehrt werden. (Abg. Tasch: „Das fängt schon in der Kirche an. Der Pfarrer sagt, ‚bis zu deinem Lebensende zu gehorchen!‘“) Wir gehorchen, wir gehorchen aber so, daß wir der Hals sind, und ihr der Kopf.

Ich denke aber, daß es sehr, sehr positiv ist, daß es zunehmend auch Rückzugs- und Fluchtmöglichkeiten für Frauen und Kinder gibt, wenn es zu akuten Gefährdungen kommt. Ich begrüße die Fraueninterventionsstelle in Graz sehr. Ich glaube auch, daß es über die Landeshauptstadt hinaus Möglichkeiten geben muß für betroffene Frauen, sich einzubringen, Unterstützung und Hilfe zu erfahren.

Positiv herausstreichen möchte ich die Zusammenarbeit mit der Exekutive. Mitglieder der Exekutive sind die ersten, die von außen kommen, wenn es Gewalt in Familien gibt. Frauenberatungsstellen und Frauenhäuser haben sehr viele positive Vorarbeiten mit den Exekutivbeamten geleistet, sie geschult, sie begleitet und das Einschreiten vermehrt zu einer Vertrauensbasis hin entwickelt. Eine gegenseitige Vernetzung aller von Gewaltexzessen betroffenen Stellen ist im Gange, was sehr zu begrüßen ist.

Ich glaube, wir dürfen uns als Frauen und als Männer in dieser Gesellschaft nicht nur von den ganz schlimmen, sehr betroffen machenden, negativen Dingen leiten lassen, sondern auch den Glauben und die Hoffnung haben und selbst alles daransetzen, daß wir auch den positiven Teil im familiären Zusammenleben weitertragen. Danke! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 19.08 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht.

Abg. Dr. Reinprecht (19.08 Uhr): Sehr verehrte Damen und Herren, Hohes Haus!

Frau Abgeordnete Wicher, natürlich unterstützen wir Ihren Antrag nach behindertengerechten Interventionsstellen, nur möchte ich hier darauf hinweisen, wenn das hier jemand nicht weiß, daß die derzeitige Interventionsstelle tatsächlich behindertengerecht eingerichtet ist und nach diesen Kriterien auch ausgesucht wurde. (Abg. Wicher: „Die zukünftigen!“) Ja, gut.

Nun zum Beschlußantrag der Freiheitlichen. Vorausgehend möchte ich sagen, daß niemand die Tochter vom Herrn Schmid und niemand nur irgendeine Frau oder irgendeinen Jugendlichen daran hindert, an einem Selbsthilfekurs teilzunehmen. (Abg. Schinnerl: „Selbstverteidigungskurs!“) Selbstverteidigungskurs.

Aber darum geht es hier nicht in dem Antrag. Es geht für uns vor allem um die Begründung, und diese lautet wie folgt: „daß es immer mehr Gewaltbereitschaft in unserer Gesellschaft gibt, und daß vor allem Jugendliche angeblich die häufigsten Opfer von Verbrechen sind.“ (Abg. Schinnerl: „Stimmen tut es schon!“) Nach den Kriminalstatistiken nicht.

Ich kann schon ganz gut verstehen, daß die F ein Naheverhältnis zu bestimmten Kampfsportarten hat, hat doch Herr Rumbold vergangenen Mittwoch abends kurz vor dem Weltcuprennen einen Fotografen abwehren müssen, auch kampfarmäßig, der inkriminierende Fotos vom Herrn Haider machte. Vermutlich fällt das für die F auch unter Selbstverteidigung.

Die Wahrheit ist einfach die, daß die Gewaltdelikte, das sagen alle seriösen Kriminalstatistiken, in Österreich abnehmen und die Aufklärungsraten gleichzeitig steigen. Natürlich muß die F die angeblich ständig steigende Gewaltbereitschaft beschwören, denn erst wenn wir Zustände wie in Chicago haben, wo sich keiner mehr um die nächste Ecke zu gehen traut, dann können sie ihre Sicherheitsvorstellungen in diesem Land durchsetzen.

Wir sozialdemokratischen Frauen und Männer lassen uns jedenfalls von der F nicht das Gewaltmonopol des Staates untergraben, und wir wollen auch nicht wie im Wilden Westen leben, wo jeder zur angeblichen Selbstverteidigung seine Knarre im Küchenkasten liegen hat. (Abg. Schinnerl: „Sehr bemerkenswert, wie eine Frau so giftig sein kann!“) Oh, das freut mich, ich bin gerne giftig. (Abg. Dr. Flecker: „Das paßt zu eurem Bild. Wirklich wahr, Gewalt, Aggressivität in den Worten!“)

In Wirklichkeit habe ich mit der Gewalt ein ganz anderes Problem. Die meisten Gewalttaten finden im familiären Umkreis statt, und da haben wir auch die höchste Dunkelziffer. Abgeordnete Beutl hat das sehr richtig dargestellt. Also nicht vor den Fremden auf der Straße müssen sich die Frauen und Jugendlichen hauptsächlich fürchten, sondern vor den eigenen Ehemännern, Vätern und Stiefvätern, bei Gewalt gegen Kinder sogar manchmal vor den Müttern.

Die Duldung der Gewalt in der Familie hat auch historische Gründe. Frau Abgeordnete Wicher, Sie haben gesagt, die familiäre Gewalt sei ständig im Steigen, da bin ich mir nicht so sicher. Denken Sie daran, daß in den meisten europäischen Ländern bis zum 20. Jahrhundert das Züchtigungsrecht des Ehemannes, nämlich gegenüber Frau, Kindern und Dienstboten, im Gesetz verankert war. Also im schönen christlichen Abendland durfte und sollte der Mann die Frau, Kinder und die Dienstboten bei Unbotmäßigkeit züchtigen. Das ist eine der historischen Wurzeln, daß Gewalt in der Familie noch immer verharmlöst wird. Noch heute ist die Gewalt in der Familie kein Offizialdelikt, das wissen wir, das ist ein Problem. Sie gilt auch nicht einmal als Eheverfehlung. Wenn ein Mann in der Familie gewalttätig wird, dann kann er zwar wegen Körperverletzung angezeigt werden, aber das Delikt als solches gilt nicht als Eheverfehlung, wie zum Beispiel Ehebruch und andere Delikte. Das werden die Sozialdemokratinnen ändern, es liegen schon die entsprechenden Anträge im Nationalrat.

Nun zur Interventionsstelle selbst. Die Interventionsstelle hat im Berichtszeitraum vom 1. Dezember 1995 bis 31. Dezember 1996 für 79 Frauen und einen Jugendlichen im rechtlichen und/oder psychologischen Bereich interveniert. Bei zusätzlich 21 Frauen beschränkte sich der Kontakt auf ein oder mehrere Telefonate. Die Interventionsstelle versteht sich als Drehscheibe für verschiedene Institutionen und Einrichtungen, die mit familiärer Gewalt konfrontiert sind. Die höchste Vermittlungsquote weisen übrigens Polizei und Gendarmerie auf. Hier hat die Interventionsstelle sehr gute Öffentlichkeitsarbeit geleistet.

In diesem Zusammenhang – ich lasse jetzt die halbe Rede weg – möchte ich noch auf einige Probleme hinweisen. Und zwar geht es zum einen um die einstweilige Verfügung nach Paragraph 382 der Exekutionsordnung, die ja eigentlich ein Instrument für den Krisenfall sein sollte, wo aber keine Entscheidungsfrist für die Gerichte vorgesehen ist. Wir haben jetzt zwar das neue Wegweiserecht, das Teil der Exekutionsordnung ist, aber auch hier ist eine Frist im Gesetz nicht verankert, und das ist absurd, daß ein Kriseninstrument, das dazu gedacht ist, im akuten Fall einzugreifen, die Frau oft Wochen oder sogar Monate warten muß, bis die Richter entscheiden. Das werden wir ändern müssen. Zum anderen haben wir ein Problem mit ausländischen Frauen, die Opfer von familiärer Gewalt werden. Der Aufenthaltsstatus dieser Frauen ist meistens über den gewalttätigen Ehemann definiert. Wenn er wegen eines Gewaltdelikttes verurteilt und abgeschoben wird, muß auch die Frau das Land verlassen. Man kann sich vorstellen, wie hoch hier die Anzeigebereitschaft sein wird. Für solche Fälle müßten wir eine humane Regelung finden. Auch hier müßten wir die entsprechenden Anträge stellen.

Die Interventionsstellen, die als Opferschutzeinrichtungen auch eine gesetzliche Grundlage gefunden haben, sind nach unserer Überzeugung ein weiterer Schritt zur Zivilisierung von Familie und Gesellschaft. Gewalt gegen Frauen und Kinder ist Ausdruck familiärer Machtverhältnisse. Der das Sagen hat oder glaubt, das Sagen zu haben, wird seine Ansprüche notfalls auch mit Gewalt durchsetzen. Patriarchale familienpolitische Vorstellung, wie sie zum Beispiel die Freiheitlichen vertreten – wie hat das Herzblatterl Haider einmal gesagt? „in der Ehe muß es auch einen dienenden Teil geben“ – fördern in Wahrheit die Gewalt in der Familie.

Es ist kein Zufall, daß 24 Prozent der hilfesuchenden Frauen Hausfrauen sind ohne eigenes Einkommen, und 48 Prozent ein Einkommen von unter 10.000 Schilling entweder aus Lohnarbeit oder aus der Arbeitslosenversicherung bezogen haben. Ähnliches berichtet auch das Frauenhaus.

Eine eigenständige Existenzsicherung und Altersversorgung für Frauen muß eines unserer Ziele für die Zukunft sein. Nicht das Dienen, sondern echte Partnerschaft verhindert Gewalt in der Familie. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 19.19 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (19.19 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Männer und Frauen in diesem Hause! (Abg. Dr. Lopatka: „Hast du das vom Wegart übernommen ‚Männer und Frauen‘?“)

Ich wollte an und für sich zu diesem Stück nichts sagen, weil ich denke, das haben erstens einmal die Vorrednerinnen sehr, sehr gut erledigt von allen Fraktionen, und zweitens ist ohnedies klar, daß diese Interventionsstelle eine Art von Struktur ist, die man aus sehr, sehr unterschiedlichen ideologischen Überzeugungen einfach unterstützen muß, wenngleich ich hoffe, daß die Interventionsstelle bestehende Projekte, die Frauen und Mädchen in persönlich kritischen Situationen dienen, nicht konkurrenziert. Ich sehe die Interventionsstelle als ein hochqualifiziertes Zusatzangebot, hoffe aber, daß nicht eine Struktur gegen die andere ausgespielt werden wird, wenn man zum Beispiel wieder einmal draufkommt, daß es doch auch ein Sparpaket im sozialpolitischen Bereich, gerade auch im frauenpolitischen Bereich, geben sollte.

Ich habe mir jetzt vor einer Stunde dieses Blatt von Frau Kollegin Hartinger ausgeborgt, und ich muß sagen, das ist so ziemlich das Absurdeste, was ich im letzten Jahr im Landtag zu lesen bekommen habe. Was mich besonders erschreckt, ist, daß da eine ganz komische Form von Frauenbund entstanden ist, weil nämlich auch Frau Pußwald und Frau Beutl mitgehen. Das sind Kolleginnen von der ÖVP, denen ich nie zugetraut hätte, daß sie bei einem Antrag mitgehen, wo eigentlich drüberstehen müßte „Karate statt sozialer Ausgleich“, oder wo drüberstehen müßte „Judo statt Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit“ (Beifall bei der SPÖ.), oder wo auch drüberstehen müßte „Hapkido anstatt Alternativkulturprojekte für Jugendliche im ländlichen Raum“. Diesen Antrag bringt die freiheitliche Fraktion in Kooperation mit ÖVP-Frauen, denen ich frauen-, familien- und jugendpolitische Kompetenz zugetraut habe, in dieses Haus ein. (Abg. Dr. Flecker: „Sie sind sich nicht so fremd!“) Ich bin absolut erschüttert. Das ist eine Art von Lösungszugang, wo ich mir denke, ist das dann geschulter Sozialdarwinismus, wenn die Kids besonders gut lernen, wie man sich gegeneinander zur Wehr setzt? Das ist ein seltsamer Ausgleich, daß man sagt, im Sportunterricht mehr Hapkido, weniger Volleyball. Geht das dann noch weiter? (Abg. Dr. Flecker: „Zwei Pädagoginnen!“)

Das ist für mich problemlos herauszulesen und das, was für mich wirklich am schockierendsten ist, das ist Ihre Argumentation: Daß Jugendliche Opfer von Verbrechen werden, das stimmt leider sehr wohl. Jede Fraktion, die im Haus sitzt, hat vor Weihnachten einen Brief von einem Vater aus Kapfenberg bekommen, dessen Sohn am helllichten Tag in der Adventzeit am Jakominiplatz zusammengeschlagen wurde, und zwar von jungen Männern, deren Motivation sehr unterschiedlich auslegbar ist. Ich wünsche mir, daß diese Vorfälle in keiner Form vorkommen. Ich wünsche mir volle Unterstützung für das Opfer, und ich wünsche mir auch, daß diese jugendlichen Täter in der einen oder anderen Form zur Verantwortung gezogen werden. Aber ich glaube nicht, daß dem jungen Mann geholfen worden wäre, wenn er die Chance gehabt hätte, im Turnunterricht besser Hapkido oder Karate oder

was immer zu lernen, wenn die Gegner, die er mitten in der Adventzeit in Graz am Jakominiplatz trifft, Jugendliche sind, die in irgendeiner Form soviel Frust, Gewalt, Aggressivität in sich haben, daß sie das nur auf diese Art und Weise ausdrücken können. Und glauben Sie mir, ich bin die Letzte, die gewaltsame Übergriffe – wurscht gegen wen, wurscht in welchem kulturellen Zusammenhang – verteidigen möchte. Ich bin da absolut die Letzte, aber ich denke mir, Abwehrmechanismen dagegen sind Mechanismen, die man auf Ebene des Landes entwickeln muß, auf Ebene der Gemeinden, auch auf Ebene einer anderen Kommunikationsform, aber sicher nicht, indem man Judo im Sportunterricht anbietet, damit die Kinder dann besser mit Gewalterfahrungen in der Gesellschaft umgehen können. Reintegrationsofferte an Jugendliche: für die, die am Boden liegen im wahrsten Sinne des Wortes, weil sie keinen Arbeitsplatz bekommen, weil sie nicht die Möglichkeit haben, nach einer abgebrochenen Schulausbildung oder Lehre wieder einzusteigen, weil sie auch Mädchen sind, denen ein traditionelles Frauenbild leider den Zugang in bestimmte Lehrstellen verweigert.

Ich wünsche mir für diese Leute Reintegrationsangebote. Ich wünsche mir aber auch Angebote an jugendliche Übergreifer und Übergreiferinnen, und zwar in einer Form, daß man sie sehr wohl zur Verantwortung zieht, sehr wohl auch mit ihnen so arbeitet, daß dieses Gewaltpotential in irgendeiner Form gelockert wird. Aber ich bin sicher dagegen, daß man das mit einem Ansatz macht, wie ihn dieser freiheitliche Antrag da zeigt. Und wie gesagt, daß es da eine seltsame Form von Frauenbund gibt, der über die zwei konservativen Fraktionen in diesem Haus drübergreift, das finde ich wirklich sehr, sehr bedenklich.

Ich kann nur hoffen, daß jetzt niemand daherkommt und uns erklärt, daß die Frauen, nein, das ist, glaube ich, schon passiert, daß die Frauen auch Selbstverteidigungskurse brauchen. (Abg. Dr. Karisch: „Ja selbstverständlich. Warum soll man sich nicht wehren können?“) Das ist etwas komplett anderes. Einen Selbstverteidigungskurs als Frau kann man aus sehr unterschiedlichen Motivationen machen. Aber zu glauben, daß man Jugendarbeitslosigkeit, zu glauben, daß man unseren autoritären Umgang, zu glauben, daß man unseren arroganten und teilweise sehr autoritären Umgang mit jugendlichen Kulturformen, zu glauben, daß man unsere Art, auch mit Jugendlichen umzugehen im gesellschaftlichen Leben, dadurch relativieren kann, indem man ihnen besser beibringt, wie man schlägert, ja, noch dazu mit Kampftechniken, die in anderen Zusammenhängen sehr gefährlich sein können (Abg. Mag. Dr. Hartner: „Sie wissen nicht, wovon Sie reden!“), das ist ein Zugang, den finde ich fatal.

Ich muß sagen, ich bin über die Kolleginnen sehr peinlich berührt (Abg. Pußwald: „Sie reden gegen die Frauen!“), die diesen Antrag da oben in der ersten Zeile mit unterstützen, und ich schäme mich dafür, wenn dieser Antrag in diesem Haus, an diesem Tag, zu dieser Stunde, leider Gottes seine Mehrheit finden wird. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich schaue zur Frau Abgeordneten Bleckmann, die sich nicht mehr meldet. Dann hat der Herr Abgeordnete Dr. Flecker das Wort.

Abg. Dr. Flecker (19.34 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist absolut nicht irgendeine Art Lust auf Polemik, sondern es ist Erschütterung. Ich weiß Ihren Zugang dazu. Es ist Erschütterung über diesen Antrag, der mich veranlaßt, doch noch herauszukommen.

Ich möchte Ihnen sagen, Frau Kollegin Hartinger, ich glaube, Ihr Lächeln spiegelt schon eine gewisse Verlegenheit wider, wenn Sie sich in Ihrem Herrenkreis sehr wohl fühlen. (Abg. Mag. Dr. Hartinger: „Ja, ich fühle mich wohl!“) Ich glaube, der Gesichtskreis von Ihnen ist vergleichbar, wenn ich sage, ich gebe Waffen aus zur zivilen Selbstverteidigung, weil die Kriminalität so hoch ist und weil sich die Leute verteidigen müssen. Glauben Sie denn, wo wir eine Liberalität für die Waffe haben, wie in Amerika, wo hat denn die Pistole mehr angerichtet? Hat nicht die Pistole und die Waffe mehr angerichtet, als sie der Verteidigung genützt hat? (Abg. Dr. Karisch: „Die Pistole steht nicht in dem Antrag!“) Frau Dr. Karisch, hören Sie mir bitte zu, die Geschichte ist viel zu ernst.

Wenn ich jetzt sage, ich lehre die Kinder in der Schule die Selbstverteidigung. Ja, was glauben Sie, wer den besseren Zugang zu den Tricks des Kampfsports hat? Der, der aggressiv und gewalttätig ist, oder der, der dort sich verteidigt? (Beifall bei der SPÖ.) Ihre Mentalität, meine Damen und Herren, und das ist halt einfach eine Einstellung, die man hat, ist, ich bewaffne, ob mit Tricks und Methoden des Kampfsportes oder aber mit Waffen, so weit, daß sich letztlich der Stärkere durchsetzt. Nichts anderes ist Ihr Gesichtsfeld! Ich unterstelle Ihnen jetzt nichts, und ich bitte Sie, das nicht so zu nehmen. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Sie unterstellen bereits!“)

Ich unterstelle Ihnen jetzt nicht, daß Sie einer Ideologie damit folgen, sondern ich unterstelle Ihnen, daß Sie sich Ihres Bewußtseins in diesen Fragen nicht mehr bewußt sind. (Beifall bei der SPÖ.)

Und, meine Damen und Herren, wenn ich mich dazu bekenne, daß ich ausrüste, um Gewalt auszuüben, dann ist diese Grundeinstellung erkennbar und nicht wegzudiskutieren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist eine Unterstellung!“)

Lieber Michl, ich weiß nicht, ob du das vorher gehört hast. Der, der zur Gewalt bereit ist, nehmen wir den Fall Matscheko am Jakominiplatz, ja, was glaubst du denn, wenn all die dort den Selbstverteidigungskurs besucht hätten, glaubst du denn nicht, daß die Skinheads aus diesem Selbstverteidigungskurs viel mehr Ressourcen zur Ausübung der Gewalt herausgeholt hätten als der arme Kerl, der sich fast totprügeln hat lassen? (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Wie nimmst du den Eltern die Angst und die Sorgen?“) Ich sage dir noch etwas, wir haben von unserem Büro her mit der Familie Matscheko heute in bezug auf euren Antrag Kontakt aufgenommen. Wir haben dieses traurige Beispiel zum Anlaß genommen, einen Betroffenen zu den Intentionen dieses Antrages zu befragen, und die Leute waren entsetzt und stehen jederzeit dazu, daß sie entsetzt sind, solche Intentionen entgegenzunehmen.

Meine Damen und Herren, bitte begeben wir uns doch nicht in die Gefahr, daß wir uns in einem so engen Gesichtsfeld bewegen, und begeben wir uns

nicht in die Gefahr, daß jemandem zu Recht eine Bereitschaft unterstellt wird, die einer Ideologie nahe liegt, die wir alle nicht haben wollen.

Und, meine Damen und Herren, es mag zwar sehr lustig und oberflächlich klingen, aber wenn es üblich ist, so wie an dem Mittwoch am Abend – ich war im Nebenraum –, daß der Generalsekretär der FPÖ sich mit einem Fotografen prügelt, nur weil der Fotograf ein Foto des Herrn Haider gemacht hat, das ihn nicht gerade in einer sehr familiären Situation zeigt. Darüber kann man reden, aber wenn da der Politiker und Generalsekretär zum Prügeln anfangt, dann sieht man ja bitte die Gewaltbereitschaft, die sich da durchzieht. Bitte distanzier't euch doch davon.

Ich bitte die Frau Beutl und die Frau Pußwald ganz, ganz herzlich, in ihrer Verantwortung als Pädagoginnen, alle die Argumente abzuwägen, bevor man sich in diese Bereitschaft, so einen Antrag mit diesen Zielsetzungen zu unterstützen, begibt. Ich danke und bitte, überlegen Sie sich das. (Beifall bei der SPÖ. – 19.30 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Am Wort ist die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann.

Abg. Mag. Bleckmann (19.30 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Wenn hier der Kollege Flecker über unseren Antrag erschüttert ist, dann muß ich sagen, ich bin erschüttert über die Art und Weise, wie hier mit Unterstellungen argumentiert wird und wie die Intention unseres Antrages in die völlig verkehrte Richtung gezerrt wird. (Abg. Gennaro: „Aus Ihrer Sicht!“) Ja, das werden wir sehen. Denn scheinbar verstehen wir unter Selbstverteidigung etwas anderes als Sie. (Abg. Mag. Zitz: „Das befürchte ich auch!“) Denn Selbstverteidigung heißt in unseren Augen nicht zurückprügeln.

Selbstverteidigung ist eine Philosophie, die erst dann einsetzt, wenn man beginnt, sich zu wehren, und dann auch nicht zum Schaden des anderen, sondern um eigenen Schaden abzuwehren. Und das, bitte, ohne Waffen. Das ist etwas, was ich hier auch eindeutig klarstellen will – ohne Waffen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

Nicht, wie Sie dreimal unterstellt haben, wir wollten mit Waffen vorgehen. Mit keinem einzigen Wort steht irgend etwas über Waffen in diesem Antrag. (Abg. Dr. Flecker: „Das ist eine billige Ausrede!“) Das ist keine Ausrede. Ich verwehre mich dagegen, daß ein Antrag von den Freiheitlichen in dieser Art und Weise mit Gewaltbereitschaft, Waffenbesitz und mit Wehrsportgruppen in ein und denselben Topf geworfen wird. Das ist scheinbar so, wie Sie selbst denken, aber das ist nicht so, wie die Freiheitlichen denken, und das ist der Unterschied. (Beifall bei der FPÖ.) Wenn hier gesagt wird, ich will jetzt nicht hören, daß hier über Frauen und Selbstverteidigung gesprochen wird, dann muß aber genau darüber gesprochen werden, denn genau das ist auch ein Punkt, und wir haben es auch in den Reden vorher gehört, daß es hier vor allem auch Mädchen und Frauen betrifft, die sich wehren müssen. Natürlich steht es jedem frei, einen Selbstverteidigungskurs zu besuchen. (Abg. Gennaro: „Nicht nur

Mädchen und Frauen!“) Richtig, deshalb haben wir auch Jugendliche hineingeschrieben, und nicht nur Mädchen. Genau das ist der Grund, warum wir Jugendliche geschrieben haben, und nicht nur Mädchen. Wir haben uns das auch länger überlegt, ob wir den Antrag so formulieren. Genau darum geht es, daß auch Jugendliche mit etwas mehr Selbstbewußtsein über die Straße gehen (Abg. Dr. Flecker: „Erhobenen Hauptes!“), so, wie es die Frau Kollegin Pußwald gesagt hat. Darum geht es hier, den Schwächeren mehr Selbstbewußtsein mitzugeben und auch eine Möglichkeit, im Notfall, wenn es soweit kommt, sich zur Wehr zu setzen gegen die Aggressiven, Gewalttätigen, von denen bereits gesprochen wurde. Ich habe es selber in meiner Schulzeit erlebt – es ist vielleicht bei mir nicht so lange her wie bei den meisten von Ihnen –, daß es hier Jugendbanden gegeben hat, die auf Jüngere, auf Schwächere mit Gewalt zugegangen, auf sie losgegangen sind. Aber das waren nicht die, die Leibeserziehung besucht haben. Das waren vor allem die, die die Schule geschwänzt haben. Und deshalb müssen wir den Schwächeren die Möglichkeit geben und etwas mit auf den Weg geben, womit sie die Möglichkeit haben, der Gewalt etwas entgegenzusetzen. Damit meinen wir nicht die Pistole, sondern Griffe, um Gewalt abzuwehren. (Abg. Dr. Flecker: „Den Karateschlag!“)

Aber wenn Kinder tätlich angegriffen werden, müssen sie eine Möglichkeit haben, der Gewalt zu entkommen. Denn wenn die Frauen die Möglichkeit haben, Selbstverteidigung zu machen, dann muß das ja wohl für junge Mädchen auch möglich sein. Wenn Sie von der SPÖ sagen, das ist nur eine Intention der Freiheitlichen, dann muß ich Ihnen sagen, wo dieser Antrag und diese Idee entstanden ist und wo sie herkommt. Es hat darüber eine Diskussion im Gesundheitszentrum für Frauen gegeben, wahrlich keine Institution der Freiheitlichen, wo dieser Vorschlag aufgekomen ist, dort diskutiert wurde und dort für gut geheißen wurde. Und die haben gesagt, machen Sie das, bringen Sie das ein, weil das ist etwas Richtiges. Von dort hat die Kollegin Hartinger die Idee her. (Beifall bei der FPÖ.) Aus dieser Institution. Wir wollen den Jugendlichen und den Eltern die Angst nehmen, die Angst, die sie vor Gewalt haben. Ich verwehre mich dagegen, daß Sie diesen Antrag in einer Art und Weise absichtlich falsch interpretieren, weil Sie meinen, daß nur das richtig ist, was Sie denken, und daß das, was von der Freiheitlichen Seite her kommt, alles nur falsch sein kann. Solche Unterstellungen verbitten wir uns. (Beifall bei der FPÖ. – 19.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, es liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Wir kommen nunmehr zu insgesamt drei Abstimmungen.

Erstens: Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zweitens: Wer dem Beschlußantrag von Abgeordneten der FPÖ und ÖVP, betreffend Selbstverteidigung, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Drittens: Wer dem Beschlußantrag von Abgeordneten der ÖVP und SPÖ, betreffend behindertenge-

rechte Ausstattung von Fraueninterventionsstellen, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

13. Bericht des Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschusses über den Antrag, Einl.-Zahl 362/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Dietrich, Mag. Hartinger, List, Ing. Peinhaupt, Ing. Schreiner, Schinnerl und Wiedner, betreffend mehrtägige Beratung des Budgets im Finanz-Ausschuß.

Berichterstatter ist der Herr Präsident Dipl.-Ing. German Vesko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (19.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Am 10. Dezember 1996 gab es einen Antrag von Abgeordneten der Freiheitlichen, betreffend eine mehrtägige Beratung des Budgets im Finanz-Ausschuß. Dieser Antrag wurde in formeller Hinsicht entsprechend der Geschäftsordnung des Landtages dem Ausschuß für Verfassung, Unvereinbarkeit und Immunität zugewiesen, und dieser Ausschuß hat nunmehr folgenden mündlichen Bericht erstattet, den ich zur Verlesung bringe:

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß hat in seiner Sitzung am 28. Jänner 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 362/1, der Abgeordneten der Freiheitlichen, Vesko, Bleckmann, Dietrich, Hartinger, List, Peinhaupt, Schreiner und Wiedner, betreffend mehrtägige Beratung des Budgets im Finanz-Ausschuß, beraten und über Antrag der Abgeordneten der ÖVP, SPÖ, FPÖ, Grünen und des LIF einstimmig nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Im Sinne der Wahrnehmung der Budgethoheit und der Kontrollkompetenz des Landtages sind der Regierungsentwurf zum Landesvoranschlag 1998 und auch die der Folgejahre jeweils im Finanz-Ausschuß einer ausreichenden Beratung – unter anderem auch in der Form eines Hearings mit den einzelnen Mitgliedern der Landesregierung – vor dessen Einbringung in den Landtag zu unterziehen.

Ich bitte, diesem Antrag zuzustimmen. (19.38 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Zu diesem Antrag liegt mir keine Wortmeldung vor. Wenn das so ist, dann bitte ich die Damen und Herren, die dem Bericht des Herrn Präsidenten Vesko als Berichterstatter zustimmen, um ein Händezichen. Gegenprobe.

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

14. Bericht des Ausschusses für Verkehr und Infrastruktur über den Antrag, Einl.-Zahl 365/1, der Abgeordneten Dr. Wabl, Mag. Zitz, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Linienführung und den Fahrplan der ÖBB-Verbindungen in und mit der Steiermark.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Reinhold Purr. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Purr (19.39 Uhr): Der Antrag betrifft die Linienführung und den Fahrplan der ÖBB-Verbindung in und mit der Steiermark. Der neue Fahrplan 1996/97 hat für die Steiermark gravierende Verschlechterungen gebracht. Sie sind im Detail im vorliegenden Antrag aufgezählt.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, von den ÖBB für die Bahnverbindungen in und mit der Steiermark bessere Linienführungen und Fahrpläne einzufordern. (19.39 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich danke für die Berichtserstattung. Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Prutsch von der rechten Reichshälfte, wenn Sie mir das gestatten.

Abg. Alfred Prutsch (19.39 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Zu diesem Tagesordnungspunkt, nehme ich an, wird ja auch der Verkehrsverbund angesprochen werden, und weil der Antrag mit der Österreichischen Bundesbahn in Verbindung steht bezüglich Streckenführung, Fahrplan und Koordinierung dieser Möglichkeiten. Es wird verständlich sein, daß ich mich zu Wort melde, um die Bahnlinie Spielfeld-Bad Radkersburg anzusprechen, weil diese Strecke wieder in Diskussion steht. Die enorme Entwicklung des Tourismus in unserem Bezirk hat natürlich auch die Bahnlinie Spielfeld-Bad Radkersburg sehr frequentiert, und es hat eine dreifache Steigerung im Personenverkehr in den letzten Jahren gegeben. Die Österreichische Bundesbahn hat erfreulicherweise auch darauf reagiert und hat dementsprechende Einrichtungen bezüglich Rädertransport geschaffen und Waggons dazugehängt, damit man diesem starken Radtourismus im Bezirk auch gerecht wird. Betroffenheit herrscht natürlich in jüngster Zeit über die Diskussion des Abziehens des Personals von den Bahnhöfen Mureck und Bad Radkersburg. Die Bürger und auch die Fahrgäste können das nicht verstehen, und meine persönliche Meinung ist, daß das sicher einen Verlust des persönlichen Kontaktes und eines schlagkräftigen Services gegenüber dem Fahrgast ist. Im Gegenzug haben wir heute vom Verkehrslandesrat gehört, daß wir drauf und dran sind, in den nächsten Jahren auch eine Verlängerung der Bahnlinie bis nach Murska Sobota zu verwirklichen. Das hoffe ich sehr! Daher kann ich mir nicht vorstellen, daß 50 Kilometer von Spielfeld bis Radkersburg Bahnhöfe stehen, die überhaupt mit keinem Personal besetzt sind. Es trifft nicht nur die Bahn bei all diesen Strukturmaßnahmen des Bundes, sondern man hat das Gefühl, daß man dauernd in Abwehrstellung gehen muß, wenn es um Auflösungen, Zusammenlegungen öffentlicher Infrastruktureinrichtungen geht, beginnend bei der Bahn und bei den Bahnhöfen, und in jüngster Zeit auch wegen der Auflassung des Finanzamtes in Bad Radkersburg.

Mein Bezirk als Agrarbezirk hat ohnehin eine schlechte Arbeitsplatzsituation, und daher ist es nicht einzusehen, daß Rationalisierungsmaßnahmen des Bundes eins zu eins auch auf die peripheren Regionen anzuwenden sind. Wir werden das sicherlich nicht ohne weiteres bei uns in der Region zur Kenntnis neh-

men. Unsere Frau Landeshauptmann hat gemeinsam mit unserem Klubobmann Hermann Schützenhöfer in der Pressekonferenz am 31. Jänner dieses Jahres das Ergebnis des Arbeitskreises unseres Klubs Föderalismus und Regionalismus der Presse präsentiert, wo unter Punkt 10 Regionen mit Zukunft folgendes festgehalten wird, und ich finde es als notwendig, daß ich hier wörtlich zitiere:

Regionen mit Zukunft. Wenn ein Bundesstaat nur noch betriebswirtschaftliche Betrachtungsweisen hat, wenn nur noch der Rechenstift die Handlungsmaxime ist, hat die Politik den Gestaltungsanspruch und den Willen zur Zukunftssicherung aufgegeben. Einer weiteren Ausdünnung der Regionen muß ein Riegel vorgeschoben werden. Das Zusperrern von Gendarmenposten, Bezirksgerichten, Postämtern, das Streichen von Bahn- und Buslinien, das Schließen von Schulen und Kultureinrichtungen, der Zusammenbruch der Nahversorgung sind eine Gefährdung für lebendige Regionen. Ich glaube, das sollten wir uns wirklich einprägen und auch versuchen, dahinter zu stehen.

Daher ersuche ich auch die Regierungsmitglieder der beiden anderen Fraktionen, aber auch alle im Landtag vertretenen Parteien, im Sinne unseres Arbeitspapiers daranzugehen, die Regionen mit Zukunft zu gestalten und gegen diese Maßnahmen, die dies verhindern, beim Bund gemeinsam anzukämpfen. Danke für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 19.45 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Der Abgeordnete Alfred Prutsch wird mir das verzeihen. Ich wollte ihn weder rechts, noch in der Mitte, noch sonstwo zuordnen. Ich werde künftighin nur den Vornamen Alfred verwenden. Jetzt ist Günther Prutsch an der Reihe.

Abg. Günther Prutsch (19.45 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich danke der Regie, daß wir immer hintereinander zum Sprechen kommen, da erspare ich mir einiges. Der Kollege Alfred Prutsch hat sehr vieles aus der Region, die Meinung der Region, vorweggenommen. Ich möchte aber trotz allem in Anbetracht der Ernstheit auch einige Dinge dazu sagen.

Mir ist schon klar, daß die ÖBB als eigenständiges Unternehmen unter Erfolgsdruck leidet. Keinem ist offensichtlich bewußt, mit welchen fatalen Folgen wir in den peripheren Regionen zu rechnen beziehungsweise welche Folgen wir dort zu verspüren haben.

Heute und hier ist mehrfach angesprochen worden, daß es regionale Leitprojekte der öffentlichen Hand geben muß. Angesichts der aktuellen Ereignisse beziehungsweise Ankündigungen von Schließungen beziehungsweise Schließungsbedrohungen möchte ich fast dazusagen, daß wir in der letzten Zeit in unserer Region ausschließlich öffentliche Leidprojekte, das heißt Leid mit weichem D, hatten. Wir führen in unserem Bezirk in letzter Zeit eine sehr engagierte Leitbild-diskussion – Leitbild in dem Fall wieder mit hartem T. Diese Leitbilddiskussion wird langsam obsolet, wenn wir nur mehr mit derartigen Problemen zu kämpfen haben.

Die Infrastrukturschwäche in unserer Region ist eklatant. Sie ist in diesem Haus vielfach angesprochen

worden und – ich setze voraus – auch entsprechend bekannt. Trotz positiver Entwicklung bei der Eisenbahn, auch das wurde hier schon mehrfach betont, auch von meinem Vorredner, sollen nun die letzten beiden besetzten Bahnhöfe geschlossen werden. Ich würde meinen, es entsteht dadurch ein Geisterunternehmen in unserer Region. Es ist kein Service mehr vorhanden. Die Kundennähe ist weg. Man soll sich vorstellen, wenn man auf den Bahnhof kommt und dort nur eine anonyme Plakattafel oder Anschlagstafel sieht, dann würde ich meinen, daß sich das Unternehmen nicht entsprechend gut verkauft. Es ist auch nicht möglich, dort einen Ausweis zu lösen oder Fahr-scheine über die Region hinaus.

Ich glaube, der ÖBB-Weg in dieser Form ist mit Sicherheit ein falscher Weg, außer – und das sei hier auch einmal angedacht – die ÖBB geht den gezielten Weg der Vernichtung dieser Bahnlinie. Mag sein, daß man damit bewirken möchte, daß in der nächsten Zeit sich Argumente finden, um diese Bahnlinie zu schließen.

Ich sage ein klares Nein, auch im Namen der Bezirks-SPÖ des Bezirkes Radkersburg, zu diesem Vorhaben, zu dieser Schließung dieser beiden Bahnhöfe.

Für die Region stellt sich, nach meinem Dafürhalten, einmal mehr die Frage, welche Wertigkeit haben wir überhaupt noch in dieser Region? Schließungspläne, Schließungsgerüchte sind vom Vorredner schon angesprochen worden. Und das zieht sich wirklich von den Schulen hin bis zu den Gerichten, von der Kaserne bis zu den Bahnhöfen und natürlich darüber hinaus auf das Finanzamt und auf diverse Betriebe.

Da frage ich mich, wo bleibt da die Leitfunktion von öffentlichen Einrichtungen, wenn diverse Zentralisten aus verschiedensten Ressorts alle öffentlichen Einrichtungen einer Region in Frage stellen?

Vertrauen in die Zukunft, wurde auch heute hier mehrfach angesprochen. Franz Schleich hat das ganz gut am Beispiel Bad Gleichenberg erklärt. Wo soll da eigentlich noch Vertrauen in einer Region entstehen?

Nachdem wir Radkersburger hoffen, daß wir auch zur Familie der Steirer gehören, zum Unternehmen Steiermark gehören, erwarten wir den Beistand aller Fraktionen in diesem Haus zu diesen Fragen. Und weil das Schließen von zwei Bahnhöfen oder öffentlichen Einrichtungen kein Vertrauen in die Region schafft, bin ich überzeugt, daß Sie diese unsere gemeinsamen Bemühungen unterstützen werden.

Ich bin Landesrat Joachim Ressel wirklich dankbar, daß er heute hier erklärt und gesagt hat, daß das aktuelle Thema der Bahnhofsauflösungen aufgegriffen wurde. Ich hoffe sehr, daß damit ein wichtiger Nachdenkprozeß eingeleitet wurde und wir damit auch einen sehr wichtigen Verbündeten in dieser Frage nun bei uns haben.

Ganz besonders erfreulich ist es für mich, daß Joachim Ressel hier erklärt hat, daß bereits sehr intensiv an der Entwicklung des Verkehrskonzeptes für den Bezirk Radkersburg gearbeitet wird. Das ist eine Uraltforderung von mir, weil eben diese Verkehrsverbindung über regionale Verkehrsfragen hinaus gesamtwirtschaftliche Bedeutung hat. Ich glaube, daß das ein nicht unwesentlicher Beitrag auch ist, um eben diese

besagte Bahnlinie in der Folge entsprechend zu unterstützen.

Eines muß uns schon auch bewußt sein. (Abg. Tasch: „Herr Kollege!“) Ja, bitte. (Abg. Tasch: „Ich glaube, der Ressel wird sich nicht so schwer tun. Die ÖBB ist ein rotes Unternehmen!“) Schau, wenn du jetzt polemisch werden möchtest, sage ich lieber nichts dazu, um die Einheit nicht zu stören.

Insgesamt müssen wir uns schon auch bewußt werden, daß auch in diesen Fragen die Strukturschwächen und insgesamt die wirtschaftlichen Schwächen, bevölkerungspolitische Maßnahmen sehr zu wirken beginnen. Wir haben eben in den letzten Jahren unsere Region sehr ausgedünnt, und die Wirtschaftskraft hat nachgelassen. Das sind letztlich auch die Folgeerscheinungen, mit denen wir zu kämpfen haben.

Aber trotz allem noch der Appell an Sie, daß Sie diese Region in dieser Familie Steiermark nicht fallen lassen und uns in diesen so wichtigen Fragen auch unterstützen werden. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 19.52 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Ing. Löcker.

Abg. Ing. Löcker (19.52 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ein Kollege oder zwei haben schon über ihre lokalen Probleme hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs diskutiert und diese hier erläutert, und es werden vermutlich noch weitere Wortmeldungen in diesem Sinne fallen.

Ich finde es eigentlich irgendwie befreiend und objektivierend, daß der Kollege Prutsch sich über die schlechte Bahnverbindung im Süden alteriert, denn er weiß doch schon, wer jahrzehntelang für diese Bahn zuständig war, wer zum Beispiel das zweite Geleise auf der Südbahnstrecke entfernt hat und anderes mehr. Das soll jetzt nicht zynisch vermerkt werden, sondern einfach nur objektivierend. Wir wissen, daß der öffentliche Verkehr in erster Linie auch durch den Verkehrsverbund in der Steiermark getragen werden soll. Als ehemaliger Vorsitzender des Verkehrs-Ausschusses sei mir gestattet, einmal eine kurze Replik zu halten, der historischen Wahrheit die Ehre gebend, und auch zur Objektivierung in der Gegenwart. Wir haben hier in diesem Gremium über den Verkehrsverbund schon viele Jahre diskutiert, wir haben ihn in zwei Stufen verwirklicht oder sind dabei, wenn ich so sagen darf, einmal für den Großraum Graz, und dann in der Erweiterung für die gesamte Steiermark.

Ich habe hier ein Protokoll vom 4. April 1995, wo hier sehr intensiv über diesen Verkehrsverbund diskutiert wurde. Die Vorbereitung zur heutigen Rede ist mir insofern leicht gefallen, weil ich meinem Kollegen Schrittwieser oder auch Vollmann danken darf, daß sie damals diese Reden so gut vorbereitet haben, so daß ich heute leicht davon leben kann.

Lieber Siegfried, ich kann dir das nicht ersparen zu sagen. Im Prinzip könnte man, wenn man ein ÖVP-Verkehrssprecher ist, die ganze restliche Periode nur mehr dich zitieren und immer wieder fragen, wieso ist das noch immer nicht verwirklicht, was du so lange gefordert hast? Du wirst es nicht mehr glauben, was du

alles gefordert hast, und ich möchte deine Erinnerung ein bißchen auffrischen. (Abg. Schrittwieser: „Das ist gut!“) Ja, das ist wirklich gut. Du sagtest damals um 12.52 Uhr – die Uhrzeit mußt du nicht mehr wissen –, daß es für dich als obersteirischen Abgeordneten selbstverständlich notwendig ist, daß dieser Verkehrsverbund behandelt und besprochen wird und daß er sehr ernst zu nehmen ist, weil er für dich und die Obersteiermark ein ganz besonderes Anliegen war. Dann hat die Landesregierung im Mai 1992 schon einen Beschluß gefaßt, wo sie die Verkehrsverbände beziehungsweise deren Start fixiert hat, zuerst wie gesagt im Großraum Graz. Und wenn wir uns zurückerinnern an die Problematik, dann hat es zuerst begonnen, daß eine Finanzierung ähnlich dem Ostverbund mit 50 zu 50 zwischen Bund und Land vorgesehen war, wo sich dann nach langwierigen Verhandlungen herausgestellt hat, daß die Steiermark eben nicht Wien ist und sozusagen nur mit einem Drittel Bundesbeteiligung zu rechnen hat. Dann ist das Feilschen losgegangen, wer die nächsten zwei Drittel bezahlt, da war dann die Stadt Graz mit einem Drittel, und das letzte Drittel hätten die Gemeinden bezahlen sollen. Dann wurde eine Aktion in der ganzen Steiermark gestartet, wie du dich erinnern kannst, lieber Siegfried Schrittwieser, wo die Gemeinden aufgefordert werden hätten sollen, ihren Beitrag zu leisten. Diese Aktion hat dahin gehend gelaufen, daß dieser Verkehrsverbund ohnehin nie richtig funktionieren wird, weil er bestenfalls ein Tarif-, aber kein Verkehrsverbund im Sinne einer Verbesserung des Angebotes sei. Mit dieser Argumentation hat dann die SPÖ ihre Bürgermeister so hinbekommen, daß keiner natürlich bereit war, an eine Beteiligung am Verkehrsverbund zu denken. Dann wurde das ganze zigital in der Landesregierung behandelt, und man muß es sagen, auch vielleicht in seiner vollen Verantwortung hat der damalige Finanzlandesrat und heutige Verkehrsreferent Ressel diese Tagesordnung immer wieder zurückstellen lassen, eben hinsichtlich der ungeklärten Finanzierung.

Ja, das wäre an und für sich eine normale Sache, wenn nicht parallel laufend dazu eine ganz gewaltige Propaganda angelaufen wäre. Eine ganz gewaltige, und da muß ich einige Schmankerl davon zitieren. (Abg. Schrittwieser: „40.000 Unterschriften!“) Jawohl, du hast recht, 40.000 Unterschriften, wo man sich dagegen verwehrt hat, daß die Obersteirer nicht Menschen zweiter Klasse sind, sondern ebenfalls in diesen Verkehrsverbund eingebunden werden sollen. In dieser Zeit hat der dir vielleicht nicht ganz unbekannt Nationalratsabgeordnete Günther Kräuter von Graz-Umgebung aber in einer Presseaussendung festgestellt, daß die Ausdehnung des Verkehrsverbundes auf die gesamte Steiermark ein Nonsens sei, weil er ohnehin in Graz-Umgebung noch nicht voll funktioniere und dort die ganzen finanziellen Mittel brauchen würde. Aber das war nicht koordiniert. Und dann gingen diese Aktionen weiter. Ich denke nur daran, daß sich dann langsam die Landtagswahl genähert hat, und es war natürlich aus strategischen Gründen sehr wichtig für die SPÖ, unsere damalige Verkehrslandesreferentin, Frau Landeshauptmannstellvertreterin Klasnic, anzuschwärzen.

Da sagte zum Beispiel der Kollege Schrittwieser: „Und jene Pendler, die ich hier genannt habe, haben

das gleiche Anrecht, daß sie sehr rasch zu diesem flächendeckenden Verkehrsverbund kommen und daß es zu keiner Verzögerung in der Obersteiermark kommt. Ich ersuche Sie, sehr geehrte Frau Landeshauptmann, nicht mit dem Wahltermin hier zu spekulieren, um einen Wahlgag zu haben, sondern alles daranzusetzen, daß der Verkehrsverbund mit Beginn '96 spätestens in Kraft tritt.“

Wir haben heute auf Grund meiner Anfrage vom zuständigen Referenten gehört, daß er jetzt dann Anfang März wirklich funktionieren wird. Und er hat das damit begründet, daß eine Firma in Wiener Neustadt nicht die notwendigen Geräte rechtzeitig geliefert hat. Ich war im Pyhrn-Untersuchungs-Ausschuß. Wenn dort ein Beamter oder der damals zuständige Referent für den Straßenbau, Landeshauptmann Krainer, gesagt hätte, er kann nichts machen, aber die Firma A, B oder C ist schuld, dann hättet ihr geschlossen gesagt, ja wissen Sie nicht, wer die politische Verantwortung trägt? Kennen Sie nicht die verfassungsrechtlichen Grundsätze? Wo liegt die Verantwortung? Also wir kennen uns aus. (Abg. Schrittwieser: „Ja, wir kennen uns.“) Ja, wir kennen uns. Es ist ja noch besser geworden. Du hast damals, allein wenn die Pendler zwischen Bruck und Kapfenberg, und da bin ich zu Hause, da weiß ich es am besten, diesen Verkehrsverbund um ein Jahr später bekommen, haben die Pendler, die nur dieses kurze Stück pendeln, bereits einen Nachteil von rund 1000 Schilling im Monat. Also damals hat jeder Pendler 1000 Schilling im Monat mehr zahlen müssen, und nun ist aber der Herr Landesrat Ressel ein ganzes Jahr auch zuständig, und es gibt nebenbei gesagt noch einen sehr, sehr großen Unterschied aus der Zeit vor der Landtagswahl und nach der Landtagswahl. Die ÖVP hat nie ihre kooperative Haltung in Sachen Verkehrsverbund verlassen, sie hat immer zugestimmt. Es war die SPÖ, die diesen Punkt immer wieder abgesetzt hat. Es war die SPÖ, die auf allen Ebenen von den lokalen Gewerkschaftsorganisationen bis zu den politischen Gremien immer den Verkehrsverbund, wenn ich so sagen darf, schlecht gemacht hat.

Es war ganz arg. Ich könnte zehn SPÖ-Abgeordnete zitieren, die in ähnlicher Weise die Frau Landeshauptmann dafür verantwortlich gemacht haben, daß sozusagen den armen obersteirischen Pendlern im Monat 1000 Schilling aus der Geldtasche gezogen werden, weil sie beim Verkehrsverbund nicht weiterkommt. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Irgendwer muß da gespendet haben!“) Ja, irgendwer muß da gespendet haben, kommt mir vor, denn Sie sind jetzt seither alle ruhig geworden, das ist das Interessante. Da muß eine gute Leitung gelaufen sein.

Es ist dann weitergegangen, daß man bei den Pendlern in den Zügen Zetteln verteilt hat, daß sie das Opfer der Referentin Waltraud Klasnic sind und 1000 Schilling im Monat mehr zahlen müssen und so weiter und so fort.

Also ich möchte gar nicht mehr alles zitieren, weil es dann langsam kabarettartig wird, wenn ich wirklich diese Wortmeldungen nenne. Es waren einige seriöse auch dabei. Aber auch der Kollege Vollmann hat einige ganz heftige Angriffe durchgeführt, und ich möchte, nachdem er mir sympathisch ist, auch mit seinem Wort der damaligen Rede, nachdem er die

Frau Landeshauptmann dringendst aufgefordert hat, irgendetwas vorzuweisen und zu tun für diesen Verkehrsverbund, ich möchte mit dem gleichen Wort schließen, wie es damals Heinz Vollmann gemacht hat, aber nun für den Landesrat Ressel als Zuständigen: Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 20.03 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser am Wort. Im Interesse eines Wechsels der Redner innerhalb der Parteien hat sich diese Reihenfolge ergeben.

Abg. Schrittwieser (20.03 Uhr): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich darf mich wirklich beim Kollegen Löcker herzlich dafür bedanken, daß er sich so intensiv mit meinen Reden auseinandergesetzt hat, weil wie die Gegenwart jetzt zeigt, hat es einen Sinn gemacht. Was Jahre hindurch nicht passiert ist, jetzt hat der zuständige Landesrat Ressel den Tarifvorteil in acht Monaten realisiert. Am 1. März geht der Verkehrsverbund flächendeckend in der ganzen Steiermark in Betrieb. Wir können stolz darauf sein. Es ist auch gut, daß sich das Klima verbessert hat.

Ressel ist, weil er mit dabei war, diesen Verkehrsverbund flächendeckend zu fordern, ihn umzusetzen für die Pendlerinnen und Pendler, von der ersten Stunde an, als er Verkehrsreferent war, an die Arbeit gegangen und hat gesagt, jawohl, dieser Verkehrsverbund ist ein Anliegen der Steirerinnen und Steirer, vor allem der Obersteirer, weil die haben ihn noch nicht gehabt, und im Bezirk Hartberg, und ich werde alles tun, um diesen umzusetzen.

Lieber Kollege Ressel, du stehst da hinten, du hörst da zu, ich bedanke mich bei dir, daß du, was ein Jahrzehnt oder jahrelang nicht gelungen ist, umgesetzt und realisiert hast. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Ing. Löcker: „Du wirst nicht einmal rot!“ – Abg. Tasch: „Ihr habt es so lange zurückgehalten, was die Frau Landeshauptmann Klansnic vorbereitet hat, damit ihr es jetzt umsetzt!“) Wären die Vorbereitungen weiter gewesen, hätte Ressel den schon in zwei Monaten umgesetzt, aber da war ein großer Nachholbedarf bei den Vorbereitungen. Aber er hat das zügig vorangetrieben. Ich glaube, daß auch die Frau Landeshauptmann heute froh ist, daß er das gemacht hat, die Landesregierung hat das ja alles mitbeschlossen.

Zur Absetzung von der Tagesordnung, lieber Kollege Tasch, weil du das anschnidest. Eines nehmen wir sehr genau. Wenn die Dinge nicht sehr genau vorbereitet sind, wenn es keine genauen Unterlagen gibt, wer zahlt jetzt wirklich, und das nicht vollständig ist, sagen wir in unserer Verantwortung natürlich, nehmen wir diesen Punkt noch einmal von der Tagesordnung, klären wir, ob die Gemeinden jetzt wirklich zahlen oder nicht zahlen. Wir haben damals gesagt, entweder zahlen alle oder keiner. Die Landeshauptstadt Graz zahlt, die anderen, weil es ja schwer machbar ist, zahlen auch heute noch nicht. Wir haben uns damals verständigt, daß das gar nicht so einfach geht, weil es in die Gemeindeautonomie hineingeht. Aber die Gemeinden, das kann ich auch versichern, sind froh, daß wir jetzt endlich diesen Verkehrsverbund haben, daß wir den Tarifvorteil bereits bei den Wochen- und Jahreskarten haben, und ab 1. März werden

wir den ganzen Verkehrsverbund zur Gänze zur Verfügung haben.

Warum ich auch heute noch sage, natürlich handelt es sich noch in erster Linie um einen Tarifverbund – weil wir an der Infrastruktur noch sehr stark arbeiten müssen, weil wir die Intervalle verbessern müssen, weil wir die Angebote verbessern müssen. Darum ist ja immer wieder auch ein Thema, daß man sagt, stecken wir soviel Geld in die Herabtarifierung oder überlegen wir, ob wir nicht Mittel der Herabtarifierung zusätzlich in die Infrastruktur stecken. Ich glaube, da müssen wir weiter diskutieren. Wir geben derzeit in der Steiermark für den Verkehrsverbund dann rund 110 bis 120 Millionen Schilling als Land aus. Das ist ein wesentlicher Betrag. Wir bekennen uns dazu. Aber die Frage ist, ob wir nicht eine Umschichtung vornehmen können.

Wenn wir wissen, daß die Arbeitsplätze, vor allem in den Zentralräumen der ehemaligen Industrie, immer weniger werden, erfordert das eine höhere Mobilität der Beschäftigten. Über 50 Prozent, das wissen wir auch, der erwerbstätigen Menschen sind Pendler. Daher ist dieser Wunsch, den wir da gehabt haben, ein gemeinsamer. Wir haben ihn vielleicht nur vehementer vertreten, weil halt ihr die Referentin gehabt habt, ich verstehe das. Aber heute können wir uns alle freuen, daß Ressel das möglich gemacht hat, was jahrelang nicht möglich war. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Tasch: „Weil es gescheit aufbereitet war!“)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben also in den letzten drei Jahren rund 300 Millionen Schilling in die Infrastruktur investiert. Wir werden das weiter tun müssen, daß wir hier investieren. Wir kommen nur jetzt vor neue Probleme, und das möchte ich hier anschniden – die Privatisierung.

Die ÖBB ist hier angesprochen worden. Es waren sehr viele, auch von der ÖVP und von der Freiheitlichen Partei oder auch anderen Parteien, die immer gesagt haben, diese ÖBB ist ein Milliarden Schlucker, die gehört privatisiert, und das brauchen wir alles nicht, und das müssen wir ändern. Jetzt ist es passiert, im Parlament beschlossen. Ja natürlich, wenn die jetzt eine Aktiengesellschaft sind, sagen die, Freunde, was sich nicht rechnet, das gibt es nicht mehr. Jetzt hat man uns den Ball zurückgespielt und hat gesagt, wenn ihr Linien haben wollt, die sich nicht rechnen, bestellt sie, dann zahlt auch – Land und Gemeinden. Jetzt hat man eine Kostenübertragung vom Bund auf Land und Gemeinden gemacht. In Wirklichkeit haben wir uns selbst ins Fleisch geschnitten, weil wir jetzt die Kosten haben.

Jetzt geht die Post auch an die Arbeit und sagt, okay, ich bin jetzt auch ausgegliedert. Ich muß sagen, ich bin nicht ganz glücklich und verurteile das auch, daß man die Post, vor allem die gelbe Post, mit einer Infrastruktur aus den fünfziger Jahren in die Privatisierung geschickt hat, und die Privaten fahren ihnen jetzt um die Ohren, daß sie gar nicht mit dem Schauen nachkommen, ob es der Tarif, der Preis oder was immer ist. Jetzt geht natürlich auch die Post her und sagt, meine Damen und Herren, auch wir haben Linien, die sich nicht rechnen, wir stellen die ein. Wenn ihr die Linien haben wollt, auch bei der Post oder beim Bundesbus oder beim ÖBB-Bus, dann müßt ihr auch wieder zahlen.

Ich denke mir, meine sehr verehrten Damen und Herren, hier ist es wohl legitim, daß wir zu einem Nahverkehrsvertrag kommen, auf alle Fälle, wo auch unter anderem unter Mitteln des Finanzausgleiches diese Mehrleistungen, die jetzt die Gemeinden und Länder aufbringen sollen, abgegolten werden, weil auch wir sehr schwer in der Lage sein werden, alles, was hier auf uns zukommt, künftighin zu finanzieren. Darum ist es für uns ganz wichtig, daß dieser Nahverkehrsvertrag kommt, um auch die Linien und Leistungen von Bahn und Post für regional schwächere Gebiete aufrechtzuerhalten. Wenn vielleicht auch nur zwei, drei im Autobus sitzen, so benötigen diese ihn trotzdem. Und das ist vorher richtig gesagt worden. Wenn ich nur mehr anfangs, auch als öffentliche Hand, ausschließlich betriebswirtschaftlich zu denken, dann wird es problematisch, weil wir natürlich auch regionalpolitische und volkswirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben. Darum können wir das nicht akzeptieren, und das muß auch ein Punkt in diesem Nahverkehrsvertrag sein, daß wir hier die Leistungen – ich wiederhole mich – von Post und Bahn sicherstellen.

Ich möchte aber noch eines, meine Damen und Herren, sagen, weil ich glaube, daß wir hier Geld sparen können und dieses Geld wieder für die Infrastruktur verwenden können. Wir müssen im Bund zusammenbringen – das ist mir ein ganz wichtiger Bereich –, daß die Konzessionen für die Linien aufgebrochen werden. Wir haben noch so viele Parallelitäten. Wir haben noch so viele Linien, die zur gleichen Zeit fahren. Ein anderer darf nicht fahren, weil er keine Konzession hat. Also auch in diesen Bereichen muß man flexibler werden, muß man die Dinge offensiver angehen und schauen, daß hier eine Struktur aufgebrochen wird, die nicht mehr zeitgemäß ist. (Beifall bei der SPÖ.) Wir können uns hier – gemeinsam, glaube ich, sollten wir das tun – Verbesserungen schaffen.

Und damit wir zu diesem Nahverkehrsvertrag kommen, meine Damen und Herren, darf ich nun einen Beschlußantrag gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Schrittwieser, Löcker, Getzinger, Straßberger, Grabner, Lopatka und Vollmann einbringen, betreffend Nahverkehrsvertrag und Nahverkehrsgesetz.

Ein leistungsfähiger öffentlicher Personennahverkehr ist auf Grund der Tatsache, daß über 50 Prozent allein der unselbständig Erwerbstätigen in der Steiermark Pendlerinnen und Pendler sind, von besonderer Bedeutung.

Mit der Ausweitung des Steirischen Verkehrsverbundes auf die Obersteiermark mit 1. März 1997 wird ein erheblicher Beitrag des Landes Steiermark für die Attraktivierung des öffentlichen Personennahverkehrs gesetzt. Die jährlichen Kosten des Landes für den Steirischen Verkehrsverbund betragen zirka 110 bis 120 Millionen Schilling.

Einen weiteren wesentlichen Beitrag in diesem Sinn leisten auch die Steiermärkischen Landesbahnen mit ihrem Bahn- und Busliniennetz, die für ihre Leistung vom Land Steiermark einen jährlichen Kostenzuschuß von rund 80 Millionen erhalten.

Das Land Steiermark hat außerdem in den letzten drei Jahren aus zweckgebundenen MÖST-Mitteln

Investitionen für Nahverkehrsmaßnahmen in der Größenordnung von zirka 300 Millionen Schilling gefördert. Mit dem Bund wurde zuletzt eine Rahmenvereinbarung über den Ausbau von Park-and-ride-Parkplätzen geschlossen.

Leider ist es nicht zuletzt durch die Umorganisation von Post und Bahn in privatwirtschaftlich zu führende Kapitalgesellschaften zu Leistungskürzungen gerade beim öffentlichen Personennahverkehr gekommen beziehungsweise stehen diese zur Diskussion. Die Bemühungen des Verkehrsressorts der Steiermärkischen Landesregierung und des Steiermärkischen Landtages gehen daher dahin, durch ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz die Grundlage dafür zu schaffen, daß entsprechende Angebote öffentlicher Verkehrsmittel auch außerhalb der Ballungszentren gewahrt bleiben beziehungsweise ausgebaut werden und neben der Finanzierung auch die Neuorganisation des Nahverkehrs geregelt wird.

Ziel eines Nahverkehrsvertrages mit dem Bund muß schließlich eine Vereinbarung über die mittelfristige Entwicklung des Nahverkehrs, den Ausbau der Schieneninfrastruktur und neue moderne Betriebsführungskonzepte sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens die Verhandlungen mit dem Bund über einen steirischen Nahverkehrsvertrag mit dem Ziel weiterzuführen, daß es zu Verbesserungen von Verkehrsleistungen und Infrastruktur für den öffentlichen Personennahverkehr in der Steiermark kommt und die mittelfristige Entwicklung des Nahverkehrs, der Ausbau der Schieneninfrastruktur und neue moderne Betriebsführungskonzepte vereinbart werden, und zweitens an den Bund mit dem Verlangen heranzutreten, rasch ein Nahverkehrsfinanzierungsgesetz zu beschließen.

Ich bitte um Annahme dieses Beschlußantrages und bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der SPÖ. – 20.15 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Präsident Vesko.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (20.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Österreichische Bundesbahn hat seit dem Zeitpunkt, wo sie privatisiert wurde, sich mit Gewalt bemüht, jene Strecken, die ihr nicht attraktiv erschienen, möglichst herunterzufahren, um sie dann der öffentlichen Hand präsentieren zu können als ein Stück, das sie sich nicht mehr leisten wollen, und sie es nur weiterführen, wenn sie es vom Land, vom Bund oder den Gemeinden gestützt bekommen.

Ich möchte Ihnen dazu ein paar Beispiele geben, weil ich aus einer Region komme, die zu diesen geplagten Regionen gehört, wo wir sehr deutlich erleben, was passiert. Als erstes ist einmal der Güterverkehr abgestellt worden, selbstverständlich klar nach dem Motto „weg von der Straße, hin zur Schiene“. Dieser Slogan ist uns ja noch lange in Erinnerung. In der Zwischenzeit hat auch der Personenverkehr eine derartige Minimalität angenommen, möchte ich beinahe

sagen, daß es lachhaft ist, überhaupt noch von einem Verkehrsweg zu sprechen. Zum Beispiel kann ich Ihnen sagen, daß ein Bürger seine Landeshauptstadt mit der Bahn nicht mehr rechtzeitig erreichen kann, um sich in irgendeinem Amt im Zuge der Amtszeiten zu informieren, etwas einzuholen und so weiter. Der Zug fährt um 7.59 Uhr in Bad Aussee weg und erreicht bei normalem Zeitaufwand um 11.40 Uhr, meistens um 11.45 Uhr bis 11.50 Uhr, die Landeshauptstadt Graz, und jeder kann sich ausrechnen, wieviel Zeit er noch hat, um vor Mittagsschluß der Ämter und Büros in die Stadt zu kommen, nämlich keine Chance. Es ist zwar sehr schön, daß er den Verkehrsverbund dann haben wird, er kann dann mit der Straßenbahn bis in die Stadt hineinkommen, nur, der Verkehrsverbund reicht für die Lifts in den Bürohäusern leider nicht mehr, er kommt zu spät und ist daher in seiner Tätigkeit sehr gehandikapt.

Noch dazu, meine Damen und Herren, kommt ein Zweites. All diese Regionen da oben sind überwiegend Tourismusregionen, und es stellt sich heraus, daß diese Züge nur mehr an Werktagen verkehren. Nun, jeder von Ihnen ist schon einmal auf Urlaub gefahren und fährt immer wieder auf Urlaub und weiß, daß die hauptsächlichen An- und Abreisetage für Urlauber, für Kurgäste, wir haben ja auch Kurorte in dieser Gegend, das gilt nicht nur für die Steiermark, das gilt auch für Bad Ischl und das untere Salzkammergut von der oberösterreichischen Seite her, Samstag und Sonntage sind. Am Samstag und am Sonntag verkehren diese Züge nicht. Das heißt, die Möglichkeit, nach Aussee zu kommen, ist schon sehr eingeschränkt und sehr minimiert, und die Attraktivität der Züge ist skandalös. Auch die Anschlüsse an den großen Knoten Attnang-Puchheim, Stainach-Irdning sind nicht mehr gegeben. Und wenn ich mir den Antrag der Antragsteller anschau, dann muß ich feststellen, daß dasselbe für den Bereich des Ennstales gilt, für den Bereich Selzthal, und selbst in Bruck und anderen Bereichen der Steiermark ist es nicht anders. Fazit, es wird also hier die Bemühung sichtbar, die Bahn so unattraktiv zu machen, daß sie niemand benützt. Das führt natürlich dazu, daß weniger Leute damit fahren, und verstärkt die Argumentation, diese Linie einzustellen. Das ist ganz bewußte Einstellungspolitik. Und ich sage dies nicht als Unterstellung, sondern als Tatsache. Es finden hier genau diese Prozesse statt.

Dazu kommt, daß als zweiter Träger bis dato die Post fungiert hat, die einen Autobusdienst von Salzburg über Bad Ischl nach Aussee geführt hat und weiter nach Stainach-Irdning. Diese Post unterliegt nunmehr auch den privaten Richtlinien und kommt natürlich auch ins Schleudern und sagt, alles, was nicht attraktiv ist, wird eingestellt. Sie beginnt, denselben Weg zu gehen. Ich bin überzeugt davon, daß wir uns in zwei Jahren mit derselben Freude oder Nichtfreude über das Thema auch im Bereich der Post unterhalten. Was das für Pendler bedeutet, was das für den Tourismus bedeutet und was das auch für ältere Personen bedeutet, die zu den Kurorten kommen und von dort wegfahren, ist Ihnen wohl allen klar verständlich. Es zeigt auch selbstverständlich, welche Probleme damit verbunden sind. Selbstverständlich gibt es die Möglichkeit, die Leute in Wien abzuholen, und einige Unternehmungen haben sich schon zusammengetan,

um ihre Gäste direkt in Wien abzuholen und direkt wieder dorthin zu bringen, aber es sind ja nicht nur Wiener, die unsere schöne Heimat frequentieren, sondern wir versuchen ja auch, Gäste in anderen Ländern zu finden, und es wird immer schwerer. Auf der anderen Seite, meine Damen und Herren, haben wir natürlich auch das Problem, daß man auch im Verkehr, was die Straße betrifft, möglichst viele Restriktionen einbaut, sicherlich im Sinne davon, daß man ja den Verkehr auf die Bahn bringen will. Das ist ja das große Programm nach wie vor, und es hat sich ja daran noch nichts geändert. Auch nicht unter dem neuen Verkehrslandesrat Ressel. Man braucht ja nur anschauen, wie voll der Huckepackzug ist, der durch das Palten- und Liesingtal mit zwei Lastautos am Buckel fährt, und alle anderen Lastautos finden sich auf der Straße.

Es ist also auf allen Ecken und Enden zu erkennen, daß hier Bemühungen und Bestrebungen im Gange sind, die Bahn auf jene wenigen Strecken im Konzentrieren. Ich zitiere hier wörtlich die Herren der ÖBB, die uns ja anlässlich der Neuen Bahn in der Steiermark erklärt haben, was kein Cashflow ist, ist nicht interessant. Und sie würden lieber die Westbahnstrecke von Wien nach Salzburg sechsspurig unterflurig ausbauen, als hier zu investieren, was sie uns ja oft und deutlich zu verstehen gegeben haben: Mit dieser Einstellung, meine Damen und Herren, werden wir weder einen vernünftigen Verkehrsverbund zustande bringen, noch wird es uns jemals gelingen, die Intentionen, den Verkehr auf der Straße zu reduzieren, den Individualverkehr auf einem Status quo zu belassen und nicht die Wachstumsraten mitzumachen.

Wir haben also keine Chance, uns dagegen zu wehren. Und die Flexibilität, die Kollege Schrittwieser vermißt hat, ist nichts Neues, wir sehen das schon seit einigen Jahren.

Was können wir dagegen tun? Wir können zwei Dinge dagegen tun. Wir können auf der einen Seite dafür sorgen, daß wir viel Geld dafür ausgeben als öffentliche Hand, um einige wenige Strecken zu erhalten. Das werden wiederum jene Strecken sein, die sich wie Adern durch die Ballungszentren ziehen. Das wird die Mur-Mürz-Furche sein, das wird vielleicht noch der Teil von Selzthal bis Liezen sein, vielleicht noch weiter bis hinauf nach Schladming, aber dann ist im Prinzip in der Steiermark der Ofen aus. Wir werden alle unsere guten Vorstellungen, ob es jetzt die Neuberger Bahn ist, ob es die Mariazeller Bahn ist, und sonstige Dinge, vergessen können. Auch die Salzkammergutbahn wird dem zum Opfer fallen.

Ob das der richtige Weg ist, wage ich zu bezweifeln. Ich möchte nur eines dazu sagen. Wenn wir nicht bald reagieren und hier politischen Druck ausüben, dann werden wir von der privaten Post und der privaten Bahn jener Möglichkeiten beraubt, die wir uns eigentlich erwartet haben, um im Kampf gegen den Individualverkehr erfolgreich zu sein. Und dann wird uns nichts anderes übrigbleiben, als jene Verkehrsbereiche auszubauen, wo wir dann ein, zwei Personen im Auto sitzen haben, die zur Arbeit fahren. Wir werden die Konsequenzen daraus zu tragen haben.

Meine Damen und Herren, es ist höchste Eisenbahn – im wahrsten Sinne des Wortes –, daß hier etwas unternommen wird. Auch die Attraktivität eines Ver-

kehrverbundes wird uns über diese Mängel nicht hinweghelfen. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP. - 20.24 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster ist der Herr Abgeordnete Kröpfl zu Wort gemeldet.

Abg. Kröpfl (20.24 Uhr): Verehrter Herr Präsident, hohes Haus!

Über die Probleme, die es mit dem öffentlichen Verkehr und hier speziell mit der ÖBB gibt, ist viel gesprochen worden. Diese Probleme gibt es aber, obwohl es im südlichen Bereich der Steiermark schon einen Verkehrsverbund gibt, auch immer noch bei uns. Es gibt sehr schwierige Situationen, wenn man mit dem Zug der GKB nach Graz fährt und dort um einige Minuten den Anschluß bei der ÖBB verpaßt, und wegen dieser wenigen Minuten vielleicht sehr, sehr lange Fahrt- und Aufenthaltszeiten hinnehmen muß. In diesem Bereich geht es aber eigentlich nur um Koordination der Fahrpläne; um Koordination und Abstimmung.

Wesentlich größer sind die Probleme aber bei uns im Busverkehr. Es hat auch Kollege Schrittwieser darauf hingewiesen, daß sehr viele Linien kreuz und quer fahren ohne eine echte Koordination, und auch das findet bei uns immer noch statt, obwohl es den Verkehrsverbund gibt.

Es gibt kaum Verbindungen zwischen den benachbarten Bezirkshauptstädten Leibnitz und Voitsberg. Eine Fahrt mit dem Bus von Stainz nach Graz braucht sehr, sehr lange, denn dieser Bus hält an vielen Haltestellen, und dann sind die Busse meistens überfüllt. Also, es ist immer ziemlich kompliziert.

Von diesen Unzulänglichkeiten im öffentlichen Verkehr sind aber ganz besonders die Schülerinnen und Schüler betroffen, die Schulen in anderen Bezirken besuchen wollen. Wenn zum Beispiel eine Schülerin oder ein Schüler aus dem Bezirk Leibnitz die Höhere Lehranstalt für wirtschaftliche Berufe in Deutschlandsberg besuchen möchte, oder umgekehrt, wenn ein Schüler oder eine Schülerin aus Deutschlandsberg die Höhere technische Lehranstalt in Kaindorf absolvieren möchte, sind diese Verbindungen irrsinnig schlecht. Der benötigte Zeitaufwand, um zum Beispiel von Wettmannstätten in die HTBLA nach Kaindorf zu kommen, beträgt in der Früh eine Stunde und 43 Minuten für Luftlinie gemessen 19 Kilometer, aber tatsächliche Fahrt von 54 Kilometern mit dreimal umsteigen.

Im Bewußtsein dieser Tatsache habe ich mich auch im vorigen Jahr besonders für die Beseitigung dieser eklatanten Benachteiligung eingesetzt. Sehr komplizierte und sehr viele Verhandlungen mit den zuständigen Herren der Verkehrsverbundgesellschaft, der Finanzlandesdirektion, aber auch mit den einzelnen Verkehrsunternehmen wurden geführt, um eine Verbesserung herbeizuführen. Es ist schließlich auch gelungen, und wir haben erreicht, daß die GKB eine zusätzliche Linienführung von Gleinstätten nach Deutschlandsberg eingerichtet hat und daß am Nachmittag einige Schüler im Gelegenheitsverkehr von der HTBLA Kaindorf nach Preding zum Bahnknoten geführt werden.

Damit aber diese komplizierten Verhandlungen im Schuljahr 1997/98 nicht wieder von vorne beginnen müssen, haben wir, gemeinsam mit der Schulleitung in Kaindorf, einen Verkehrsgipfel am 6. Dezember 1996 an der HTBLA in Kaindorf durchgeführt. Bei diesem Verkehrsgipfel konnten die verantwortlichen Herren von den Betroffenen direkt die Probleme erfahren. Es ist auch dort gelungen, einige kleinere Probleme sofort zu beseitigen. So konnten wir für das heurige Jahr also wirklich die Schwierigkeiten in den Griff bekommen.

Ganz wesentlich ist aber die Tatsache, daß wir seit dem 6. Dezember, seit diesem Verkehrsgipfel an der HTBLA in Kaindorf, ganz konkret mit dem Verkehrsverbund über Lösungsstrategien verhandeln und nach akzeptablen Lösungen für alle Schülerinnen und Schüler suchen. Wir suchen aber nicht nur Lösungen für Schülerinnen und Schüler, die aus Deutschlandsberg kommen, sondern bei diesem Verkehrsgipfel hat sich auch herausgestellt, daß es fast noch komplizierter ist, aus dem Raume Feldbach die HTBLA in Kaindorf zu besuchen.

Wir haben sehr intensiv daran gearbeitet, und ich möchte mich an dieser Stelle recht herzlich bei den Elternvertretern der HTBLA Kaindorf, beim Herrn Pucher und beim Herrn Ninaus, bei der Schulleitung, und hier vor allem beim Herrn Dipl.-Ing. Dr. Stöber, und nicht zuletzt auch bei den verantwortlichen Herren des Verkehrsverbundes, beim Herrn Dr. Henzle, für den Einsatz in dieser Sache bedanken.

Wenn wir am Schulbeginn 1997/98 eine gute Verkehrslösung für die Schülerinnen und Schüler der HTBLA Kaindorf haben werden, dann gilt mein Dank aber auch unserem Landesrat Joachim Ressel, der sich hervorragend für die Lösung dieses Problems eingesetzt hat. (Beifall bei der SPÖ. - Abg. Gennaro: „Tosender Applaus!“)

Ich danke, ja, das muntert auf. Man merkt, daß ja doch noch alle ein bißchen zuhören. (Abg. Dr. Lopatka: „Viele sind nicht da!“) Nicht mehr, nein. Manche sind schon gar nicht mehr da, das muß man auch dazusagen. (Abg. Dr. Lopatka: „Brünner ist schon lange gegangen!“) Die beschäftigen sich wahrscheinlich mit wichtigeren Dingen.

Aber in dieser Angelegenheit habe ich also in der Zeitung „Der neue Steirer“ am 30. Jänner lesen können - und da war ich wirklich ganz erstaunt -, daß eine Pressekonferenz der ÖVP in Deutschlandsberg stattgefunden hat. Ich zitiere daraus wörtlich: „Auch das leidige Problem um die HTBLA Kaindorf wurde zur Chefsache erklärt.“ Und es geht weiter: „Die Schüler sollen endlich die Möglichkeit haben, ohne mehrstündige Fahrten und Aufenthalte die HTBLA zu besuchen, so sagt Abgeordneter Purr.“ Ende des Zitats.

Ich habe mir diese Zeilen wirklich auf der Zunge zergehen lassen. Ich habe mich aber dabei gefragt, und wahrscheinlich nicht nur ich, sondern auch die Betroffenen, wo eigentlich die Chefin, die heutige Landeshauptfrau Klasnic, die damals für dieses Verkehrsressort zuständig war, gewesen ist. War die Frau Landeshauptmann mit diesem Problem nicht befaßt? Warum fordert der Herr Abgeordnete Purr erst jetzt den zuständigen Referenten auf, daß er sich dieser Probleme annehmen soll? (Abg. Majcen: „Das ist aufbauend!“) Vier Jahre, Kollege Majcen, vier Jahre

besteht die HTBLA in Kaindorf. Vier Jahre gibt es diese Verkehrsprobleme. Vier Jahre hat der Kollege Purr sich dieser Sache nicht angenommen.

Ich freue mich aber, daß du dich jetzt, vielleicht schon fast im letzten Moment, bereit erklärst, auf diesen Zug aufzuspringen und mitzufahren. Auch wenn die Probleme um die HTBLA Kaindorf in absehbarer Zeit gelöst sind, dürfen wir aber nicht vergessen, daß wir noch weitere Verbesserungen im öffentlichen Verkehr brauchen. Die Menschen brauchen nicht nur gute Verkehrsverbindungen nach Graz, der öffentliche Verkehr muß auch die Querverbindungen zu den Bezirksstädten schaffen, daher brauchen wir Nahverkehrskonzepte für ganze Regionen.

Und diesbezüglich habe ich bereits vor einiger Zeit einen Antrag im Landtag eingebracht. Leider ist der Verkehrsverbund, der seinerzeit noch von Frau Klasnic eingeführt wurde, in unserer Region nur ein Tarifverbund, und Landesrat Ressel wird noch viel Arbeit haben, um aus den bestehenden Strukturen einen wirklich funktionierenden öffentlichen Verkehr auch im südlichen Bereich der Steiermark zu installieren. (Beifall bei der SPÖ. – 20.34 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lopatka. Ich erteile es ihm.

Abg. Dr. Lopatka (20.34 Uhr): Die SPÖ tut sich mit dem Thema Verkehr schwer, seit ihr Landesrat Joachim Ressel in der Landesregierung auch für diesen Bereich verantwortlich ist. (Abg. Gennaro: „Der einzige, bei dem etwas weitergeht!“) Zuvor hatten die Sozialdemokraten der ÖVP beim Aufbau des Verkehrsverbundes einerseits jahrelang Hindernisse in den Weg gelegt, andererseits ständig neue Forderungen gestellt. (Abg. Gennaro: „So lange braucht er nicht wie die Frau Landeshauptmann!“)

Das sind nicht meine Worte, sondern das war in einer steirischen Tageszeitung zu lesen. Ich glaube, daß diese Kurzanalyse stimmt. In der SPÖ stand jahrelang beim Thema Verkehrsverbund nicht die Sache im Vordergrund, sondern in Wirklichkeit hat man dabei ein Feld für die politische Auseinandersetzung gesehen. (Abg. Schrittwieser: „Ein Kampf!“) Das hat man auch deutlich gemerkt bei den Zitaten, die Kollege Löcker heute hier nochmals uns zu Gemüte geführt hat. Und darin liegen auch die Wurzeln für die vielen Probleme, die heute angesprochen worden sind. Denn ich darf diese Aussagen, die hier in der „Kleinen Zeitung“ zitiert worden sind, Hindernisse in den Weg legen und ständig neue Forderungen stellen, ganz kurz anführen. In Wirklichkeit könnten wir schon viel weiter sein, wenn nur das Miteinander damals funktioniert hätte. Man hat es ja auch heute deutlich gesehen, es hat niemanden von der SPÖ-Seite gegeben, der auch nur ein positives Wort für die Bemühungen der heutigen Frau Landeshauptmann gefunden hat, als ob sie nichts gemacht hätte in diesem Zusammenhang. (Abg. Schrittwieser: „Das habe ich nicht gesagt!“) Nein, aber es hat niemand der Mühe wert gefunden, auch nur mit einem Wort das zu erwähnen, was in dieser Zeit geschehen ist. (Abg. Schrittwieser: „Es war mir klar, daß du das machst, ich wollte nichts vorwegnehmen!“) Okay, gut, ich hoffe, daß du das auch so

siehst, wie ich es sehe, daß sehr wohl hier Vorarbeiten geleistet worden sind. In Wirklichkeit ist das erste Hindernis schon 1990 aufgebaut worden, weil damals war es ja so, daß der damals zuständige Finanzreferent, heutige zuständige Verkehrsreferent, fast ein Jahr lang das notwendige Grundkapital für die Gesellschaftsgründung nicht bereitgestellt hat, so konnte erst 1991 die Verkehrsverbundgesellschaft den Betrieb aufnehmen. Erstmals war wertvolle Zeit verlorengegangen. Im April 1992 sind dann wieder neue Forderungen seitens der SPÖ gekommen, da wurde nämlich der Tarif in der Regierung mit der Begründung zurückgestellt, alle steirischen Regionen müßten gleichzeitig den Verbund bekommen. Hätten wir damals dieser Vorgangsweise zugestimmt, hätte heute noch niemand den Verbund. So haben wir wenigstens im Großraum Graz schon einige Zeit eines meines Erachtens ganz gut funktionierenden Verkehrsverbund. Gott sei Dank hat dann die SPÖ dieser Vorgangsweise zugestimmt, aber es war wieder wertvolle Zeit verlorengegangen.

Es hat dann noch einmal eine Verzögerung gegeben, weil die Forderung aufgetaucht ist, was Schülerfreifahrten betrifft und die Pensionistenregelungen, daß das geklärt werden müßte. Schließlich ist es aber dann doch gelungen, auch die Finanzierungszusage des Bundes herbeizuführen. Dann ist das nächste Problem aufgetaucht, die Gemeinden miteinzubeziehen. Kollege Schrittwieser, es wäre damals vielleicht auch schneller gegangen, wenn auch Kollege Ressel bereit gewesen wäre und nicht nur die heutige Frau Landeshauptmann alleingelassen hätte, als es um diesen Brief an die Bürgermeister gegangen ist, daß sie auch bereit sind, ihren Beitrag zu leisten. Das ist leider nicht geschehen. Kollege Löcker hat ja heute den SPÖ-Verkehrssprecher Schrittwieser schon zitiert, wie massiv damals die SPÖ für den Verkehrsverbund eingetreten ist. In der letzten Zeit ist man hier ziemlich leise gewesen. (Abg. Schrittwieser: „Man muß dem neuen Referenten Zeit geben!“ – Abg. Vollmann: „Nach dem Motto, schreien allein hilft nichts!“) Ja, ich hoffe aber sehr, ja, ich werde mir das merken. Ich hoffe aber sehr, daß wir nun letztendlich am 1. März doch zu einer gemeinsamen Lösung kommen und dieser Verkehrsverbund tatsächlich seine Arbeit aufnehmen kann.

Ich darf nur eines abschließend sagen. Ich glaube, daß sich im letzten Jahr und durch die Verzögerungen im letzten Jahr diese Kritik, die seinerzeit an Waltraud Klasnic geäußert worden ist, sich von selbst gerichtet hat. Jetzt sollten wir gemeinsam versuchen, diesen Verkehrsverbund bestmöglich zu gestalten, denn die Rahmenbedingungen sind schwieriger geworden, die Post ist vorher erwähnt worden, die Bundesbahnen. Hier sind wir wirklich gemeinsam gefordert, dann auch dafür Sorge zu tragen, daß dann nicht nur ein Verbundsystem da ist, aber die notwendigen Linien fehlen. Denn wenn ich nur an meinen Bezirk Hartberg denke, es sind täglich 1600 – auch ich bin einer davon –, die nach Graz pendeln, und wir haben allein aus unserem Bezirk insgesamt 3600, die täglich auspendeln. Es werden nicht alle sein, die ein Verbundsystem für sich in Anspruch nehmen können, aber es wird ein hoffentlich hoher Prozentsatz sein. Daher sollte es unser gemeinsames Interesse sein, hier gemeinsam vorzugehen und das Lob nicht nur einseitig

zu verteilen. Ich glaube, die Aufbauarbeit von Frau Landeshauptmann Waltraud Klasnic und die Fortsetzung von Landesrat Joachim Ressel haben unsere Unterstützung verdient. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 20.40 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Purr, dem ich das Wort erteile.

Abg. Purr (20.40 Uhr): Ich muß mich deshalb zu Wort melden, weil es den Anschein erwecken könnte, es wäre mir langweilig geworden, und ich würde mir unbedingt einen Zug suchen, auf den ich aufspringen sollte.

Herr Kollege Kröpfl, ich darf dazusagen, seit vielen Jahren bemühe ich mich im Bezirk Deutschlandsberg gemeinsam mit „deinen Vorgängern“ um bessere Straßenanbindungen, bessere Verkehrsverbindungen, und ich darf auch sagen, das mit Erfolg. Auch in der Sache Pyhrnanbindung, wie es in der Zeitung zum Ausdruck kommt, ziehe ich hier an einem Strang mit deinem Parteiobmann, mit dem Bürgermeister der Stadt Deutschlandsberg, da trennt uns nichts. Wenn du glaubst, daß das der Stil ist, sich da herzustellen und mir vorzuwerfen, ich springe auf einen Zug auf, dann wünsche ich dir für diese Zusammenarbeit in Zukunft alles Gute. Herr Kollege Kröpfl, ich zitiere die Zeitung, die Bezirke müssen untereinander besser vernetzt werden, so der „Steirer“, infolgedessen kann man auch die Forderungen nach einem Anschluß an die Pyhrnautobahn aufs Tapet bringen. Auch das leidige Thema um die HTBLA Kaindorf wurde zur Chefsache erklärt, die Schüler sollen endlich die Möglichkeit haben, ohne mehrstündigen Aufenthalt zu sein, so Purr, allerdings müßte zuvor mit dem zuständigen Referenten verhandelt werden. Eines steht fest bitte, die Leute haben sich an dich gewandt, niemals an mich. Daß du dort nicht vorangekommen bist, ist nicht mein Problem, daß ich aber gerne in dieser Sache hilfreich bin, so ist es zu verstehen. Glück auf! (Beifall bei der ÖVP. – 20.41 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir kommen zu zwei Abstimmungen.

Erstens: Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die einstimmige Annahme.

Zweitens: Die Damen und Herren, die dem Beschlusantrag der SPÖ und ÖVP, betreffend Nahverkehrsvertrag und Nahverkehrsgesetz, zustimmen, ersuche ich um ein Händenzeichen.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

15. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 212/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Anlegung von Vergleichs- und Weiserflächen als Basis bei der Festlegung der Wildabschüsse und für die Erstellung der Waldverjüngungszustandserhebung.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Franz Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Riebenbauer (20.43 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich kann mir die Einleitung ersparen. Ich brauche den Präsidenten nicht zu wiederholen. Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag, Einl.-Zahl 212/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Anlegung von Vergleichs- und Weiserflächen als Basis bei der Festlegung der Wildabschüsse und für die Erstellung der Waldverjüngungszustandserhebung, wird im Sinne des Ergebnisses der Parteienverhandlungen abgelehnt.

Ich ersuche um Zustimmung. (20.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke!

Als erster zum Wort gemeldet ist der Herr Berichterstatter. Bitte!

Abg. Riebenbauer (20.44 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Hätten wir die Luft von dem, über das wir jetzt reden, wäre es uns wahrscheinlich allen sehr angenehm, Waldluft wäre momentan das Beste für das gesamte Hohe Haus und würde uns alle erfrischen.

Zu dem Antrag der Grünen und Liberalen bezüglich zusätzliche Errichtung von Weiserflächen darf ich folgendes ausführen. Der Ernst dieses Antrages, Frau Mag. Zitz, wurde von uns in Frage gestellt, als wir zur Kenntnis nehmen mußten, daß keine Abgeordnete oder kein Abgeordneter der Grünen zu den Parteienverhandlungen erschienen war, obwohl rechtzeitig eingeladen wurde, und sich niemand entschuldigt hat. Ich möchte das auch einmal hier klar und deutlich feststellen, weil wir alle enttäuscht waren. Im Zuge dieser Parteienverhandlungen wurde dieser Antrag ausführlich diskutiert. Der Dr. Wabl ist, glaube ich, im Wald, hast recht.

Herr Landesforstdirektor Kahls informierte uns, daß jene Daten, die dem Antrag der Grünen zugrunde lagen, nicht mehr ganz aktuell waren. Der Waldbericht 1994 des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft beruht grundsätzlich, bitte, auf Schätzungen. Deshalb wurde im Jahr 1995 in der Steiermark begonnen, ein rastermäßiges Stichprobenetz einzurichten. Darüber hinaus wurden in der Steiermark seit Jahren Kontrollflächen angelegt. Dieses Netz von Kontrollflächen wurde in der Steiermark über alle Bezirke verstreut eingerichtet. Natürlich besonders dort, wo der Verbiß sehr hoch war. Diese Flächen – 360 an der Zahl – wurden mit Hilfe von Landes- und Bundesmitteln finanziert. Die Ergebnisse wurden im Waldbericht 1994/95 dargestellt.

Und wenn man jetzt wieder sagt, die Verbißschäden sind sehr hoch, so muß ich fairerweise dazusagen, daß natürlich auch alle älteren Verbißschäden, wenn sie auch schon zehn oder 15 Jahre zurückliegen, da mit eingerechnet werden. In jenen Gebieten, wo die Ergebnisse nicht zufriedenstellend waren, wurden von der Forstbehörde selbstverständlich Gegenmaßnahmen getroffen. Dies, sehr geehrte Frau Kollegin Zitz, wurde Ihnen alles im Protokoll mitgeteilt, aber Sie haben das anscheinend ignoriert. Ich bin kein Jäger – um das vorauszuschicken –, und aus meiner Sicht als

Gemeindebauernobmann kann dieses Problem nur regional, das heißt örtlich gelöst werden.

Bei den alljährlichen Abschußplanbesprechungen, bei denen ich schon 15 Jahre dabei bin, haben Kammer und Bauernvertreter die Möglichkeit, auf die Höhe des Abschusses Einfluß zu nehmen. Man kann sich das, wenn man will, ausreden. In unserer Region ist es zurzeit so, daß die Abschußpläne nicht erfüllt werden können, da der Rehwildbestand leider zu gering ist. Und daß das Rehwild ein fremdes Wild für unsere Region ist, habe ich in diesem Antrag das erste Mal gelesen.

Jagd, meine geschätzten Damen und Herren, ist ein Ausfluß von Grund und Boden. Unsere Bauern bekennen sich zu einem vernünftigen Wildbestand. Wald und Wild haben auch, wenn man will, nebeneinander Platz. Herr Dipl.-Ing. Getzinger, das gilt auch für dich, wenn du auch dazu lachst. Ich weiß nicht, ob du überhaupt ein Reh kennst.

Die Jagd ist in unseren Regionen auch ein wirtschaftlicher Faktor. Das, glaube ich, müssen wir alle zur Kenntnis nehmen. Ich nehme es mit Freude zur Kenntnis. So manche Gasthäuser hätten weniger Geschäft, wenn es die Jagd nicht geben würde. (Abg. Ing. Löcker: „Jägerlatein!“) Das Jägerlatein gehört natürlich dazu, selbstverständlich, das ist Volkskultur in Reinkultur, liebe geschätzte Damen und Herren.

Ich bin, so wie viele meiner bäuerlichen Berufskollegen, überzeugt, daß die Landesforstbehörde sehr wohl auf der Hut ist, um erhöhten Verbiß zu vermeiden. Auch die Jägerschaft ist auf der Hut, denn wenn erhöhte Wild- und Verbißschäden sind, dann geht es ihnen selbst zur Kasse. Das wissen wir alle sehr genau.

Noch ein Satz. Die Erfüllung Ihres Antrages würde der Steiermark allein 20 Millionen Schilling kosten und trotzdem dieses Problem nicht lösen, weil es nur regional lösbar ist.

Ich persönlich als Bauer freue mich, wenn ich auch ein Reh sehe. (Abg. Gennaro: „Ich auch!“ – Abg. Vollmann: „Mit dem Unterschied, daß wir es anschauen, und du mäht es nieder!“) Weniger freue ich mich, wenn ich einen Hirsch sehe, weil das ist ein Problem.

Deshalb ist es nicht in unserem Sinn, das Rehwild auszurotten. (Abg. Gennaro: „Hirsche gibt es eh genug!“) Das kommt darauf an, mit vier oder zwei Füßen. Schau einmal in den Spiegel, was du siehst.

Es geht uns um die Verbißschäden. Ein guter Kontakt und ein gutes Einvernehmen, und jetzt wirklich noch einmal abschließend zum Ernst der Sache, zwischen Bauern und Jägern löst eher ein Problem, als wir es durch ein Gesetz ermöglichen können. Deshalb ersuche ich um Zustimmung für diesen Antrag. (Allgemeiner Beifall. – 20.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (20.50 Uhr): Das Temperament vom Kollegen Riebenbauer werde ich mit Sicherheit nicht erreichen, und ich nehme an, daß Sie mir dafür auch dankbar sein werden zu dieser späten Stunde.

Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß dieser Antrag, den wir eingebracht haben, kein Antrag ist,

der rein von den steirischen Grünen forciert worden ist, sondern daß in Oberösterreich bereits seit einigen Jahren das Gesetz ist (Abg. Riebenbauer: „Ohne Erfolg!“), was wir in diesem Antrag vorgeschlagen haben, und daß auch die SPÖ, nämlich einer unserer Landtagsvorgänger, der Abgeordnete Zellnig, im Rahmen seiner Vorschläge ebenfalls gemeint hat, daß man Vergleichs- und Weiserflächen braucht, um draufzukommen, wie stark der Verbiß tatsächlich die jungen Pflanzen im Wald schädigt.

Die ÖVP, wie gesagt, hat in Oberösterreich bereits Initiativen in diese Richtung gesetzt. Ich habe da auch einen Artikel aus einer sehr unverdächtigen Zeitung, nämlich aus der „Österreichischen Forstzeitung“ – traditionell ÖVP-dominiertes Blatt –, die recht freudig feststellt, „Oberösterreichs Weg in der Wald-Wildfrage“, und da eine große Kapitelüberschrift hat: „Vergleichs- und Weiserflächen als Bewertungsgrundlage“. Und unten ist dann angeführt: „Die erhöhten Rehwildabschüsse führen bei mehr als der Hälfte dieser Jagdgebiete zu einer Verminderung des Verbisses, etwa ein Drittel blieb gleich, und nur bei einem Sechstel verschlechterte sich die Verbißsituation.“ Unverdächtige Quelle – Situation in Oberösterreich – zitiert aus der „Österreichischen Forstzeitung“.

Daß Wildschadenskontrollzaunsysteme auch in Vorarlberg bekannt und dort seit einigen Jahren in die Tat umgesetzt sind, das belegt dieses Dokument. Das ist auch den Leuten zugestellt worden, die sich in Vorbereitung für den Antrag offenbar recht gut miteinander vernetzt haben. Da wird auch ganz klar, daß diese Kontrollsysteme im Rahmen von Vergleichs- und Weiserflächen eine gute Handhabe sind, um zu zeigen, wie der Jungwald gedeihen kann, wenn Rehwild nicht dazukommt.

Es hat sich zu meiner Überraschung der Kollege Riebenbauer sehr kritisch geäußert, weil wir in unserem Antrag angeführt haben, daß Rotwild und Rehe im speziellen in der Oststeiermark lange Zeit fremdes Wild gewesen sind. Das stimmt tatsächlich, weil einfach früher in dieser Region ganz andere Wildarten, nämlich eher Niederwild, unterwegs waren. Das hat für uns jemand sehr genau recherchiert, der auch aus der Oststeiermark kommt. Daß dieser Antrag von der ÖVP und leider auch von der SPÖ und von den Freiheitlichen im Landwirtschafts-Ausschuß nicht angenommen wurde, das finde ich recht traurig, weil das tatsächlich Gelegenheit geben würde, politisch in der Steiermark das umzusetzen, was auf der Bundesebene von Ihrem zuständigen Minister Bartenstein gefordert wird: nämlich, daß man endlich hergeht und den Wald in einer Art und Weise gedeihen läßt, daß er nicht beschädigt wird durch zu große Populationen an Wild beziehungsweise was auch im „Grünen Bericht“ des Landes Steiermark in der Ausgabe 95 vorkommt, nämlich große Verbißschäden, beziehungsweise was auch im Nationalen Umweltplan, produziert von Bartenstein und Co., vorkommt. Und zu meiner Freude auch das Land Steiermark selbst, hier haben wir eine aktuelle Publikation der Landwirtschaftskammer, Arbeitsprogramm für Land- und Forstwirtschaft in der Steiermark 1996 bis 2001. Auch in dieser Publikation wird angeführt bezüglich Wildschäden: „Die Steiermark zählt nach wie vor zu den am stärksten geschädigten Gebieten Österreichs.“

Unser Antrag war gedacht, daß man einerseits die Vorarlberger und die oberösterreichische Initiative mit Vergleichs- und Weiserflächen aufnimmt, in die Steiermark transportiert und umsetzt, und daß man andererseits Publikationen aus der schwarzen Reichshälfte, nämlich aus dem Agrarbereich und aus dem Forstbereich, so ernst nimmt, daß man die Kritik an Verbissen, die gerade auch Bauern sehr, sehr stark schädigen, oder auch Forstwirte sehr, sehr stark schädigen, so ernst nimmt, daß man endlich in der Steiermark diese Vergleichs- und Weiserflächen einführt. Dieser erste Antrag war leider ein Fehlschlag. Wir werden den Landtag mit diesem Thema in der uns eigenen freundlich-nachhaltigen Weise wieder befassen, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit. (20.55 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Kaufmann. Ich erteile es ihr.

Abg. Kaufmann (20.55 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Frau Zitz, ich muß ganz ehrlich sagen, ich verstehe Sie nicht ganz oder haben Sie jetzt nicht verstanden, die Ausführungen des Herrn Kollegen Riebenbauer. Die Vergleichs- und Weiserflächen gibt es bereits. Es gibt 320 Stellen – (Abg. Mag. Zitz: „Warum schreibt man das nicht in den Bericht hinein? Das wäre die logische Antwort auf unseren Antrag.“) Bitte, so wie jeder Abgeordnete haben auch Sie die Möglichkeit, Frau Zitz, Informationen einzuholen. Es gibt auch so etwas wie eine Holschuld. Also, man muß nicht alles kriegen, sondern auch wir müssen uns sehr oft Informationen holen. (Abg. Mag. Zitz: „Aber deswegen stelle ich ja den Antrag!“) Frau Zitz, ich verstehe Sie nicht ganz. Sie haben jetzt die Möglichkeit gehabt zu reden, eigentlich möchte ich jetzt reden. Darf ich Ihnen sagen, Sie haben als Grundlage ein paar Zahlen, die auch mich sehr verwundern. Sie haben zum Beispiele die Abschüsse, die gezählten Rehabschüsse aus dem Jahre 1908, und vergleichen die dann mit den Jahren 1994/95. Jetzt ist das eine Basis, die eigentlich eher komisch wirkt, weil jeder weiß, daß im Jahr 1908 großteils die Jagd in Adelhänden war und praktisch nur einer bestimmten Gruppe die Jagd möglich war und auch der Besitz der Jagd nur in bestimmten Händen war. Die haben sicher keine Ursache gehabt, die Abschüsse zu zählen, außer vielleicht für irgend eine Chronik oder für ihre eigenen Verwendungszwecke. Und dann wissen Sie auch sehr genau, daß im Jahre 1908 sicher sehr viele Rehe oder sehr viel Wild im Kochtopf gelandet ist. Sicher nicht aus erlaubten Abschüssen, sagen wir es einfach so, sondern einfach einer Not gehorchend. Also, Frau Zitz, die damals gezählten Abschüsse mit der jetzigen Zeit zu vergleichen ist meiner Meinung nach eine unseriöse Basis.

Das Zweite ist auch das fremde Wild. Sie werden überall nachlesen können, daß Rotwild und Rehwild eine autochthone Wildart ist, das heißt, eine bei uns heimische Wildart, die ist weder eingeführt, noch eingesetzt, noch sonst was, sondern wird es immer geben in der Steiermark. Mag sein, daß vielleicht in der Untersteiermark ein bißchen weniger oder mehr ist,

nur, es ist auf gar keinen Fall eine fremde Wildart. Es mag schon sein, daß es zum Teil, und das kann ich auch berechtigt sagen, Überbestände gibt. Aber das ist von Revier zu Revier verschieden, das ist von Region zu Region verschieden. Man bemüht sich durch Gespräche, und da kommt es auch immer auf die Bereitschaft der Pächter und der Verpächter, miteinander zu reden, an. Das heißt, wenn die beiden sich zusammenschalten, dann funktioniert das meistens.

Eines muß ich Ihnen auch sagen, Frau Zitz, keinen Verbiß, keine Fegeschäden, keine Schältschäden wird es dort geben, wo es kein Wild gibt, und dann ist es ein toter Wald. Ich weiß nicht, ob das das ist, was Sie wollen. Überhaupt hat es mich verwundert, daß Sie – gerade Sie als Tierschützerin, wie ich Sie jedenfalls eingeschätzt habe – jetzt sagen, die einzige und die beste Möglichkeit ist, Wild zu erschießen. Darf ich Ihnen sagen, daß es andere Möglichkeiten auch noch gibt. Daß es auch andere Gründe gibt, warum das Wild verbeißt, das ist zum Teil, weil das Wild nicht mehr den Lebensraum hat, den es gehabt hat. Ich weiß nicht, man kann reden, Sie lachen, Sie haben einfach eine Meinung, eine vorgefaßte, von der gehen Sie nicht ab. Sie sind nicht einmal bereit zuzuhören, Sie sind nicht bereit hinzugehen zu den Verhandlungen, Sie sind nicht bereit, dort eine Information einzuholen, Sie sind nur bereit herauszugehen und aus Prinzip auf einem Antrag stehenzubleiben. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich wollte bestimmt nicht so scharf werden, aber irgendwie irritiert mich das, wenn Sie ein Problem haben und da draußen sagen, da kann man darüber reden. Ich werde Ihnen meine Sicht dazu sagen, aber wenn Sie drinnen sitzen und nur lachen, dann frage ich mich, wofür ist das überhaupt, dann ist das eigentlich unnötig.

Und gerade Sie, wo Sie eigentlich diejenige sind, die hingeht und jetzt den Bauern sagt, den Forstmännern sagt, den Jägern sagt, daß die Grünen eigentlich die einzigen sind, die wissen, was für die Umwelt und für die Natur, das Beste ist. Genau diese drei Berufsgruppen arbeiten seit Jahrhunderten mit der Natur und in der Natur, und ich glaube, Frau Zitz, gerade die, die in der Praxis arbeiten, haben ein bißchen mehr Gefühl dafür als Sie. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.)

Ich habe schon gesagt, der Abschuß ist nur eine Möglichkeit, und sicher nicht die beste. Für das Wild ist der Wald ein Biotop, und auch das ist schützenswert. Ich glaube, man sollte dem Wild einen Lebensraum schaffen, daß es die Möglichkeit hat, einen Einstand zu finden und eine Ruhe zu finden. Die Öffnung des Waldes, die ich bestimmt nicht zurücknehmen oder zurücktreiben oder was immer will, also nicht mir das jetzt in den Mund zu legen, hat sicher auch Nachteile mit sich gebracht. Das Wild hat keine Ruhe mehr, das Wild ist zum Teil durch Streß zum Verbeißen und aus Langeweile zum Schälten gezwungen, weil es dort einstehen muß in einem Bereich, wo zum Beispiel gerade Rotwild einen irrsinnig großen Bereich zum Ziehen braucht.

Darf ich Ihnen vielleicht sagen, daß ein Rotwild rund 5000 Hektar braucht zum Herumziehen, Herumwandern, ich weiß nicht, ob ich das fachlich richtig ausdrücke, ich weiß nicht, ob Wandern der richtige Jägerausdruck ist. Aber es war keine Seltenheit, daß man

einen Auhirsch aus Graz-Umgebung in der Radmer drinnen geschossen hat, weil eben das Wild so weit herumgewandert ist. Das ist jetzt unmöglich, das Wild hat die Möglichkeit nicht mehr. Ich glaube, es gehört auch zu den Pflichten – ich habe selbst Wald und ärgere mich oft sehr, wenn ich Verbißschäden sehe, und ärgere mich oft sehr, wenn die Waldgemsen rund ums Jahr verbeißen, das werden Sie wahrscheinlich nicht wissen, was das ist, ich würde nicht sagen nicht verstehen, weil Sie wollen es, glaube ich, nicht verstehen, ich ärgere mich sehr oft, aber mir ist auch lieber, der Wald lebt, und es hält sich ein bißchen das Gleichgewicht. Das Gleichgewicht kann aber schnell verrutschen, aber ich glaube, daß es auch andere Möglichkeiten gibt, als einfach zu sagen, die Abschlußpläne sind zu erhöhen, und das Wild ist praktisch auf so ein Minimum zu dezimieren, daß es keinen Verbiß mehr gibt. Wie gesagt, das wird es nicht geben, das kann ich nur dann machen, wenn ich es ausrotte. Danke! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 21.03 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Das Schlußwort hat der Herr Landesrat Pörtl.

Landesrat Pörtl (21.03 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es schadet gar nicht, wenn an so einem späten Abend noch einmal eine Diskussion über eine Frage aufflammt, bei der die meisten gar nicht wahrnehmen, was sich draußen in den Wäldern, Revieren abspielt, in den leidenschaftlichen Bereichen der Jägerschaft auf der einen Seite, und auf der anderen Seite genauso leidenschaftlich die Forstwirte ihre Positionen seit Jahrhunderten einnehmen. Ich bin sehr dankbar, daß die Frau Kollegin Kaufmann und der Kollege Riebenbauer eine sehr fundierte Sicht der Wirklichkeit dargestellt haben. Die Frau Kollegin Zitz ist da wirklich in die Falle hineingetappt, habe ich das Gefühl, weil das kann passieren, ich will das nicht nachtragen. (Abg. Mag. Zitz: „Dazu habe ich aber eine Frage. Mir ist jetzt sehr viel unterstellt worden. Wenn es wirklich so viele Vergleichs- und Weiserflächen bereits gibt in der Steiermark, warum schreiben Sie keine Regierungsvorlage, wo drinnen steht, Frau Zitz, Ihr Antrag ist um Jahre zu spät. Ich verstehe es nicht!“) Frau Kollegin Zitz, genau das will ich sagen. Falle Nr. 1 ist das, wenn im Ausschuß beschlossen wird, Zuweisung an die Regierung, dann kriegt's ihr einen Bericht. Wenn im Ausschuß beschlossen wird, Parteienverhandlungen zu machen, dann gibt es Parteienverhandlungen mit einem Ergebnis und Diskussion im Raum. Das ist das Faktum. Wir wollten ja das der Regierung zuweisen, aber, kannst nichts machen, in der Demokratie gilt die Mehrheit, daher ist das gar kein Elend.

Ich war sehr beeindruckt von der Sachlichkeit aller Fraktionen, mit Ausnahme Ihrer Fraktion, wie man das abwickelt. Aber ich will da nicht zündeln, nur, eines steht schon fest, dezidiert im Waldzustandsbericht steht, daß 63 Prozent der Bestände nicht verbissen sind. Und Sie nehmen irgendeinen Österreich-Bericht her, wo so grob drübergewischt wird, aus irgendwelchen Statistiken. (Abg. Mag. Zitz: „Von Ihrem Lieblingssteirer, dem Minister Bartenstein!“) Aber daß Sie so oberösterreich- und vorarlbergnarrisch sind, ist mir neu. Wir leben schon da. Sie kennen mich, ich

kann nicht raus aus meiner Haut. Ich bin noch dazu rechtshändig nicht so schlagfertig, aber sonst fehlt mir im Grunde nichts. Nur, wenn man den Antrag durchliest, wie einfach man das strickt, es ist nur schade, daß wir hier nicht mehr Publikum haben, wenn man Vergleiche nimmt von der Monarchie, und dann schreibt man hinein, wie viele Rehe niedergeführt werden, dann möchte ich zur Information auch den Kfz-Bestand einmal gegenüberstellen. Es schadet auch nichts, daß man diese Entwicklung einmal sieht. Im Jahr 1920 hat es in der Steiermark 1370 Kfz-Anmeldungen gegeben, und jetzt – 1995 – sind wir bei fast 800.000 Zulassungen.

Das ist in Wahrheit ein Teil, wo wir eingreifen in die Lebensräume unseres Wildes. Daher ist viel Intelligenz und auch Kooperation gescheiter, mit dem Tourismus, mit den Freizeitinteressen und vor allem aber auch mit der Forstwirtschaft. Es gibt klassische Modelle, wo das funktioniert. Es gibt aber auch Konflikte. Wenn Sie einmal gewisse Zeitschriften oder Informationen lesen, steht zum Beispiel drinnen, in Fachzeitschriften, der Kahls will überhaupt kein Wild mehr haben, wenn ich das jetzt so vulgär sage. Das heißt, der Landesforstdirektor ist der Feind des Wildes. Genau das Gegenteil, was uns sozusagen unterschoben hätte werden sollen.

Wir haben die 320 Flächen. Ziel ist, 1000 Weiserflächen zu haben. Wir werden aber auch jene Flächen einnehmen über diese Kontrolle, die bereits privat ausgezäunt sind, weil das ja auch ebenfalls ein Ablesen des Waldzustandes möglich macht.

Ich bedanke mich bei allen Fraktionen, daß wir so ein emotionales Thema letzten Endes doch sehr sachlich und fundiert in der Gesamtdiskussion abhandeln haben können. Ich will mich nicht als Berater, Frau Kollegin Zitz, anbieten, aber wenn Sie uns genauer gefragt hätten, den Antrag hätten Sie gescheiter stellen können. Das ist der Endpunkt. (Beifall bei der ÖVP. – 21.07 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

16. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, Einl.-Zahl 331/4, Beilage Nr. 52, über den Antrag, Einl.-Zahl 331/1, der Abgeordneten Dietrich, Ing. Peinhaupt, Porta und Schinnerl, betreffend Steiermärkisches land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Dietrich (21.07 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Ich berichte über die Einl.-Zahl 331/4, Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 331/1, der Abgeordneten Dietrich, Ing. Peinhaupt, Porta und Schinnerl, betreffend Steiermärkisches land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft hat in seiner Sitzung am 14. und 28. Jänner 1997 die Beratungen über den obgenannten Antrag durchgeführt und hiebei Änderungen beschlossen. Da diese Änderungen von wesentlicher Bedeutung sind, war die Drucklegung der neuen Fassung dieses Gesetzesentwurfes erforderlich.

Der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft stellt daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle den nachstehenden Entwurf des Gesetzes, mit dem das Steiermärkische land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird, zum Beschluß erheben.

Gesetz vom ..., mit dem das Steiermärkische land- und forstwirtschaftliche Schulgesetz geändert wird.

Der Steiermärkische Landtag hat beschlossen:

Das Gesetz vom 23. November 1976, mit dem Regelungen des land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulwesens getroffen werden (Steiermärkisches land- und forstwirtschaftliches Schulgesetz), LGBl. Nr. 12/1977, zuletzt in der Fassung LGBl. Nr. 74/1995, wird wie folgt geändert:

Artikel I: Paragraph 88 Absatz 3 Ziffer 5 lautet: „5. zwei Vertreter aus dem Kreise der ernannten Schulleiter (Direktoren), die in einer von beamteten Referenten des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung für das land- und forstwirtschaftliche Schulwesen einberufenen Konferenz aller Schulleiter zu wählen sind.“

Artikel II: Dieses Gesetz tritt mit dem der Kundmachung folgenden Tag in Kraft. Danke! (21.10 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke.

Zum Wort gebeten hat die Frau Berichterstatterin. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (21.10 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag!

Die Zusammensetzung des land- und forstwirtschaftlichen Schulbeirates ist in einem Bundesgesetz geregelt, nämlich im BGBl. Nr. 317/1975. Demzufolge bestehen die stimmberechtigten Mitglieder des Beirates zu einem Viertel aus Parteienvertretern, entsprechend dem Kräfteverhältnis der politischen Parteien im Landtag, zur Hälfte aus gesetzlichen beruflichen Vertretungen auf land- und forstwirtschaftlichem Gebiet, und das letzte Viertel besteht aus den Lehrern an den land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen.

Also, bisher war es nicht unbedingt immer der Fall, daß die Direktoren in diesem Gremium vertreten waren. Ich glaube aber, gerade in Zeiten, wo die Entwicklung im landwirtschaftlichen Bereich sehr rasant vor sich geht, ist es wichtig, daß die Direktoren ihren fixen Platz in diesem Gremium haben.

Ich bin auch allen Fraktionen dankbar, die bereits im Ausschuß diesen Antrag unterstützt haben. Dankel (Beifall bei der FPÖ. – 21.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (21.12 Uhr): Ich möchte auf Grund der fortgeschrittenen Stunde in aller Kürze einen Beschlußantrag vorstellen. Er bezieht sich auch auf die Zusammensetzung des land- und forstwirtschaftlichen Schulbeirates, und zwar im Hinblick auf die Landtagsparteien.

Bei der Zusammensetzung des Beirates ist gemäß Paragraph 3 des Grundsatzgesetzes beziehungsweise Paragraph 88 des Steiermärkischen Ausführungsgesetzes auch auf das Stärkeverhältnis der Landtagsparteien Bedacht zu nehmen. Da nach diesen Gesetzesbestimmungen die Aufnahme eines Vertreters der kleinen Landtagsparteien mit beschließender Stimme ausgeschlossen erscheint, soll wenigstens ein Vertreter jener Landtagsparteien, die im Beirat nicht mit beschließender Stimme vertreten sind, mit beratender Stimme vertreten sein.

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Paragraph 88 Absatz 3 des Steiermärkischen land- und forstwirtschaftlichen Schulgesetzes, LGBl. Nr. 12/1977, in der zuletzt geltenden Fassung, wird um eine Ziffer 5 ergänzt.

Paragraph 88 Absatz 3 Ziffer 5 soll lauten:

Je ein Vertreter/eine Vertreterin jener Landtagsparteien, die nicht gemäß Paragraph 88 Absatz 1 Ziffer 2 mit beschließender Stimme vertreten sind.

Ich bitte um Unterstützung. Danke. (Abg. Gennaro: „Jetzt ist der Prof. Brügger schon nicht bei der Landtagssitzung, wie will der zu einer Beiratssitzung gehen?“ – Abg. Vollmann: „Vertreter ist immer gut, aber Abgeordnete müßten hingehen!“ – 21.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Ich bitte nur den Herrn Landesrat, das zu erläutern, weil der Beschlußantrag sonst unwidersprochen hingeht, und da gibt es verfassungsrechtliche Probleme.

Landesrat Pörtl (21.14 Uhr): Ich glaube, wir haben grundsätzlich kein Problem mit beratenden Mitgliedern. Ich glaube, wir müssen nur abklären, ob wir das mit einem Beschlußantrag gleich eine Gesetzesänderung abwickeln. Ich möchte nur bitten, daß man den Beschlußantrag jetzt in dieser Form abhandeln und in weiterer Folge die weiteren Schritte vorbereitet. (21.14 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke, Herr Landesrat. Meine Damen und Herren, Beschlußanträge können keine Gesetzesanträge sein, das kann nur über einen Ausschuß laufen. Es gibt daher bitte die Möglichkeit, daß Sie bitte so nett sind und den Beschlußantrag zurückziehen und ihn als Antrag einbringen.

Abg. Keshmiri: Ja gut, mache ich.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Gut, dann ist er hinfällig. Meine Damen und Herren, eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Jene Damen und Herren, die dem Antrag der Frau Berichterstatterin die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand – Gegenprobe.

Danke, das ist die einstimmige Annahme.

17. Bericht des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft über den Antrag, Einl.-Zahl 364/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Bundesforste.

Berichtersteller ist der Herr Abgeordnete Ing. Hans Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Kinsky (21.15 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der vorliegende Antrag zielt darauf ab, daß die Landesregierung an die Bundesregierung herantritt und diese auffordert, dafür Sorge zu tragen, daß im Bundesforstgesetz 1996 ökologische Zielsetzungen sichergestellt werden. Dieser Antrag wurde von den Grünen und Liberalen eingebracht. Er wurde ausführlich im Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft diskutiert. Der Ausschuß ist zu folgendem Ergebnis gekommen, und ich stelle dem Ergebnis gemäß folgenden Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen, die im Antrag, Einl.-Zahl 364/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri angeführten Punkte wurden größtenteils ins Bundesforstgesetz (Novelle, BGBl. Nr. 793/96) aufgenommen. Es erübrigt sich daher das Herantreten an die Bundesregierung. (21.15 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke dem Herrn Berichtersteller. Es liegt eine Wortmeldung vor, die Frau Abgeordnete Zitz, der ich es hiemit erteile.

Abg. Mag. Zitz (21.16 Uhr): Also zuerst, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, nachdem heute das Frauenvolksbegehren auf der Tagesordnung war auf Grund einer Anfrage von uns am Vormittag, würde ich mir wirklich wünschen, daß immer dann, wenn eine Frau oder eine Frau aus einer Minderheitenfraktion da nach vorne geht und Zwischenrufe, wie „kurz“ oder „sie redet schon wieder“ oder so etwas von Ihrer Seite kommen, daß das im Protokoll drinnensteht. Ich glaube erstens einmal, daß Männer sich das nicht so oft gefallen lassen müssen, und zweitens ist das eine, wenn auch unterschiedlich „charmant“ formulierte Art und Weise, daß man uns Frauen einfach entmutigen möchte, auch Minderheitenpositionen hier vorne zu vertreten. Wenn Sie Lust haben, das bei den Klubobleuten anderer Fraktionen zu machen, bei den großen Fraktionen, dann herzlich gerne, dann fühle ich mich gerecht behandelt. Aber ich muß sagen, mich nervt das wirklich ziemlich, und das lasse ich mir jetzt schon ein Jahr lang gefallen.

Ich möchte jetzt zurückkommen auf den Antrag, den wir eingebracht haben zum Bundesforstgesetz und möchte dazusagen, daß ich mich da von Herrn Landesrat beziehungsweise den anderen Abgeordneten im land- und forstwirtschaftlichen Ausschuß nicht gut informiert fühle: Und zwar einfach deswegen, weil die Umweltschutzverbände Österreichs genau die Position vertreten, wie wir es als Grüne in diesem unserem Antrag vertreten. Die Umweltschutzverbände Österreichs schreiben nämlich, daß die Verpflichtung der Österreichischen Bundesforste AG zur Gewinnmaximierung eine zentrale Aufgabe bei der Neustrukturierung der Bundesforste ist und diese zentrale Aufgabe sogar

den Rang einer Verfassungsbestimmung hat. Die Schwierigkeit ist, daß die ökologische Beauftragung dieser Aktiengesellschaft eine sehr deutliche Botschaft ist, wie gesagt im Verfassungsrang, aber gleichzeitig ein gleichwertiger ökologischer Auftrag nicht hinzugefügt wurde, sondern im Bundesforstgesetz nur sehr allgemein von ökologischen Zielsetzungen die Rede ist. Das heißt, dieser Antrag, den wir einbringen, ist ein Antrag, der sich eins zu eins mit dem deckt, was die österreichischen Umweltschutzverbände bei ihrer Stellungnahme zum Bundesforstgesetz 1996 eingebracht haben, nämlich, ich zitiere wieder „um die enorme Diskrepanz zwischen den ökonomischen Aufgaben und den weniger verbindlich formulierten ökologischen Zielen zu verringern“.

Auch wenn dieses Gesetz im Dezember durch den Nationalrat gegangen ist, es hat dort eine abweichende Stellungnahme von unserem Land- und Forstwirtschaftssprecher gegeben, der genau in die Richtung argumentiert, wie die Umweltschutzverbände beziehungsweise wie wir das in unserem Antrag versucht haben: Es ist einfach so, daß 15 Prozent der Gesamtfläche des österreichischen Waldes von diesem Gesetz betroffen sind. Wie gesagt, das Ausgliederungsgesetz beinhaltet diese neu zu schaffende Aktiengesellschaft, die dem Prinzip der Gewinnmaximierung als Aufgabe mehr verpflichtet ist als dem Ziel einer Ökologisierung der Bundesforste, die gleichzeitig sehr, sehr wichtig sind als ökologische Flächen, auch als Flächen, die ja immer wieder in Nationalparks umgewandelt werden oder in hochwertige Naturschutzgebiete. Ich weiß, daß Sie diesen Antrag nicht positiv annehmen werden, aber wie gesagt, motiviert dazu hat uns die Stellungnahme von allen Umweltschutzverbänden, auch vom steirischen Umweltschutz, und ich werde daher leider gegen das, was der Herr Berichtersteller vorher eingebracht hat, stimmen müssen. Danke. (21.21 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile es ihm.

Abg. Ing. Kinsky (21.21 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Frau Abgeordnete Zitz, nachdem Sie sich zum Beginn Ihrer Wortmeldung beschwert haben, wie unhöflich wir sind, möchte ich sehr höflich sein und möchte Sie gerne einmal in meinen eigenen Wald auf einen Spaziergang einladen, dann würde ich Ihnen gerne einmal zeigen, was heutzutage wichtig und entscheidend ist für eine Forstwirtschaft, die so betrieben wird, daß sie unseren Nachkommen und der Nachwelt auch erhalten bleiben wird. Und so muß ich Ihnen eines sagen: Das wichtigste Ziel, auch der Bundesforste, ist und bleibt ein Wirtschaftsunternehmen, das positive Ergebnisse abzuwerfen hat. Sie dürfen nämlich nicht vergessen, wieviel Menschen dort Arbeitsplätze haben. Wenn man allein in der Steiermark weiß, daß über die Urproduktion und alle Holzverarbeitenden Firmen 50.000 Arbeitsplätze bestehen, das ist die höchste Arbeitgeberbranche, die es überhaupt gibt, dann sieht man die wirtschaftliche Notwendigkeit. Wenn Sie heute die ökologischen Aufgaben und Zielsetzungen der Bundesforste anzwei-

feldn, dann kann ich Ihnen sagen, daß speziell die Bundesforste, die einen Großteil unserer steirischen Naturwasserquellen besitzen, diese in der Vergangenheit bis zum heutigen Tage mit äußerster Sorgfalt bewirtschaftet haben und Garanten sind, daß das in Zukunft auch so weitergeführt wird.

Es gibt in diesem neu beschlossenen Bundesgesetz eine ganze Palette – ich spare mir jetzt die Vorlesung – an Zielsetzungen, wo sehr wohl die ökologischen Gesichtspunkte enthalten sind. Aber nur mit Ökologie – andere wiederum fordern, daß alles nur mehr der Freizeitgesellschaft überlassen werden soll, das sind wieder andere Gruppierungen – ist ein Wald nicht zu erhalten. Auch der Bund hat in seiner neuen Form, in der ausgegliederten Aktiengesellschaft, die Aufgabe, die Bundesforste positiv in den Bilanzen zu gestalten.

Ich glaube, das müssen wir zur Kenntnis nehmen, und aus diesem Grund ist Ihr Antrag von meiner Warte aus abzulehnen. (Beifall bei der ÖVP. – 21.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Es gibt keine Wortmeldung mehr.

Meine Damen und Herren, wenn Sie dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, dann bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe. Jetzt wird es schön langsam eng.

Mit einer Gegenstimme, also mehrheitlich, angenommen.

Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

18. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über den Antrag, Einl.-Zahl 367/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Novellierung von Paragraph 71 Steiermärkisches Baugesetz 1995.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Ing. Franz Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Schreiner (21.24 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung hat in seiner Sitzung am 28. Jänner 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 367/1, betreffend die Novellierung von Paragraph 71 Steiermärkisches Baugesetz 1995 beraten und nachstehenden Beschluß gefaßt:

Der Ausschuß für Bau, Wohnbau und Raumordnung stellt den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Antrag, Einl.-Zahl 367/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend die Novellierung von Paragraph 71 Steiermärkisches Baugesetz 1995, wird abgelehnt.

Ich ersuche, diesem Negativantrag zuzustimmen. (21.25 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke.

Es liegt eine Wortmeldung der Frau Abgeordneten Zitz vor. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (21.25 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen!

Das war ein Antrag, mit dem wir versucht haben, einerseits den Baubereich in der Steiermark kostensparender zu gestalten durch Verzicht auf Garagen-

plätze, und andererseits einen kleinen Schritt in Richtung autofreieres Wohnen hin zu setzen. Es tut mir leid, daß keine Fraktion in diesem Haus bereit ist, dieses Umweltsanierungs beziehungsweise dieses „Sparpaket“ im Rahmen eines kostengünstigeren Bauens, das wir Grünen angeboten haben, zu unterstützen. Danke! (21.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nachdem nunmehr keine weitere Wortmeldung vorliegt, bitte ich um die Abstimmung.

Wer dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

19. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 357/1, der Abgeordneten Majcen, Tschernko, Posch und Alfred Prutsch, betreffend Atomkraftwerk Tschernobyl.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (21.27 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Vor mehr als zehn Jahren ereignete sich der folgenschwere Unfall in der Geschichte der zivilen Nutzung der Atomenergie.

Am Donnerstag, dem 19. September 1996, mußte die ukrainische Akademie der Wissenschaften zugeben, daß es am 16. September 1996 in dem seit 1986 zerstörten Block 4 der Reaktoranlage eine vier bis fünf Stunden lange nukleare Kettenreaktion gegeben habe. Nachdem die ukrainischen Behörden diesen Vorfall zuerst vehement dementierten, hieß es kurze Zeit später, daß die Wissenschaftler keine vollständige Kontrolle über das nukleare Brennmaterial in dem Kern hätten, wobei Experten vermuten, daß sich in dem Reaktorblock noch 90 bis 160 Tonnen radioaktiver Brennstoffe befinden. Auf Grund der neuen Berichte wäre die Ukraine aufzufordern, dringend detaillierte Informationen über das Strahlenrisiko in Tschernobyl zu liefern.

Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner Sitzung am 28. Jänner 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 357/1, der Abgeordneten Majcen, Tschernko, Posch und Alfred Prutsch, betreffend Atomkraftwerk Tschernobyl, beraten.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß der Atomreaktor in Tschernobyl möglichst rasch, und nicht erst im Jahre 2000, völlig abgeschaltet wird und die ukrainische Regierung die dringend erforderlichen Sicherheitsuntersuchungen durchführt und darüber berichtet. (21.28 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke dem Herrn Berichterstatter.

Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen, dem ich es erteile.

Abg. Majcen (21.28 Uhr): Meine Damen und Herren!

Ich glaube, wir müssen eigentlich alles, was wir tun können, tun, damit diese Tschernobyl-Katastrophe, die zwar jetzt schon elf Jahre her ist, aber noch immer uns in Erinnerung ist als eine der größten Atomkatastrophen bisher, nicht in Vergessenheit gerät. Wir sollten uns vom Land Steiermark aus sehr bemühen, daß die Bundesregierung das, was sie tun kann, unternimmt, um Tschernobyl so bald als möglich abzuschalten.

Es ist nach wie vor so, daß diese Reaktoren vom Tschernobyl-Typ RBMK 1000, die sonst auf der ganzen Welt nicht in Gebrauch stehen, als besonders anfällig bezeichnet werden und es ganz eindeutig so ist, daß wir eigentlich jederzeit damit rechnen müssen, daß dort wieder etwas passiert.

Wenn es also jetzt heißt, er wird vielleicht im Jahr 2000 abgeschaltet, dann weiß ich schon, daß wir nicht viel dazu tun können, daß das früher passiert. Wir können aber den Bund immer wieder auffordern, seine Möglichkeiten auszunützen, um für eine Abschaltung von Tschernobyl zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt einzutreten.

Das ist eigentlich das, was wir tun sollten und was wir immer wieder in Erinnerung rufen sollen. Ich bitte Sie daher sehr um Unterstützung. (Beifall bei der ÖVP. – 21.30 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (21.30 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Aus Anlaß des Unfalls im Herbst letzten Jahres zum wiederholten Male in Tschernobyl ein paar ergänzende Sätze, die uns Steirer etwas mehr betreffen.

Für uns ist die größte Gefahr das Atomkraftwerk Krško/Gurkfeld. Nur 120 Kilometer von Graz entfernt tickt diese Zeitbombe. Der Atommeiler Krško liegt direkt auf einer Erdbebenlinie, auf der nachweislich historisch belegt Beben bis zur Stärke 10 vorgekommen sind. Die im Frühjahr 1996 mit steirischer Hilfe durchgeführte Offensive zur Krško-Schließung brachte nicht den erwartenden Erfolg.

Dieser Antrag, der sich jetzt auf Tschernobyl beschränkt, soll daher durch einen Beschlußantrag ergänzt werden, mit dem Inhalt, die sofortige Stilllegung des Kernkraftwerkes Krško neuerlich zu fordern.

Bei einer Erdbebenkatastrophe in Slowenien im Raum Krško könnte der Reaktor beschädigt werden. Die mögliche freigesetzte Radioaktivität hätte verheerende Auswirkungen auf die Steiermark.

Es ist notwendig, wieder eine Initiative zu setzen, auch im Wissen, daß vor allem von den Sozialdemokraten in den letzten Jahren bereits mehrere ähnliche Anträge eingebracht wurden.

In der Hoffnung aber, daß gemeinsame Beharrlichkeit endlich einmal zum Erfolg führen möge, bringen die Abgeordneten List, Wiedner, Schinnerl und Ing. Peinhaupt sowie die Kollegen Majcen, Tschernko gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steier-

märkischen Landtages aus den angeführten Gründen folgenden Beschlußantrag ein:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß die slowenische Regierung das auf einer Erdbebenlinie gelegene Atomkraftwerk Krško umgehend schließt.

Wir ersuchen um allgemeine Zustimmung. (21.32 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Danke. Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Dr. Karisch, der ich es erteile.

Abg. Dr. Karisch (21.32 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin meinem Kollegen List für seine Wortmeldung sehr dankbar und möchte sie eigentlich vollinhaltlich unterstützen. Wir haben in diesem Haus schon oft über Krško/Gurkfeld gesprochen und schon oft Anträge eingebracht, von den verschiedensten Seiten her. Wir haben von der VP-Fraktion ebenso wie Kollegen von der SP einen Antrag auf Schließung hier eingebracht. (Abg. Vollmann: „Glauben Sie, daß jetzt was geschehen wird?“) Nein, ich fürchte, daß nichts geschehen wird, ich bin aber herausgekommen – ich habe es mir überlegt, noch einmal herauszukommen –, um das noch zu verstärken. Ich glaube, wir müssen immer wieder darauf hinweisen. Krško ist zwar ein hervorragend ausgestatteter Reaktor. Er ist ein Westinghouse-Reaktor mit einem Containment und hat den besten Standard, den man haben kann, nach westlicher Art, aber er steht, wie der Kollege List richtig gesagt hat, auf einer Erdbebenlinie, und das bedeutet für uns alle ein gewaltiges Risiko. Wir müssen gemeinsam – es gibt einen gemischten Ausschuß mit Kärnten, Kollege Getzinger ist auch dabei – versuchen, gemeinsam mit dem Bundesland Kärnten, aber auch der Bundesregierung, Slowenien und auch Kroatien ein Angebot zu machen, wie sie aus dieser Energie aussteigen können und wie sie diese Energie, diese gefährliche Energie, substituieren können. Es ist natürlich naiv zu glauben, daß das leicht geht. (Abg. Vollmann: „Das ist schon geschehen!“)

Nein, wir müssen ein Angebot machen. Kroatien und Slowenien sind in einer wirtschaftlichen Lage, wo sie ohne unsere Hilfe nicht darauf verzichten können, dieses Atomkraftwerk fahren zu lassen. Wir müssen eine Hilfestellung geben, das ist möglich. Es gibt österreichweit von Umweltorganisationen erstattete Vorschläge, die uns zeigen, daß dies verwirklichtbar ist.

Meine Damen und Herren, es gibt seit jüngster Zeit auch eine Studie der Energieverwertungsagentur zu Mohovce, und diese hat festgestellt, daß man allein durch Energiesparpotentiale in der slowakischen Industrie Mohovce schließen könnte. Man könnte substituieren. Es gibt einen konkreten Plan, Mohovce wäre verzichtbar. Kraftwärmekoppelungen in der Industrie, und man hätte das, was Mohovce erzeugt, eingespart. Es gibt diese Möglichkeit, es gibt diesen Weg, und ich möchte an uns alle appellieren, daß wir uns alle dafür einsetzen, daß wir so einen Weg

gehen und daß wir über unseren Schatten springen. Wir sind ein sehr reiches Land, aber wenn da unten etwas passiert, dann hilft uns unser Reichtum auch nichts. Wir könnten ohne weiteres eine Hilfestellung geben, Energie zu liefern beziehungsweise Know-how, wie man neue Energieträger unten aufbauen könnte. Ich bitte, dieses Thema doch ernst zu nehmen, auch wenn wir bisher damit immer erfolglos waren. Es geht um die Zukunft unserer Kinder! Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 21.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Getzinger, dem ich es erteile.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (21.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Freiheitlichen Partei kommt die Ehre zu, den 17. oder ist es der 18. Antrag, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für die Schließung von Krško einzusetzen, einzubringen. Wir müssen doch, glaube ich, vorsichtig sein, damit wir uns nicht sozusagen lächerlich machen als demokratisch gewähltes Gremium. Nichts gegen Beharrlichkeit, aber ich glaube, auch schon bisher hat der Steiermärkische Landtag in dieser Frage Beharrlichkeit bewiesen. Aus formalen Gründen kann man diesen Antrag natürlich nicht ablehnen, deswegen wird meine Fraktion selbstverständlich zustimmen. Ich glaube aber, daß wir uns künftig bei Anträgen in diese Stoßrichtung doch zurückhalten sollten und verstärkt substantielle Arbeit leisten sollten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ und ÖVP. – 21.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Wir haben nun über den Antrag des Herrn Berichterstatters und über einen Beschlußantrag der Abgeordneten der FPÖ und ÖVP, betreffend Atomkraftwerk Krško, abzustimmen.

Jene Damen und Herren, die dem Antrag des Berichterstatters ihre Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme.

Jene Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der Abgeordneten der FPÖ und ÖVP, betreffend Atomkraftwerk Krško, ihre Zustimmung geben, bitte ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Danke, das ist ebenfalls einstimmig angenommen.

20. Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 366/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Abfangjäger.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Peter Tschernko. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Tschernko (21.37 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung hat in seiner Sitzung am 28. Jänner 1997 über den Antrag, Einl.-Zahl 366/1, der

Abgeordneten Zitz, Wabl, Brünner und Keshmiri, betreffend Abfangjäger beraten. Bei dieser Abstimmung fand der gegenständliche Antrag nicht die Zustimmung der Ausschlußmehrheit.

Der Ausschuß für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung stellt als Ergebnis seiner Beratungen somit den Antrag, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Sicherheit, Einsatzorganisationen und Landesverteidigung über den Antrag, Einl.-Zahl 366/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dr. Wabl, Dr. Brünner und Keshmiri, betreffend Abfangjäger, wird zur Kenntnis genommen. (21.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann, dem ich es erteile.

Abg. Vollmann (21.38 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es scheint manchmal so, als ob uns die Zeit in manchen Bereichen einholt. Gerade jene, die gerade gemeint haben, laßt den Draken starten, sind jene gewesen, die sich damals vehement gegen die Stationierung dieses Drakens im Lande gewehrt haben. Ich habe mir heute das Sitzungsprotokoll der X. Gesetzgebungsperiode vom 14. Mai 1985 herausgeholt mit der Rede des Herrn Landeshauptmannes über die damalige Drakenstationierung im Lande Steiermark. Wenn ich mir manchmal heute die Meinungen diverser Mitglieder dieses Landtages anhöre, dann bin ich froh, daß sich diese Meinung verändert hat.

Meine Damen und Herren, wir haben uns als Sozialdemokraten stets und gerne dazu bekannt, daß die Landesverteidigung ein gemeinsames Anliegen nicht nur der politischen Vertreter dieses Landes, sondern natürlich auch der gesamten Bevölkerung ist. Es kommt nicht von ungefähr, daß die Frage der Sicherheit in diesem Lande bei allen Volksbefragungen an zweiter Stelle hinter dem Arbeitsplatz liegt. Die Frage der Sicherheit ist ein ganz natürliches Bedürfnis der Menschen, und daher natürlich auch dieses Bekenntnis zur umfassenden Landesverteidigung und zur allgemeinen Wehrpflicht und damit auch zum Präsenzdienst, der doch so oft in Zweifel gezogen worden ist, und das Bekenntnis von uns auch – weil wir wissen, was es heißt, wenn jemand Zivildienst hat – zur Frage des Zivildienstes.

Nun, wie sieht denn die Ausgangsposition in diesem Jahrzehnt im Endeffekt aus? Mit dem Ende des Kalten Krieges im Jahre 1989 hat sich für Europa eine ganz neue Perspektive ergeben. Alle Militärexperten des Westens sind sich einig, daß die massiven und unmittelbaren Bedrohungen, wie sie vorher waren, nicht mehr stattfinden, daß der Gegner, der früher im Osten gesessen ist, nunmehr von der Frage des russischen Militärpotentials maximal noch eine Stärke von 50 bis 70 Prozent dessen hat, was konventionelle Streitkräfte in Europa gegenüber 1995 am Niveau festzustellen haben. Wir wissen das auch. Die Frage der Wehrsetzung spielt ja mit den wirtschaftlichen Problemen im Osten eine große Rolle. Wir wissen, daß die Militärs in Rußland größte Probleme mit sich selber haben. Österreich hat durch das Bundesverfassungsgesetz

aus dem Jahre 1994 Vorsorge getroffen, der Europäischen Union beitreten zu können und an der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union auf Grund des Titels V des Vertrages über die Europäische Union mitwirken zu können. Das heißt aber auch mit anderen Worten, daß wir stets und jederzeit in ein eventuelles westeuropäisches Verteidigungssystem eingebunden werden können, eintreten können und damit teilhaben können. Ich rede nicht davon, daß wir es müssen, denn ein NATO-Beitritt oder ein WEU-Beitritt, wie er manchmal heute genannt wird, ist eine andere Frage und bedürfte unter Umständen, wie seinerzeit Landeshauptmann Krainer bei der Drakenanschaffung und -stationierung zum Ausdruck gebracht hat, einer Volksabstimmung. Man hat sie damals nicht gemacht, ob sie zukünftig stattfindet, weiß ich nicht.

Aber eines, meine Damen und Herren, sollten wir nicht tun, aus lauter Jux und Tollerei – und verstehen Sie mich nicht falsch – heute eine Entscheidung zu treffen für ein Gerät, das unter Umständen in ein europäisches Verteidigungssystem überhaupt nicht hineinpaßt. Und wenn wir denken, daß gerade wir Steirer uns am meisten dagegen gewehrt haben, daß diese Kampfflugzeuge, wie man davon gesprochen hat, in der Steiermark stationiert werden, und ausschließlich in der Steiermark, nämlich in Graz und in Zeltweg, dann weiß man, daß dort von der Frage des Lärms sicherlich nichts leiser, sondern unter Umständen lauter werden wird.

Aber, und ich sage das auch ganz bewußt dazu, die Landesverteidigung ist uns ein großes Anliegen, aber die Nachschaffung von Waffensystemen muß in den Bereichen auch funktionieren, und auch insbesondere bei den Abfangjägern, aber natürlich auch bei Panzerwaffen. Panzerwaffen werden ja aus dem österreichischen Bestand zum Teil bereits nachgeschafft. Ich denke, das ist auch arbeitsplatzsichernd und auch sehr sinnvoll. Leider, Abfangjäger erzeugen wir keine, aber sonst wären wir wahrscheinlich im internationalen Konzert als Waffenlieferanten bekannt, und das wollten wir bekanntlich seinerzeit im allgemeinen Konnex der Parteien Österreichs nicht.

Ich darf daher, meine Damen und Herren, in diesem Bekenntnis namens meiner Fraktion und des SPÖ-Landtagsklubs folgenden Beschlusantrag zum Tagesordnungspunkt 20, wie vom Herrn Präsidenten angekündigt, einbringen, nämlich gemäß Paragraph 39 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Vollmann, Dr. Flecker, Herrmann und Schrittwieser, betreffend Nachschaffung von Waffensystemen, insbesondere auch der Abfangjäger.

Die Diskussion über die Anschaffung von Waffensystemen, seien es nun Abfangjäger oder Panzerwaffen, ist noch nicht abgeschlossen. Wir bekennen uns jedenfalls zur allgemeinen Wehrpflicht und Landesverteidigung, insbesondere aber zur Neutralität. Außerdem bekennen wir uns auch dazu, daß österreichische Berufssoldaten und Einberufene die entsprechende Ausrüstung zur Verfügung haben.

Im Hinblick auf Diskussionen um ein europäisches Sicherheitssystem und auf das Ziel, mit dem entsprechenden Einsatz der Mittel die bestmögliche Wirkung zu erzielen, sind vor der Nachschaffung jeglicher

Waffensysteme entsprechende Diskussionen über eine vorzulegende Kostenwirksamkeitsanalyse zu führen. Auch kann die Nachschaffung nur in jenem Bereich erfolgen, der auch ohne die Entscheidung über ein zukünftiges europäisches Sicherheitssystem notwendig ist.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, bei der Nachschaffung von Waffensystemen, insbesondere von Abfangjägern, einerseits die Frage der Zukunft der österreichischen Landesverteidigung zu klären und andererseits anhand einer Kosten- und Wirksamkeitsanalyse zu prüfen, ob es nicht auch andere wirkungsvolle Systeme zur Luftraumüberwachung gibt.

Ich darf diesen Beschlusantrag, meine Damen und Herren, mit einer persönlichen Bemerkung ergänzen. Ich bin immer gerne zu den Freunden des Bundesheeres gegangen, und ich glaube, wir sollten dieses Bekenntnis, das wir in diesem Antrag festgelegt haben, auch unterstützen. Aber eines gebe ich Ihnen auch zu bedenken. Der Kollege Vesko hat es heute vor mir schon einmal gesagt. Wir haben eine große Anzahl von Arbeitslosen in diesem Lande, und der Kollege Purr hat gemeint, es sind derzeit 35 Millionen auf dieser Welt und eine große Anzahl in diesem Europa. Viele der Menschen, die in Österreich vom Strukturangepassungsgesetz betroffen worden sind, aber auch von Beschlüssen von uns selber, hätten kein Verständnis, wenn wir bis zum Jahre 2005, wie in allen Zeitungen angekündigt, rund 100 Milliarden Schilling für die Nachschaffung von Rüstungssystemen ausgeben würden. Das würde bei einem NATO-Beitritt notwendig sein.

Meine Damen und Herren, ob es da nicht geht, ein bißchen leiser zu treten in einer solchen Zeit? Es ist vielleicht einfacher, den Menschen ein bißchen mehr Sicherheit, soziale Sicherheit zu geben und ihnen in anderen Belangen unter die Arme zu greifen und in diesem Sinne auch den Menschen zu helfen und beizutragen, in diesem Lande Arbeit zu schaffen.

Ich bitte Sie aber, unserem Beschlusantrag zuzustimmen. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ. – 21.47 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz, der ich es erteile.

Abg. Mag. Zitz (21.47 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Die SPÖ hat offenbar einen Antrag recycled, den sie schon einmal eingebracht hat zu einem Antrag, den wir schon einmal eingebracht haben zu besagtem Thema „Abfangjäger“.

Ich kann die Argumente von meinem Vorredner, was jetzt die seltsame Zufälligkeit betrifft, daß man einerseits Sparpakete Nr. 1 und 2 schnürt und andererseits anfängt aufzurüsten, sehr gut nachvollziehen und decke mich da auch sicher in der Analyse, die dahintersteckt. Ich merke aber jetzt, rein von der Sprache her, mit einer gewissen Überraschung an, daß man inzwischen nicht mehr „Kettenfahrzeuge“ sagt,

sondern offen den Begriff „Panzern“ ausspricht, und daß offenbar da eine Mentalität wieder um sich greift, die Landesverteidigung ausschließlich als militärische Landesverteidigung definiert, und das finde ich sehr problematisch. (Abg. Vollmann: „Das stimmt nicht. Umfassende Landesverteidigung ist nicht nur eine militärische, sondern auch eine geistige und eine wirtschaftliche!“) Tatsächliche Anerkennung für die Leute, die Zivildienst machen (Abg. Gennaro: „Für die Nächstenliebe kann man sich immer zur Verfügung stellen!“) oder die Totalverweigerer sind, die sagen, sie sind nicht bereit, in der einen oder anderen Form an dieser umfassenden Landesverteidigung teilzunehmen, aus ethischen Gründen, aus religiösen Gründen, aus ideologischen Gründen, das sind Leute, die ich sehr schätze; und denen sollte man im Landtag auch ab und zu Tribut zollen, daß sie sich trauen, in ihrer Form der Gewaltfreiheit auch so weit zu gehen. (Abg. Gennaro: „Totalverweigerer ist nicht Fisch und Fleisch!“) Gut.

Ich möchte jetzt noch einmal konkret auf die Abfangjäger zurückkommen und möchte da, nachdem ich vorher bereits die Umweltschutzverbände zitiert habe beziehungsweise, auf andere Bundesländer bezogen, die Weiserflächen zitiert habe, den Rechnungshof des Landes Österreich zitieren, der nämlich darauf hinweist, daß das Bundesheer etwas nicht hat, was in der Steiermark jeder Schülerhort oder jede kleine Kantine haben muß, nämlich ein transparentes Gesamtbeschaffungskonzept. Das Bundesheer und der Verteidigungsminister geben Geld für Waffensysteme auf eine Art und Weise aus, die vom Rechnungshof wiederholt sehr stark kritisiert wurde, weil man sagt, daß da, so schwierig das im Verteidigungsbereich wohl auch sein mag, die Prinzipien der Transparenz und der ordentlichen Haushaltsführung sehr, sehr wenig gegeben sind.

Ich möchte Sie auf jeden Fall ersuchen, unseren Abfangjägerantrag anzunehmen, wenn ich auch jetzt schon weiß, daß das der einen oder anderen Fraktion im Haus nicht ganz leicht fallen wird, weil eben eine gewisse Zuneigung zu großen Geräten im militärischen Bereich die Herzen höher schlagen läßt, als Maßnahmen im Bereich der Grundsicherung – der Antrag ist heute am Vormittag von fast allen Fraktionen im Haus abgewürgt worden – oder als Maßnahmen im frauenpolitischen Bereich, wie sie etwa im Frauenvolksbegehren gefordert werden.

Dem SPÖ-Beschlußantrag zu den Abfangjägern, wie gesagt in Recycleversion, werden wir als Grüne Fraktion noch einmal zustimmen, wie wir das vor zwei Monaten bereits gemacht haben. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (21.51 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete List. Ich erteile es ihm.

Abg. List (21.51 Uhr): Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren des Steiermärkischen Landtages!

Die Positionierungen der einzelnen Parteien, sei es der Freiheitlichen, der ÖVP, der Liberalen, die sich in letzter Zeit auch geändert hat, der Grünen ohnehin, aber insbesondere im Bereich der Sozialdemokraten,

wo es noch die eine oder andere Unklarheit gibt, sind vorgegeben.

Zum Beschlußantrag von den Kollegen der Sozialdemokratie unter der Leitung von Heinz Vollmann: Dieser Antrag wäre grundsätzlich in Ordnung, würde dem Text nach in der Zeile die Frage der Zukunft der österreichischen Landesverteidigung folgendes stehen: „im Rahmen der NATO zu klären“. Dann wäre dieser Antrag vollkommen in Ordnung. Dementsprechend könnte selbstverständlich eine Kosten- und Wirksamkeitsanalyse durchgeführt werden. Die NATO könnte in Teilbereichen selbstverständlich auch gewisse Verteidigungsaufgaben übernehmen, welche auch immer, wäre zu klären.

Ob Kosten eingespart werden, ist eine andere Frage. Solange aus Ihrer Reihe, geschätzte Kollegen von den Sozialdemokraten, gesagt wird, wie es hier Klubobmann Kostelka im Nationalrat tat, der meint, die Verteidigung unserer Souveränität kann allein durch Fliegerabwehrkräfte, durch Fliegerabwehrlektawaffen, gewährleistet werden, wird die militärische Landesverteidigung weiterhin ausgehöhlt.

Ginge es nach Kostelka, hier nur dieses ein Beispiel, müßte bereits jetzt im Frieden jedes Flugzeug abgeschossen werden, das unseren Luftraum nur irgendwie verletzt. Ich nehme aber nicht an, daß Ihr Herr Klubobmann das ernst gemeint hat.

Ganz wichtig wurde die Regierungserklärung meinerseits von Bundeskanzler Klima letzten Mittwoch verfolgt. Da darf ich Sie daran erinnern, werde Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei, Klima führt hier im Bereich der Sicherheit ein neues Klima ein, indem er erklärt, die wirtschaftliche, soziale und ökologische Sicherheit in diesem Land ist genauso wichtig, ich betone genauso wichtig, wie die innere und die äußere Sicherheit. Und zur äußeren Sicherheit gehört nun einmal die umfassende Landesverteidigung, meine Herren. (Abg. Gennaro: „Das hat Vollmann gesagt!“) Es ist richtig, es freut mich, Herr Kollege Vollmann, wenn du dich zur umfassenden Landesverteidigung bekennst. Er aber hat gesagt, er bekennt sich zur umfassenden Landesverteidigung, und ich glaube, daß er in eurem Namen gesprochen hat, wobei ich mir nicht sicher bin, daß alle in euren Reihen dieser Überzeugung sind. (Abg. Gennaro: „Den Gedanken brauchst du dir nicht machen!“)

Wenn Sie jetzt hergehen, heute auf Grund dieser Diskussion, morgen wird in der Zeitung stehen, oder Sie werden schreien, die Freiheitlichen und die ÖVP, die sind nicht für Arbeit, aber für Abfangjäger. Dann wird das eine Frechheit sein, denn die Bürger dieses Landes haben ohnehin ein anderes Sicherheitsgefühl. (Abg. Vollmann: „Hast du den ‚Standard‘ von gestern gelesen?“) Eine Meinungsumfrage der letzten Wochen, durchgeführt von einem Linzer Institut, zur umfassenden Landesverteidigung hat ergeben: Zwei Drittel der Bevölkerung, man betone zwei Drittel der Bevölkerung, sind mit dem österreichischen Bundesheer zufrieden. Das ist ein eindeutiges Ergebnis. Als positiv bewerten sie die gute Ausbildung und die Erfahrung vor allem in friedenserhaltenden Einsätzen. (Abg. Vollmann: „Jawohl!“) Wie etwa die derzeit 200 Soldaten, die im Rahmen der UNO unter NATO-Kommando, man betone unter NATO-Kommando, in Bosnien beim Wiederaufbau vor allem in Transport-

und Nachschubaufgaben tätig sind. (Abg. Gennaro: „Das hat mit den Abfangjägern nichts zu tun!“) Oder der bewährte Grenzeinsatz an unserer EU-Außengrenze.

Bemängelt wird in dieser Umfrage natürlich die schlechte Ausrüstung des Bundesheeres, die mangelhafte und unzureichende Bewaffnung sowie das vor allem überaltete Gerät. Künftig wünschen sich die Österreicher vom Bundesheer, so die Umfrage, gut ausgebildete Soldaten, die mit gleichwertigen Waffen auch in der Luftraumüberwachung jederzeit einsatzbereit sind, in der Hoffnung, daß es nie zu einem Einsatz kommen möge.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist Aufgabe verantwortungsbewußter Sicherheitspolitik, sämtliche Maßnahmen zum Schutze der Bevölkerung gegen alle möglichen Bedrohungen zu schaffen. An NATO und WEU wird in nächster Zeit kein Weg vorbeiführen. Sie wissen, daß bereits der Verteidigungsminister den Ankauf des Nachfolgemusters der Luftraumüberwachungsflugzeuge ausgesetzt hat, und erst 1998 soll der Ankauf beschlossen werden. Die Zeit drängt in dieser Angelegenheit. Von der Beschaffung eines Modells, eines Flugzeugtyps bis zur Auslieferung des ersten Flugzeuges an den Käufer dauert es mindestens fünf Jahre. Die Draken, die derzeit in Verwendung stehenden Flugzeuge, laufen spätestens im Jahre 2003 aus. Im Jahre 1998 ist eine Entscheidung zu treffen. Wie sie auch immer ausfällt, ein Mindestmaß für die Luftraumüberwachung muß vorhanden sein, sei es am Boden oder in der Luft. Man wird auf keinen Fall an neuen Luftraumüberwachungsflugzeugen vorbeikommen. Vor allem, wenn Sie die letzten Jahre beobachten. Das Jahr 1991 hat bestätigt, daß die Sicherheit der Steiermark eine sensible ist, eine ganz, ganz besondere. Die Steirer besitzen ein ausgeprägtes besonderes Sicherheitsbedürfnis.

Deswegen sagen wir, gestalten wir rechtzeitig die gemeinsame Zukunft Österreichs in einer gemeinsamen europäischen Außenpolitik, gestalten wir mit, sofort, und nicht erst irgendwann. Da darf ich vor allem Sie bitten, mit Ihren Kollegen im Nationalrat eine Linie vorerst einmal durchzudiskutieren und diese dann umzusetzen, und nicht einmal Hi und einmal Ho, denn gemeinsam wollen wir unser steirisches Sicherheitsgefühl bewahren und schützen. (Beifall bei der FPÖ. – 21.58 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Majcen, dem ich es erteile.

Abg. Majcen (21.58 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Herr Präsident!

Es ist ein bißchen spät, daß man sich in der Frage noch ausführlich unterhält. (Abg. Gennaro: „Es ist nie zu spät!“) Aber es ist, wie du sagst, nie zu spät, und daher müßte man schon folgendes einmal anführen. Die Behauptung, die hier aufgestellt wird vom Kollegen Vollmann, daß er sagt, es gibt überhaupt keine Bedrohungen mehr, die deuten darauf hin, daß es nahezu darauf angelegt wird, so zu tun, als würden wir in einer völlig heilen Welt leben. Wir brauchen uns vor gar nichts mehr zu fürchten, weil diese furchtbaren Russen sind sowieso unter sich zerstritten, und sonst

brauchen wir uns auf der Welt vor gar nichts mehr fürchten. Das ist ein ganz entscheidender Fehler. Weil in der Instabilität dieser Systeme lauert viel mehr Gefahr, als sie in der organisierten und aufgebauten Bedrohung gelegen ist. Das ist das Erste, was man dazu sagen müßte.

Das Zweite. Wenn ich mich recht entsinne, ist die Beschaffung der jetzigen Flugzeuggeneration Draken in einer Zeit erfolgt, wo ein SPÖ-Bundeskanzler am Werke war und er damals sehr eindeutig dafür plädiert hat, diese Draken unbedingt zu beschaffen, und es jetzt Zeit ist, ein Nachfolgemodell zu überlegen. Es bedeutet nämlich, wenn jetzt keine Entscheidung fällt, nichts anderes, als daß alle diejenigen, die bei uns als Piloten ausgebildet sind, irgendwohin abwandern und nicht mehr zur Verfügung stehen, wenn sie Gefahr laufen, daß sie in zwei oder drei oder vier Jahren gar kein Flugzeug mehr haben. Selbst wenn wir uns dann noch einmal entscheiden, eine Flugzeuggeneration anzukaufen, würde es gar keine Piloten mehr geben, und wir müßten in Österreich mit der Ausbildung von vorne anfangen. So kann es eigentlich nicht sein. Ich bin sehr dafür, daß wir uns in Österreich zu unserer Verantwortung für die Verteidigung dieses Landes bekennen und daß wir die notwendige und nach langen Diskussionen als richtig erkannte Wahl für ein Gerät treffen. Dazu gehört auch eine neue Generation von Flugzeugen oder von Abfangjägern, wie immer man das nennt. Daher können wir, auch im Hinblick darauf, daß der Herr Abgeordnete Flecker immer sagt, alle anderen Beschlußanträge sind dumm oder sonst was, natürlich diesem Beschlußantrag auch nicht zustimmen. Danke vielmals. (Beifall bei der ÖVP. – 22.01 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Kröpfl. Ich erteile es ihm.

Abg. Kröpfl (22.01 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Über das Sicherheitssystem in Europa wird momentan sehr, sehr viel diskutiert. Deswegen bin ich auch herausgegangen und möchte mich dazu zu Wort melden. Denn es wäre in einer Zeit, in der man noch nicht weiß, in welche Richtung man marschiert, sinnlos, wenn wir uns heute schon für ein Fluggerät entscheiden, das vielleicht in ein paar Jahren überflüssig ist.

Es darf niemand mehr denken, daß ein Staat wie Österreich es alleine schafft, sich umfassend militärisch zu verteidigen. Die SPÖ bekennt sich zu einer umfassenden Landesverteidigung, aber nicht nur zu einer militärischen, sondern natürlich auch zu einer Politik, die im Inneren Stabilität und Sicherheit bietet, damit wir in einem ruhigen und sicheren Österreich leben können.

Wenn ich aber in einer Zeit, in der wir uns jetzt befinden, daran denke, daß dieses Projekt, so wie es bis jetzt in den Medien herumgeistert, jährlich 2 Milliarden Schilling kostet, dann habe ich mir überlegt, was könnte man mit diesen 2 Milliarden Schilling alles machen? Man könnte 2857 Turnsaaleinrichtungen schaffen, man könnte 80.000 Computer für

Schulen anschaffen, man könnte sechsmal die Integration für Behinderte finanzieren.

Wenn man auf die Lehrlinge zurückgeht, könnten zusätzlich 555.000 Fördermaßnahmen getroffen werden. Man könnte 80 Prozent des gesamten Sparpaketes im Schulbereich damit abdecken und so weiter. Diese Liste könnte man ja noch weiß Gott wie vervollständigen.

Meine Damen und Herren, sollten diese Abfangjäger jetzt wirklich gekauft werden, dann wird man mit dieser politischen Entscheidung bei der Bevölkerung wahrscheinlich kein Verständnis finden. Gerade in einer Zeit des Sparpaketes, gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs in Europa und gerade in einer Zeit, wo man neue Strategien in der Sicherheitspolitik entwickeln muß, darf man nicht leichtsinnig mit Milliarden umgehen und vor allem keine engstirnigen und veralteten Sicherheitskonzepte verfolgen.

Wenn diese 20 Milliarden schon für die sogenannte Sicherheit unseres Landes ausgegeben werden müssen, dann sollte man dieses Geld viel eher in die Ausrüstung und in die Ausbildung der einzelnen Soldaten stecken. Dadurch würde man auch die Motivation bei den jungen Männern wesentlich erhöhen. Die Entscheidung, ob Abfangjäger gekauft werden oder nicht, fällt sicher nicht bei uns hier im Landtag, sondern fällt in Wien.

Wir sollten aber als steirischer Landtag ein klares Zeichen setzen, damit Steuergelder nicht sinnlos und für kurzsichtige Projekte ausgegeben werden. (Beifall bei der SPÖ. - 22.04 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nunmehr zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Vollmann.

Abg. Vollmann (22.04 Uhr): Ich tummle mich, Herr Präsident. Meine Damen und Herren, im Startloch geht es leichter, ich verspreche Ihnen aber, es dauert nicht lange.

Zuerst einmal, „andere Beschlußanträge sind dumm“, lieber Kollege Majcen, das hast du von uns nie gehört. Wir stimmen anderen Beschlußanträgen, so sie sinnvoll sind, genauso zu. Manchmal mag man der Meinung sein, man soll es nicht tun. Das ist auch zur Kenntnis zu nehmen. Dafür sind wir eine demokratische Einrichtung.

Zum Zweiten: Ich muß den Kollegen List richtigstellen in der Frage der Prozentsätze. Ich habe dem gestrigen „Standard“ zwei Dinge entnommen. Erstens einmal, in der Bundesregierung steht es derzeit fünf zu eins. Fünf Sozialdemokraten haben Wehrdienst abgeleistet, nur ein einziger vom Regierungspartner, und da nicht einmal der Verteidigungsminister.

Meine Damen und Herren, 42 Prozent der Österreicher sagen rund heraus, daß sie weder bereit wären, zur Verteidigung der Demokratie, noch zum Schutz der Republik Österreich die Waffe in die Hand zu nehmen. Das geht aus einer bisher unter Verschluss gehaltenen Umfrage im Auftrag des Verteidigungsministeriums hervor. Das Linzer Marcet-Institut hat vor eineinhalb Jahren zum 40. Jahrestag des Staatsvertrages für den „Standard“ erhoben: 32 Prozent aller Österreicher würden Österreich mit der Waffe verteidigen. Seither ist die Kampfbereitschaft um 4 Prozent

auf 28 Prozent gesunken. (Abg. Dr. Lopatka: „Findest du das positiv?“) Nein, ist nicht positiv. Aber ich sage dir, es spricht für die Problematik, daß es den Verteidigungsministern und den Militärs in Österreich nicht gelungen ist, die Einstellung zur umfassenden Landesverteidigung, ich betone es noch einmal, ist nicht nur die militärische, zu regeln. (Abg. Dr. Karisch: „Und die Frauen?“) Liebe Frau Kollegin, weil Sie sagen, Frauen. Von den Frauen sind es nur 17 Prozent, von den Männern 41. Damit Sie auch wissen, wie die Frauen darüber denken. Ich glaube, das wußten Sie bisher noch nicht.

Die einzige demographisch untersuchte Gruppe mit klarer Kampfbereitschaft, lieber Kollege List, ist deine Anhängerschaft, nämlich die Freiheitliche Partei. 31 Prozent sagen zwar, es ist die Neutralität noch gut, nur 15 Prozent sagen, sie ist sehr gut - das sind 46 Prozent. Andere meinen schon, es sollten uns andere verteidigen. Ich sehe darin ein Problem.

Wenn wir selber nicht mehr bereit sind, uns zu verteidigen, dann ist das ein Problem für mich geworden. Und daher muß es für uns alle eine der wichtigsten Aufgaben sein, in der Bevölkerung das Bewußtsein wieder zu heben, denn Waffen allein, lieber Kollege Lopatka - du warst übrigens auch nicht beim Bundesheer - (Abg. Dr. Lopatka: „Ja sicher, das ist ein Skandal!“) Warst du dabei? Zeig her deinen Schein, ich würde mich darüber freuen. (Abg. Dr. Lopatka: „Du behauptest da Sachen, das ist ein Skandal!“) Ich habe es angenommen. Entschuldige, ich glaube, das war der Kollege Hirschmann. Entschuldige, ich habe mich geirrt. Das war der Kollege Hirschmann. (Abg. Dr. Lopatka: „Du hast den Dörlfinger mit mir verwechselt!“) Der Kollege Hirschmann war das. Einer von euch muß ja schließlich und endlich dabei gewesen sein. Aber ich wünsche euch alles Gute. (Beifall bei der SPÖ. - 22.08 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Nach diesem Einblick in die intimsten Geheimnisse des Verteidigungsministeriums und dem Umstand, daß keine Wortmeldung mehr vorliegt, kommen wir zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters die Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist einstimmig angenommen.

Es gibt einen Beschlußantrag der SPÖ, betreffend Nachschaffung von Waffensystemen, insbesondere auch der Abfangjäger. Wer diesem Beschlußantrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand.

Das ist die Minderheit.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

21. Bericht des Ausschusses für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit über den Antrag, Einl.-Zahl 363/1, der Abgeordneten Mag. Zitz, Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Lopatka, Dr. Brünner, Dr. Wabl, Dr. Karisch und Keshmiri, betreffend Kakaobutterersatzstoffe.

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Mag. Edith Zitz. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Zitz (22.09 Uhr): Im Rahmen der Europäischen Union gibt es Bestrebungen, eine Richtlinie zu erlassen, wonach die Verwendung von Fetten, die

Kakaobutter in Schokoladen ersetzen sollen, bis maximal 5 Prozent des Schokoladengewichtes zulässig werden soll. Die Zulassung von anderen pflanzlichen Fetten als Kakaobutter in Schokoladeerzeugnissen hätte katastrophale Folgen für die kakaoproduzierenden Länder. Laut Schätzungen der Internationalen Kakaoorganisation dürften dadurch europaweit zirka 130.000 bis 165.000 Tonnen Kakaobohnen ersetzt werden, was zu einer verminderten Nachfrage und zu einem Sinken des Kakaoweltmarktpreises führen würde. Fast 90 Prozent der europäischen Kakaoimporte stammen aus Westafrika, wo Kakao in kleinbäuerlichen Strukturen angebaut wird. Für diese Kleinbauernfamilien würde die Umsetzung der geplanten Richtlinie existenzgefährdend sein.

Der Richtlinienentwurf steht überdies im Widerspruch zu internationalen Verträgen, wie dem Internationalen Kakaoabkommen, wonach sich alle Mitgliedsstaaten, darunter Österreich, bemühen sollten, die Nachfrage nach Kakao zu erhöhen. Darüber hinaus gebietet der Unionsvertrag Kohärenz der einzelnen Politikbereiche mit den Zielsetzungen der Entwicklungspolitik. Der Widerspruch zwischen der Entwicklungszusammenarbeit der EU, in deren Rahmen der Kakaoanbau in einigen Ländern gefördert wurde, und dem vorliegenden Entwurf einer Richtlinie könnte daher größer nicht sein.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, unter Berücksichtigung der entwicklungspolitischen Zielsetzungen des Unionsvertrages und des Internationalen Kakaoabkommens bei der Neuformulierung einer Richtlinie für Kakao- und Schokoladeerzeugnisse für eine Harmonisierung dahin gehend einzutreten, daß in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für die Herstellung von Schokolade ausschließlich Kakaobutter als pflanzliches Fett verwendet wird.

Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag. (22.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke der Frau Berichterstatterin.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Lopatka, dem ich es erteile.

Abg. Dr. Lopatka (22.12 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrter Damen und Herren!

In aller Kürze vielleicht noch ein Satz zur vorherigen Diskussion.

Man kann immer geteilter Meinung sein, wofür man das Geld ausgibt. Aber es ist schon zwiespältig, wenn ein Abgeordneter hier steht und uns vorrechnet, was man anstelle des Verteidigungsbudgets alles in anderen Bereichen machen könnte. Und dann kommt einer der gleichen Fraktion heraus und beschwert sich über die sinkende Wehrbereitschaft. Also Sie haben selbst ein Beispiel gebracht, nämlich Ihr Vorredner, wie man nicht zu mehr Wehrbereitschaft kommt.

Auch hier könnte man der Meinung sein, wir haben andere Sorgen und andere Aufgaben, als uns hier mit der dritten Welt zu beschäftigen. Zum Beispiel im

neuen Parteiprogramm der steirischen SPÖ kommt das Wort „dritte Welt“ nicht mehr vor. (Abg. Vollmann: „Das ist kein Parteiprogramm!“) Im neuen Parteiprogramm der steirischen Sozialdemokratie „Arbeit für alle“ kommt das Wort „dritte Welt“ nicht mehr vor. (Abg. Vollmann: „Das ist kein Parteiprogramm, das ist ein Diskussionszukunftsprogramm!“) Ach so, es soll ein Zukunftsprogramm sein? (Abg. Vollmann: „Ein Diskussionszukunftsprogramm!“)

Okay, im Diskussionszukunftsprogramm kommt zum Beispiel die dritte Welt nicht mehr vor. Ich glaube aber trotzdem, daß es unsere Aufgabe ist, neben vielen anderen Anliegen bei aller Wichtigkeit und Dringlichkeit der Probleme, die wir heute schon besprochen haben, daß wir uns dieser Fragen annehmen. Ein erster Schritt, zumindest einmal ein Signal zu setzen, war für mich, als wir gemeinsam hier – alle fünf Fraktionen haben diesen Antrag mitgetragen – mitunterstützt haben, den Ausschuß für Europäische Integration in Ausschuß für Europäische Integration und entwicklungspolitische Zusammenarbeit umzubenennen. Nicht, weil wir jetzt dadurch von vornherein schon Großes erreicht hätten, sondern weil das einfach ein richtiges Signal ist und wir bei aller Brüssel-Orientiertheit nicht vergessen dürfen, daß wir auch Aufgaben haben, die über die Europäische Union hinausgehen.

Ich glaube, wir haben die Verpflichtung, wir sind ein sehr reiches Land, uns auch mit dieser Frage zu beschäftigen. Hier möchte ich eines anführen, was sicherlich nicht sehr positiv ist, daß vor fünf oder vor zehn Jahren hier noch eine viel andere Aufbruchstimmung war in Fragen der dritten Welt, in Entwicklungspolitik, als heute. Im Dritte-Welt-Beirat des Landes und auch durch den eigenen Förderungsansatz im Landesbudget haben wir zwar bescheidene, aber wichtige Beiträge des Landes für diesen Bereich schon gesetzt. Die Hauptarbeit leisten aber private Organisationen, hier ist vor allem der Landesrat außer Dienst, Dipl.-Ing. Hermann Schaller, zu nennen, der sehr viel in diesem Bereich mit seiner Organisation „Solidarität mit Lateinamerika“ leistet, aber auch die Dritte-Welt-Läden und natürlich an erster Stelle die katholische Kirche, die wie keine zweite Institution in diesem Bereich aktiv ist. Die direkte Hilfe für die dritte Welt ist das eine, das andere ist aber auch, was unser Verhalten betrifft, daher halte ich auch diesen Antrag, der von Frau Kollegin Zitz eingebracht und von uns unterstützt worden ist, hier für einen wichtigen Antrag und auch, daß wir uns dieser Fragen annehmen.

Ich glaube also, daß wir als Steiermärkischer Landtag auch in Zukunft gemeinsam dafür Sorge tragen sollten, daß wir die dritte Welt nicht völlig aus den Augen verlieren. Afrika darf nicht als vergessener Kontinent, von Aids, Bürgerkrieg, Hunger, Not und Elend geschwächt, völlig den Anschluß an den entwickelten Norden verlieren. Wir in einer Periode größten materiellen Wohlstandes haben auch eine Verantwortung für die dritte Welt. Ich habe es vorhin schon gesagt, Brüssel und EU dürfen uns nicht die Sicht darauf verstellen, daß wir in dieser Weltgemeinschaft mit den vielfältigen gegenseitigen Abhängigkeiten auch eingebettet sind, und niemand von uns soll sich dieser Verantwortung leicht entledigen. Durch solche Anträge und Beschlußfassungen, wie wir

sie jetzt im Anschluß fassen werden, leisten wir einen kleinen Beitrag. Wir sollten auch durch den Förderungsansatz im Landesbudget, das sind pro Jahr rund zwei Millionen Schilling, und durch den Dritte-Welt-Beirat jene ermuntern, die mit großem Idealismus in diesem Bereich arbeiten. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP. – 22.16 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Zitz. Ich erteile es ihr.

Abg. Mag. Zitz (22.17 Uhr): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Ich sehe es als ein sehr positives Signal, daß dieser Antrag möglich war als Vier-Parteien-Antrag. Ich merkte, daß in anderen Fraktionen bei punktuellen Themen der Entwicklungszusammenarbeit wirklich eine sehr gute Stimmung ist, die ich gerne in anderen Bundesländern an andere Abgeordnete weitergeben möchte beziehungsweise auch weitergeben möchte an die Organisationen, auch an die kleinen Gruppen, Selbststeuerungsgruppen, die in der Steiermark zu entwicklungspolitischen Themen arbeiten.

Es freut mich auch, es hat Reinhold Lopatka schon darauf aufmerksam gemacht, feststellen zu können, als ehemalige entwicklungspolitische Fachfrau, daß es in der Steiermark vom Land her Unterstützungen im entwicklungspolitischen Bereich gibt, wo wir tatsächlich anderen Bundesländern ein Stück voraus sind. Der Beirat für entwicklungspolitische Zusammenarbeit ist vorher bereits genannt worden. Ich bin zwar mit der Budgethöhe nicht ganz zufrieden, weil ich weiß, daß Anträge sehr oft im Herbst gestellt und dann erst im Frühjahr behandelt werden, weil einfach das Jahresbudget nicht ausreicht. Der Beitritt zum Klimabündnis vor einigen Jahren als erstes Bundesland in Österreich war diesbezüglich richtungweisend, und die Umbenennung des Ausschusses für Europa-Integration und Zusammenarbeit gibt dieser internationalen Perspektive einen Stellenwert, wie es sonst eigentlich in Österreich nicht vorkommt.

Wie gesagt, ich freue mich noch einmal, daß das ein Vier-Parteien-Antrag war, der wirklich mühelos zu bewerkstelligen war. Der Kakaobutterantrag hat nicht nur eine internationale agrarpolitische Perspektive, die für mich sehr interessant ist, in Form eines Ausgleiches zwischen Nord und Süd, sondern er hat sicher auch eine Konsumentenschutzperspektive, und das ist wohl mit Motiv für alle Fraktionen, daß da sehr schnell Unterstützung gekommen ist. Danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 22.19 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (22.19 Uhr): Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Präsident!

Ich muß gestehen, ich bin eigentlich sehr froh darüber, daß Reinhold Lopatka das Programm der SPÖ „Arbeit für unser Land“ gelesen, ja aber offenbar nur quer gelesen hat. Er hat das Wort „dritte Welt“ gesucht und erkennt dabei, daß mittlerweile die Diskussion im Zusammenhang mit dieser sogenannten „dritten Welt“ sich von diesem Begriff verabschiedet hat. (Abg.

Dr. Lopatka: „Entwicklungspolitische Zusammenarbeit steht auch nicht drinnen!“)

Nicht von der Analyse, daß Länder im Süden des Globus benachteiligt werden, nämlich von Ländern im Norden. Der Begriff der „dritten Welt“ wird schlicht und einfach nicht mehr in der entwicklungspolitischen Diskussion verwendet: Es wird darüber geredet, daß es ungerechte Verhältnisse gibt, daß es Ausbeutung gibt. Und davon, meine Damen und Herren, ist im Programm der SPÖ Steiermark sehr wohl die Rede, und zwar sehr deutlich die Rede. (Abg. Dr. Lopatka: „Kein Wort von entwicklungspolitischer Zusammenarbeit!“)

Es wird der Nachweis geführt, daß sehr wohl ungerechte Marktverhältnisse, Verhältnisse in unserem Wirtschaftssystem dazu führen, daß es Reichtum gibt und daß es Armut gibt, in Österreich, in Europa und auch global gesehen. Diese Analyse ist sehr wohl auch im Programm der SPÖ Steiermark enthalten.

Aus dem Grund, lieber Reinhold, gibt es auch schon seit gut einem Jahr keine Dritte-Welt-Läden mehr, sondern nur noch Weltläden. Man spricht sehr bewußt von Weltläden. Es geht darum zu erkennen, daß der Globus eben nur einer ist für alle, für die im Norden und die im Süden, für die Reichen und für die Armen. Es gibt auch, Reinhold, keinen Dritte-Welt-Beirat mehr. Ich habe die Ehre, seit fünf Jahren dem Beirat für entwicklungspolitische Zusammenarbeit anzugehören. Auch hier ist es offenbar an deinem Bewußtsein vorbeigegangen, daß es längst eine Umbenennung gegeben hat. (Abg. Gennaro: „Das weiß sogar ich!“)

Meine Damen und Herren, ich darf noch einmal betonen, daß dieser Antrag in eine sehr richtige Richtung versucht zu wirken. Es geht um EU-Kompetenz, es geht teilweise um österreichische Kompetenz im Bereich Konsumentenschutz und Gesundheitsschutz. Es geht in diesem Antrag darum, faire Bedingungen herzustellen, faire Bedingungen für die kleinen Kakao-bauern hauptsächlich in Afrika.

Ich darf Sie darauf hinweisen, daß wir in unserem Bundesland sehr wohl eine Möglichkeit hätten, hier ein Stück im ureigensten Sinne tätig zu werden. Das Steiermärkische Vergabegesetz nämlich bietet die Möglichkeit, aus Gründen der Sozialverträglichkeit bestimmte Produkte zu bevorzugen, auch wenn sie ein Stück teurer sind. Mag sein, daß hochwertige Schokolade, hochwertige Kakaoprodukte etwas teurer sind, aber aus Gründen der Sozialverträglichkeit, weil damit eben Kleinbauern in Afrika, in Ghana in erster Linie, unterstützt werden, wäre es möglich, diese Produkte zu bevorzugen, zu bevorzugen gegenüber Produkten, die minderwertige Qualität haben, aber vielleicht etwas billiger sind.

Es gibt in der Steiermark einen Dachverband bei entwicklungspolitischen Organisationen, die AGEZ, die Arbeitsgemeinschaft Entwicklungszusammenarbeit, die genau mit dieser Forderung an das Land Steiermark, an die Steiermärkische Landesregierung, herangetreten ist, nämlich sehr bewußt beispielsweise Produkte aus den Weltläden, lieber Reinhold, zu bevorzugen und bevorzugt einzukaufen, damit auch dieser sozialpolitische Aspekt Berücksichtigung findet.

Ich glaube, wir haben mit dem Vergabegesetz in diesem Bereich – ich bin in manchem Bereichen mit dem Vergabegesetz nicht einverstanden – eine gute

Möglichkeit geschaffen, entwicklungspolitisch tätig zu sein. Ich glaube, wir sollten diese Möglichkeit so gut wir das können auch wirklich nutzen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 22.23 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Eine Wortmeldung liegt nicht vor.

Wer dem Antrag der Frau Berichterstatterin zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme fest und komme zum Tagesordnungspunkt

22. Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und neue Technologien über den Antrag, Einl.-Zahl 359/1, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Mag. Hohegger, Dr. Lopatka und Schützenhöfer, betreffend Großforschungszentrum Euro-Cryst.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Franz Jeglitsch. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (22.23 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich beziehe mich auf den Antrag der Abgeordneten Jeglitsch, Hohegger, Lopatka und Schützenhöfer, betreffend Großforschungszentrum Euro-Cryst. Dieser Antrag wurde eingebracht, weil das Jahr 1997 ein Jahr wesentlicher Entscheidungen sein wird.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im Hinblick auf die in nächster Zeit zu treffenden Entscheidungen der Bundesregierung das Interesse der Steiermark an der Ansiedlung eines Großforschungszentrums Euro-Cryst nachhaltig in Erinnerung zu rufen und in persönliche Gespräche mit den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung einzutreten.

Ich ersuche um Annahme des Antrages. (22.24 Uhr.)

Präsident: Danke. Der Herr Berichterstatter hat sich auch als erster zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (22.24 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Gennaro: „Sie tragen schwer!“)

Wissenschaft ist etwas Schweres, Herr Kollege Gennaro. Ich werde aber versuchen, es Ihnen so leicht zu machen, daß es für alle tragbar wird. (Abg. Gennaro: „Meine Frau wird es Ihnen danken!“) Was habe ich davon? (Beifall bei der SPÖ. – Allgemeine Heiterkeit!) Damit wir das Klima wieder herstellen, darf ich einen herzlichen Gruß an Ihre Frau ausrichten. (Abg. Gennaro: „Sie wird sich freuen, aber was habe ich davon?“) Das liegt wieder ganz bei Ihnen, und nicht bei mir. Aber, Herr Kollege Gennaro, Tips wären möglich, ich stehe zur Verfügung. (Präsident: „Die Faschingsitzung beginnt erst nachher!“)

Ich habe schon an den Zwischenrufen gemerkt: Wissenschaft hat es schwer. Es ist ja symptomatisch, daß es in Österreich nicht nur die Wissenschaft schwer hat. (Allgemeine Heiterkeit. – Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch überreicht Herrn Abgeordneten Gennaro die Machbarkeitsstudie.) Bitte lesen Sie es nicht, es würde die Stimmung Ihrer Frau trüben.

Österreich hat bis heute kein Großforschungszentrum, auch keinen internationalen oder europaweiten Forschungsschwerpunkt, wie etwa die Schweiz – denken Sie an Cern. Österreich zahlt nur für den Bereich der Physik jährlich rund 400 Millionen Schilling, um sich an solchen Großforschungszentren mit Forschungsprojekten beteiligen zu können. Und das Schlagwort, daß Österreich in der Forschung nach wie vor „Trittbrettfahrer“ ist, ist leider wahr. Wir sind zwar eines der reichsten Länder, aber in der Forschung sind wir unter „ferner liefen“ angesiedelt.

Es hat daher Ende der achtziger Jahre aus vielen Richtungen Anregungen gegeben, so auch aus der Rektorenkonferenz und aus dem Wissenschafts-Ausschuß – ich war damals der Vorsitzende des Wissenschafts-Ausschusses der Rektorenkonferenz –, sich mit dieser Problematik auseinanderzusetzen, um die Forschungsbilanz in Österreich auszugleichen – wir zahlen sehr viel, daß wir uns in anderen Ländern beteiligen dürfen – und in Österreich ein „Center of excellence“ aufzubauen.

Diese Gedanken wurden aufgegriffen, und Sie finden in der Regierungserklärung 1991, 1995 leider nicht mehr, und wieder 1996 den Satz, daß sich Österreich um die Ansiedlung eines Großforschungszentrums bemühen soll. Seit 1991 gibt es zwei Vorschläge mit den Bezeichnungen „Austron“, das ist eine gepulste Neutronenspallationsquelle, und „Euro-Cryst“, ein Kristallzuchtlabor, wo Kristalle höchster Perfektion, höchster Reinheit hergestellt werden sollen, die besondere elektrische, elektronische, magnetische oder optische Eigenschaften haben. Diese Kristalle sind die wesentliche Basis für die Halbleiterindustrie, für das Gebiet der Supraleiter, in der Metallforschung oder in der biologischen Forschung.

Sie sehen schon, wenn der Begriff „Euro-Cryst“ von Kristall kommt, dann sollten wir, wenn wir uns schon ernsthaft um eine solche Ansiedlung bewerben, den Namen richtig schreiben und richtig sprechen. Ich kenne Briefe und Zeitungsartikel, wo „Euro-Cryst“ mit ch geschrieben wird, das stimmt natürlich nicht. Und es heißt auch „Euro-Cryst“, mit i gesprochen, gleichgültig, ob Sie es im Deutschen oder Englischen aussprechen, denn es kommt von Kristall oder von crystal und crystallization.

Es sind mehr als fünf Jahre vergangen, und es gibt über „Austron“ und über „Euro-Cryst“ zwei Machbarkeitsstudien. Eine dieser Machbarkeitsstudien studiert gerade der Herr Kollege Gennaro. Das ist eine Machbarkeitsstudie, die Sie in den Händen haben. (Abg. Gennaro: „Ein bißchen was verstehe ich, aber nicht alles!“) Man soll die Hoffnung nie aufgeben, ich sehe ein Aufflackern von Interesse in Ihren Augen, das freut mich.

Diese Machbarkeitsstudien liegen jetzt vor, aber leider Gottes konnte sich die Bundesregierung bis heute zu keiner Entscheidung durchringen. Sie hat in diesen fünf Jahren für diese Studien insgesamt 30 Millionen Schilling ausgegeben, aber keine Entscheidung getroffen. Minister Scholten hat im Herbst des vergangenen Jahres die European Science Foundation gebeten, diese Machbarkeitsstudien zu prüfen und vorzuschlagen, welche der beiden Vorhaben eher für die österreichischen Verhältnisse in Frage kommt.

Eine Entscheidung von der European Science Foundation ist etwa bis Mitte 1997 zu erwarten.

Nun haben sich im Laufe der Jahre mehrere Städte beworben. Eine Reihe von Städten auch außerhalb von Wien. Leoben hat sich im Frühherbst 1994 beworben, wobei in diese Entscheidung der damalige Rektor der Montanuniversität, Herr Prof. Oberhofer, mit meiner Person und weiteren Kollegen involviert war. Im Dezember 1994 in der Budgetdebatte haben zwei Leobner Kollegen – Kollege Ussar und ich – im Landtag das erste Mal zu „Euro-Cryst“ gesprochen.

Ich möchte aber auch die Gespräche in Erinnerung rufen, die im Laufe des Jahres 1995 mit Präsident Vesko und Kollegen der Freiheitlichen Partei geführt wurden – drüben im Steinernen Saal. Alle diese Gespräche waren vom Bemühen getragen, was man tun kann, um diese Option, diese Chance für die Steiermark zu sichern. Im Sommer 1996 sind weitere – ich mache es eher kurz – Unterstützungen gekommen. Es hat sich der neue Rektor, Prof. Paschen, stark engagiert, und es hat auch unterstützende Äußerungen des Liberalen Forums von Frau Keshmiri gegeben. In der Zwischenzeit gibt es von Leoben ein Prospekt, einen Brief des Bürgermeisters, einen Brief des Rektors, der, glaube ich, auch allen Abgeordneten zugegangen ist.

Am 28. November 1996 hat es vom Bürgermeister und vom Rektor in Brüssel, im Steiermark-Haus, eine Pressekonferenz gegeben, wo dieses Prospekt, die Bewerbung von Leoben, vorgestellt wurde. Aber ich habe es schon das letzte Mal erwähnt, wie auch Kollege Ussar, daß zwar diese Vorstellung im Steiermark-Haus erfolgt ist, aber von den österreichischen EU-Abgeordneten, mit Ausnahme von Prof. Rack, niemand anwesend war. Es ist auch nicht gelungen, mit den zuständigen Kommissaren, nämlich Cresson und Bangemann, aber auch mit dem Kommissar Fischler, in ein Gespräch einzutreten. Der Besuch in Brüssel hat dazu geführt, daß das schlafende Wien wieder geweckt wurde. Es ist nämlich unmittelbar darauf, am 3. Dezember 1996, in der Presse zu lesen gewesen, daß das Wiener Wirtschaftsförderungsinstitut einen Gründungsverein beauftragt hat, die näheren Schritte für eine Ansiedelung von „Euro-Cryst“ in Wien vorzubereiten.

Was ist in dieser Situation zu tun? Und ich kenne ja auch die Gespräche in Leoben, die suchenden Gespräche im Euro-Cryst-Komitee. Der Sinn des Antrages, der eingebracht wurde, ist daher der, auch als Aufforderung an Sie alle, kreative Ideen zu entwickeln, welche Schritte durchzuführen sind, um die Chancen zu erhöhen.

Man muß wissen, daß es in dieser Machbarkeitsstudie vier Finanzierungsvarianten gibt. In allen vier Finanzierungsvarianten ist die EU als Mitfinanzierer eingebunden, aber es haben meines Wissens nach die Verfasser dieser Machbarkeitsstudie mit der EU darüber überhaupt keine Gespräche geführt. Es ist daher die Haltung der EU in dieser Frage zu erkunden. Und hier meine ich, daß informelle, möglichst Vier-Augen-Gespräche mit den zuständigen Kommissaren Cresson und Bangemann aufzunehmen sind. Man muß berücksichtigen, daß die EU zwar eigene Forschungsinstitute hat, wie etwa in Petten oder in Ispra, schon seit zehn, fünfzehn Jahren, aber mit diesen eigenen Forschungsinstituten nicht übermäßig zufrieden ist und es daher eine informelle Absprache gibt, daß man in Zukunft

nicht mehr daran denkt, Investitionen bei neuerlichen Großforschungszentren zu tragen, wohl hingegen, daß man sich bei Projektfinanzierungen beteiligen könnte. Man muß also in diesem Zusammenhang die Bemühungen auf mehreren Ebenen setzen, einerseits informelle Gespräche mit der EU aufnehmen; es gibt hier einen Brief und ein Angebot von Herrn Prof. Rack Ende September des vergangenen Jahres an den Bürgermeister der Stadt Leoben. Dieses Angebot ist zu nützen. Weiters ist die Frage zu prüfen, wie weit die Zielgebiete eine Chance darstellen. Vor allem aber ist der Frage nachzugehen, ob nicht die Idee eines Großforschungszentrums Euro-Cryst auch Eingang finden könnte in die momentanen Vorbereitungen des 5. EU-Forschungs- und Technologieprogrammes, das etwa ab 1998/1999 zu laufen beginnen wird. Österreich wird in der zweiten Hälfte 1998 die EU-Präsidentschaft übernehmen, und auch hier ist die Frage zu prüfen, ob man nicht bei aller Zurückhaltung so ein Großforschungszentrum als nationales Anliegen definieren kann.

Euro-Cryst, so ein Großforschungszentrum, das ist gar keine Frage, das ist teuer. Die Errichtungskosten, die Investitionen liegen irgendwo zwischen 2,5 und 3 Milliarden Schilling. Das sind zwar gigantische Beträge, aber wenn ich sie mit anderen vergleiche, die hier vor kurzem genannt wurden, doch wieder nicht so groß, die Betriebskosten liegen bei 300 bis 400 Millionen Schilling. Ein Drittel der Errichtung wird Österreich, der Bund, und je nach dem, wo es hinkommt, das Land und auch die Stadt aufzubringen haben. Und auch hier ist die Frage zu stellen, ob nicht dafür vom Bund die dritte Technologiemilliarde vom Bund herangezogen werden kann. Darüber sind Gespräche mit der Bundesregierung aufzunehmen.

Man muß weiters in der Bundesregierung ein Klima entwickeln, daß schon vor der Entscheidung der European Science Foundation ein Signal gesetzt wird, daß Österreich ein Großforschungszentrum haben will. Denn erst nach einer solchen grundsätzlichen positiven Aussage kann man Beteiligungsgespräche mit europäischen Wissenschaftsinstitutionen oder mit der europäischen Industrie und Wirtschaft aufnehmen, die sich ja an einem solchen Großforschungszentrum beteiligen muß. Es hat bereits vor einem Dreivierteljahr so einen Versuch gegeben; damals hat Minister Scholten den Vorsitzenden der Rektorenkonferenz, Prof. Skalitzy, und Prof. Rauch von der Österreichischen Akademie der Wissenschaften beauftragt, solche Gespräche aufzunehmen. Aber die sind nicht positiv verlaufen, weil sie sich auf keinen grundsätzlichen Beschluß oder eine grundsätzliche Äußerung der Bundesregierung stützen konnten.

Die European Science Foundation hat mit Dezember 1996 einen Arbeitskreis eingerichtet, der die beiden Machbarkeitsstudien prüfen und bewerten soll. Dieser Arbeitskreis aus fünf oder sechs Kollegen wird auch Österreich und die zuständigen Ministerien besuchen. Hier muß man die Möglichkeit prüfen, wie weit etwa die Stadt Leoben, die Montanuniversität Kontakt mit diesem Arbeitskreis aufnehmen kann, um zu erreichen, daß dieser Arbeitskreis auch Leoben als Standort besichtigt. Das wäre insofern ein großer Vorteil, weil der mächtigste Konkurrent, nämlich Wien, als Standort den Rennweg vorgesehen hat, und der Rennweg ist aus meiner Sicht durch die Kreuzung der

Linien 71, 72 und der 18er Linie ein ungeeignetes Gelände, weil ein solches Kristallforschungszentrum möglichst erschütterungsfrei gebaut und aufgestellt werden muß. Wien ist hier im Nachteil. Es wäre also gut, über eine solche unmittelbare Besichtigung in Leoben die Chancen für Leoben zu erhöhen.

Wien ist auch deswegen ein mächtiger Konkurrent, weil man hört, daß Wien bereit sei, für die Ansiedelung von Euro-Cryst etwa 300 Millionen Schilling zur Verfügung zu stellen. Man muß daher auch im Wiener Raum Freunde und Institutionen für sich gewinnen, etwa die Rektorenkonferenz oder die Österreichische Akademie der Wissenschaften. Und die Bearbeitung des Wiener Raumes ist umso notwendiger geworden, seitdem der Finanzstadtrat Edlinger Finanzminister geworden ist. Dadurch gibt es auf der Ebene der Bundesregierung zusätzliche Sympathien für Wien. Es wird also sehr schwer sein, für Leoben die Chancen zu wahren. Man wird alle Gründe zu sammeln haben, die dafür sprechen, daß Euro-Cryst in ein Bundesland kommt, daß nicht alles in Wien konzentriert sein muß, daß die Regionen zu stärken sind, daß es auch eine Verpflichtung der Bundesregierung gegenüber der Steiermark, insbesondere der Obersteiermark, gibt. Und in dieser Verstärkung der Möglichkeiten und Positionen geht natürlich auch die Aufforderung an die Landesregierung, sich auf einen Standort in der Steiermark festzulegen und die Bemühungen auf Leoben als Standort zu fokussieren.

Ich meine, daß die Chancen dann, und nur dann, für Leoben oder die Steiermark insgesamt intakt bleiben, wenn wir in dieser Situation kreative Ideen entwickeln, wenn wir uns diplomatisch bewegen und wenn weder persönliche noch politische Profilierungsversuche versucht werden. Ich habe daher einen Beschlußantrag eingebracht, und ich danke allen, die diesen Beschlußantrag zu einem Vier-Parteien-Antrag gemacht haben. Es liegt ein Beschlußantrag der Abgeordneten – und ich darf nur die Namen nennen – Jeglitsch, Keshmiri, Ussar, Vesko, Pußwald, Kaufmann, Schreiner, Brünner, Tasch, Straßberger, Bacher und Posch vor mit folgendem Inhalt:

Es wird daher von den unterfertigten Abgeordneten der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß erstens, falls die European Science Foundation das Großforschungsprojekt Euro-Cryst empfiehlt, dieses in der Steiermark, und zwar in der Bezirks- und Universitätsstadt Leoben, angesiedelt wird, daß zweitens für die Finanzierung eines solchen Großforschungszentrums die dritte. Technologiemilliarde herangezogen wird, daß drittens in Verhandlungen mit der EU geprüft wird, inwieweit die EU in eine Mitfinanzierung, etwa über die Aufnahme eines solchen Großforschungszentrums in das derzeit in Vorbereitung befindliche 5. EU-Forschungs- und Technologieprogramm eingebunden werden kann, und viertens die Ansiedelung eines Großforschungszentrums in Österreich mit der Übernahme der österreichischen EU-Präsidentschaft in der zweiten Hälfte des Jahres 1998 als nationales Anliegen definiert wird.

Ich bitte um Annahme des Beschlußantrages. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP, SPÖ und FPÖ. – 22.43 Uhr.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Ussar zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

Abg. Ussar (22.43 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren des Landtages, Hohes Haus!

Ich danke dem Herrn Univ.-Prof. Abgeordneten Jeglitsch herzlich, daß er so einen Überblick über die internationale Entwicklung der Forschung gegeben hat. Ich glaube, das ist eine besonders gute Einleitung gewesen, weil es uns einmal die Situation skizziert hat, wie es im Forschungswesen auch in finanzieller Hinsicht in Europa aussieht.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe bereits in der Budgetdebatte des Steiermärkischen Landtages – vom 13. bis 15. Dezember 1994 sind wir hier beisammengesessen – und dann auch in der Budgetdebatte des Landtages im April 1996 – also zweimal – zum Thema „Euro-Cryst“ Stellung genommen.

In beiden Budgetreden habe ich die politisch Verantwortlichen der Steiermärkischen Landesregierung aufgefordert, sich grundsätzlich für eine Ansiedelung der Großforschungseinrichtung Euro-Cryst in Leoben ganz besonders einzusetzen. Auch in der letzten Sitzung des Steiermärkischen Landtages am 21. Jänner 1997 habe ich abermals die Steiermärkische Landesregierung besonders aufgefordert, die Bewerbung der Stadtgemeinde Leoben als Zentrum einer bekannten und auch förderungswürdigen Region tatkräftig bei der Bewerbung um dieses Forschungszentrum zu unterstützen.

Um diese Bewerbung der Stadt Leoben auch optisch zu verdeutlichen und vor allem auch die Ernsthaftigkeit der Bemühungen zu unterstützen, hat die Stadtgemeinde Leoben eine Broschüre erstellt, die Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vom Bürgermeister der Stadt Leoben, Dr. Konrad, persönlich übermittelt wurde.

Es war für mich sehr erfreulich, daß auch der Rektor der Montanuniversität Leoben, Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. mont. Peter Paschen, Sie, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, in einem Schreiben um Ihr besonderes Engagement in dieser Sache gebeten hat. Ich zitiere aus diesem Schreiben ganz kurz: „Neben den allgemeinen regional-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Gründen, die innerhalb Österreichs für den Standort Obersteiermark sprechen, möchte ich als Rektor der Montanuniversität auf die technisch-wissenschaftspolitische Dimension dieses Projekts für die Obersteiermark, für Leoben und für die Montanuniversität hinweisen.“ Paschen weiter: „Die Industriemanager- und Studentenevaluierungen der letzten Jahre weisen die Montanuniversität als die beste technische Universität Österreichs aus.“ „Der beste Standort für ein europäisches Großforschungsprojekt sollte daher dort sein,“ – so der Rektor – „wo die vorhandenen Stärken verstärkt werden und dann optimale Synergieeffekte ausgeschöpft werden können.“ „Ein industrienahes Großforschungsprojekt“ – führt der Rektor aus – „Kristallzüchtung und -verarbeitung“ in derselben – ganz wichtig – „personellen und finanziellen Größenordnung wie die Montanuniversität selbst, wäre der ideale Partner für deren hochspezialisierte Institute, für Wissenschafteraustausch, für Dienstleistungsbetriebe, von Bibliothek bis

Rechenzentrum und Außeninstitut. In diesem typisch zukunftssträchtigen Hochtechnologiegebiet soll der frühere Vorsprung – und das ist ganz wichtig – „Europas vor den USA und Ostasien zurückgewonnen werden.“ Der Rektor weiter: „In Leoben könnte ein ‚Europacenter of excellence‘ entstehen und den Ruf der Steiermark als Wissenschafts- und Wirtschaftsregion europaweit begründen und festigen.“ – Ende des Zitates.

Ich darf Sie nun, sehr geehrte Damen und Herren, informieren, welche Aktivitäten die Stadtgemeinde Leoben als Bewerberin für den Standort des Projektes „Euro-Cryst“ gesetzt hat. Der Herr Abgeordnete Jeglitsch hat ja auf einige Initiativen bereits hingewiesen. Ich will Ihnen aber einmal zeigen, was jetzt wirklich schon gemacht wurde, was wirklich schon veranlaßt wurde, und wie man intensiv versucht hat, ganz einfach Freunde zu gewinnen, denn wir alle wissen, wenn man etwas durchsetzen will, dann muß man erst einmal bekanntmachen, was man will, und zweitens muß man schauen, wer kann einem helfen, und drittens einmal auch, die, die einem helfen können, dahin animieren, daß sie einem die Hilfe auch wirklich gewähren.

Erstens: Schreiben des TTZ vom 1. September 1994, mit welchem auf eine Besprechung mit dem Herrn Bürgermeister am 22. August 1994 wegen einer möglichen Ansiedlung von „Euro-Cryst“ in Leoben Bezug genommen wurde.

Zweitens: Schreiben vom 16. September 1994 an Bundeskanzler Vranitzky, mit welchem die offizielle Bewerbung der Stadt Leoben angekündigt und gleichzeitig eine Unterstützung für Leoben gefordert wurde. Also der erste Kontakt auch mit dem Regierungschef, wie vom Abgeordneten Jeglitsch gefordert wurde. Also schon 1994 der erste Hinweis an den Bundeskanzler und schon die Kontaktnahme.

Drittens: Eine Besprechung, die ebenfalls von meinem Vorredner angeführt wurde, am 5. Oktober 1994 mit dem damaligen Rektor Dr. Oberhofer, an der auch der Herr Prof. Jeglitsch teilgenommen hat, beim Herrn Bürgermeister. Schon damals wurde die intensive Unterstützung der Universität angeboten. Schon damals wurden Einzelheiten wegen der Interventionen bei Bundes- und Landesregierung erörtert. Also schon im Jahr 1994 wurde hier ein Konzept mit Bürgermeister, Rektor und auch meinem Abgeordnetenfreund Prof. Jeglitsch erörtert.

Viertens: Interventionsschreiben an den Bund bereits am 6. Oktober 1994. Die bereits von meinem Vorredner geforderte Intervention – Schreiben vom 6. Oktober 1994 an: Kanzler, Vizekanzler, Finanzminister, Wirtschaftsminister, Landeshauptmann Krainer, Ersten Landeshauptmannstellvertreter Schachner, Wirtschaftslandesrätin damals noch, die jetzige Frau Landeshauptmann Klasnic und Finanzlandesrat Ressel. Also damals auch die Aktivitäten Bundesregierung und Landesregierung. Wir sehen, schon im Jahre 1994, besonders auch von der Stadt, durchgeführt.

Weiters Schreiben, wie es auch gefordert wurde, an: Univ.-Prof. Dr. Preisinger, Technische Universität Wien, Univ.-Prof. Dr. Welzig, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Prof. Dr. Schmidt, Wien.

Fünftens: Schreiben vom 28. Oktober 1994 an Prof. Dr. Witt, Technische Universität Wien.

Sechstens: Offizielles Bewerbungsschreiben der Gemeinde vom 14. November 1994 an Euro-Cryst-Büro in Wien. In dieser Bewerbung mußte die Stadtgemeinde Leoben, meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn Sie einmal zuhören, 38 verschiedene Fragen beantworten, wie zum Beispiel zur Infrastruktur, zum Forschungsumfeld, zur Erschütterungsfreiheit. Leoben konnte diese Fragen ausgezeichnet beantworten und damit exzellente Standortvorteile bekanntgeben. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Siebtens: Die Bewerbung durch Prof. Dr. Preisinger wurde mit Schreiben vom 7. Dezember 1994 beantwortet.

Achtens, und das ist sehr wichtig: Von der Steiermärkischen Landesregierung ein entscheidender Beschluß vom 19. Dezember 1994 als Grundsatzentscheidung für das Großforschungsprojekt Euro-Cryst in der Steiermark. Schon damals hat die Landesregierung ausgezeichnet reagiert. Wir waren damals schon sehr dankbar. Ich komme schön langsam zum Schluß.

Neuntens: Schreiben vom 24. November 1995, wieder an den Bundeskanzler, mit der Bitte um Unterstützung der Bewerbung. (Abg. Tasch: „An den Vranitzky habt ihr nicht geschrieben?“) Kurt, wir haben alles gemacht. Höre noch ein bißchen zu, also gesamt Information.

Und dann, Kurt, was besonders wichtig war, daß auch unsere näheren Freunde mitgestimmt haben. (Abg. Vollmann: „Und angestoßen habt ihr darauf auch!“) In einer Regionalkonferenz – schau zum Kollegen Vollmann hin, schau zum Kollegen Schrittwieser hin – am 13. Februar 1996 wurde die Bewerbung der Stadtgemeinde Leoben von genau diesen drei Bezirken ebenfalls unterstützt, daß das von der Landesregierung in dieser Hinsicht unterstützt werden soll. Dafür auch ein besonderer Dank an diese beiden Bezirke. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.) Sehr geehrte Damen und Herren, und am 9. April 1996, damit Sie einmal sehen, was da alles gemacht wurde, wieder ein Schreiben von Kanzler, Wissenschaftsminister, Vizekanzler, Landeshauptmann und Landesräten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich fahre weiter fort, am 25. April – und jetzt kommt das, was der Kollege Jeglitsch vorher angerissen hat, nicht nur schreiben, sondern auch Vorsprachen im Parlament. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch: „Mit wem hast du telefoniert? Erzähle das auch noch!“) Am 25. April 1996 Besprechung mit dem Bundeskanzler, Bürgermeister, unserem Abgeordneten Wallner wieder im Parlament in Wien. Also, schon damals wieder eine entsprechende Vorsprache. Es geht dann noch weiter, von dieser Gesamtinformation sehen Sie einmal, was alles schon in der Richtung gemacht wurde, und ich glaube, es ist eine wertvolle Ergänzung zu dem, was der Kollege Jeglitsch angerissen hat. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei der Vorsprache in Brüssel bei der Wirtschaftsdelegation, wo der Rektor der Montanuniversität Paschen und der Bürgermeister dort waren, wurde ebenfalls das Prospekt, das Sie alle bekommen haben, vorgestellt und hat auch ausgezeichneten Anklang gefunden.

Jetzt komme ich zum Schluß, wir sind jetzt genau vier Minuten vor elf, ich habe also genau zwölf Minuten gesprochen und werde mich bemühen, in drei Minuten fertig zu sein. Ihr Applaus ist mir gewiß. (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ.)

Aus meinen Ausführungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, konnten Sie entnehmen, daß die Stadt Leoben und die Montanuniversität bisher alles unternommen haben, um die Chancen für Euro-Cryst in Leoben zu erhöhen. In einer Besprechung des Euro-Cryst-Komitees, wo wir beide am 23. Jänner teilgenommen haben, haben wir auch festgelegt, daß alle, die dort dabei sind, sich bemühen, für dieses Projekt sich einzusetzen und etwas zu tun. Und jetzt, lieber Reinhold, weil du gesagt hast, die anderen loben die Frau Landeshauptmann nicht – ich lobe sie. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Ich danke der Frau Landeshauptmann und dem Wissenschaftsreferenten, dem Ersten Landeshauptmannstellvertreter Dr. Peter Schachner (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.) und der gesamten Landesregierung für den Einsatz für den damaligen Beschluß. Ich darf noch einmal dem Wissenschaftsreferenten Dr. Schachner dafür besonders danken, daß er bereits auch am 27. September 1995 seine besondere Unterstützung ausgesprochen hat.

Sehr geehrte Damen und Herren, jetzt komme ich zum Schluß. Um die Chancen für den Standort Leoben zu wahren, sind meiner Ansicht nach wichtige Schritte zu setzen, und die decken sich selbstverständlich auch mit meinem Vorredner.

Erstens einmal ganz kurz, die Stadt Leoben für die Ansiedelung des Euro-Cryst-Großforschungsprojektes im Bundesland Steiermark vorzuschlagen.

Zweitens, rasche Entscheidung der Bundesregierung für ein Großforschungszentrum in Leoben.

Drittens, Kontaktierung – und da bin ich jetzt der Ansicht – aller österreichischen EU-Abgeordneten, damit sie für dieses Forschungsprojekt eintreten, und nicht nur einer anwesend ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Viertens, rasche Kontaktaufnahme mit der Generaldirektion für Wissenschaft und Forschung in Brüssel.

Fünftens, sofortige Kontaktaufnahme mit den Kommissaren Fischler und Bangemann.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich bin der Ansicht, mit Fischler muß man ausführlich reden, er ist einer, der das halbe EU-Budget in der Hand hat, und ich kann mir vorstellen, wenn er sich für das Projekt einsetzt, werden die anderen auch nicht nein sagen können.

Und sechstens, die Landesregierung, und das ist ganz wichtig, wird auch aufgefordert, und das ist jetzt entscheidend, an die Bundesregierung heranzutreten – und hier bin ich mit Jeglitsch einer Meinung –, die dritte Technologiemilliarde für dieses Projekt vorzusehen und vor allem dafür einzutreten, daß Österreich, wenn es im Jahre 1998 die EU-Präsidentschaft übernimmt, dieses Großforschungsprojekt als nationales Projekt einbringt. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Sehr geehrte Damen und Herren, bei dieser Besprechung am 23. Jänner im Stadtamt Leoben, von der ich früher gesprochen habe, haben alle Anwesenden erklärt, sich ganz besonders für dieses Projekt einzu-

setzen. Auch der anwesende Rektor der Montanuniversität hat seine ganz besondere Unterstützung weiterhin zugesagt.

Ich fordere nun die Steiermärkische Landesregierung noch einmal auf, die Bewerbung der Stadt Leoben als Zentrum einer bekannten, aber auch förderungswürdigen Region tatkräftig zu unterstützen. Wie ich schon am 21. Jänner 1997 im Hohen Haus gesagt habe, würde eine Entscheidung zugunsten des Standortes Leoben eine wirtschaftliche Belebung für den gesamten Bereich der Mur- und Mürzfurche, ja für die gesamte Obersteiermark, bringen, die einen solchen Impuls, sehr geehrte Damen und Herren, dringend notwendig hätte, würden doch – und jetzt hören Sie genau zu – im Falle einer Ansiedelung – jetzt müssen wir einmal genau schauen, wir reden immer von Arbeit für unser Land, und daß wir mehr Arbeitsplätze brauchen – 150 bis 200 Experten mit ihren Familien in unsere Region kommen, und Sie können sich vorstellen, daß auch selbstverständlich Großbetriebe ihre Institute ansiedeln würden.

Ganz zum Schluß, sehr geehrte Damen und Herren, bemühen wir uns gemeinsam, dieses wichtige Projekt, um das sich auch die Bundeshauptstadt Wien bewirbt, in die Steiermark, in die Bergstadt Leoben zu bringen. Unser gemeinsamer Beschlusantrag ist ein ermutigender Schritt in die richtige Richtung. Ich danke für die Aufmerksamkeit. Glück auf! (Beifall bei der SPÖ, ÖVP und FPÖ. – 23.00 Uhr.)

Präsident: Nach dieser Rede kann keine weitere Wortmeldung mehr vorliegen. Wir kommen zur Abstimmung. Wenn Sie dem Antrag des Berichterstatters zustimmen, dann bitte ich Sie um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Einstimmige Annahme.

Wenn Sie dem Beschlusantrag von Abgeordneten der ÖVP, SPÖ, FPÖ und des Liberalen Forums, betreffend Großforschungszentrum Euro-Cryst, zustimmen, darf ich ebenfalls um ein Zeichen mit der Hand bitten. Danke. Gegenprobe.

Einstimmig angenommen.

Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vor, die Tagung zu schließen und gemäß Paragraph 13 Absatz 4 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 sämtliche Landtagsausschüsse zu beauftragen, die Beratungen während der tagungsfreien Zeit über die offenen Geschäftsstücke aufzunehmen und fortzusetzen.

Ich ersuche die Abgeordneten, die diesen beiden Vorschlägen zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die einstimmige Annahme fest.

Damit ist die heutige Tagesordnung erledigt und die Herbsttagung 1996/97 beendet.

Ich danke allen Abgeordneten und Regierungsmitgliedern für die während der Herbsttagung geleistete Arbeit.

Die nächste Sitzung wird auf schriftlichem Wege einberufen.

Die Sitzung ist geschlossen. (Ende der Sitzung: 23.01 Uhr.)